



Foto: pxhere.com

Juri Gagarin –
die Weltraumlegende

Der Fluch der westlichen Werte

„Russian Scandal“

EXKLUSIVER SOMMER-RABATT



Die Genüsse von  Rheingau und Nahe zuhause erleben.

Für die endlich wieder heller und länger werdenden Tage bietet das Weingut Meine Freiheit den Lesern des Berliner Telegraphs für kurze Zeit 10 % Sortimentsrabatt auf erlesene Weine und spritzige Sekte.

Alle unsere Produkte zeichnen sich durch einen nachhaltigen Produktionsprozess, Handlese und schonende Weiterverarbeitung aus.



Gutscheincode:



SOMMER10



vorübergehend

10%

RABATT
mit dem
Gutscheincode:
SOMMER10

VERSANDKOSTENFREI

bis 31.05.2021; Preis inkl. 19 % MwSt.;
alle Produkte enthalten Sulfite;
Anbaugebiete: Rheingau und Nahe

Schnell bestellen unter:

weingutmeinefreiheit.de/weinshop

Tel.: +49 6723 9 98 04 20

Fax: +49 6723 9 98 04 22

info@weingutmeinefreiheit.de

www.weingutmeinefreiheit.de



Der Fluch der westlichen Werte	4-6
Der Rubel rollt an die Ostfront	7
Eine Schale Reis und ein Bonuspunkt	8-10
Juri Gagarin – die Weltraumlegende	11
Frieden mit Russland	12-13
Krim: Zankapfel mit Kon iktpotential	14-15
Risiken und Nebenwirkungen	16-18
Lockdown-Strategie und Sterblichkeit	19
„Russian Scandal“	20-22
Wenn die Nazi-Keule nicht reicht Teil 2	24-26
„Transatlantisch? Traut Euch!“	27-29
Klein-Israel in Berlin: Kosher Daily	30-31
Sport als Mittel zur Dämonisierung Russlands	32-33
Skandal Fussball-Superliga vorerst auf Eis gelegt	34-35
Tesla-Fabrik bei Berlin Was kommt auf Deutschland zu	36-37
Deutsch-orthodoxer Orden: Kloster Buchhagen	38-40
Berlinale 2021: Highlights	41-44
Nationen verbinden, Herzen erweichen: das Luthertum in Belarus	45-46

Berliner Telegraph UG
Aleksandr Boyko
Torstr. 177, (3. OG), 01115, Berlin
Tel: +49 (0) 159 010 46 502
info@berliner-telegraph.de
HRB Nr. 205016
Amtsgericht Charlottenburg

Filiale Chemnitz
Dmytro Fardyhola
Theatherstr. 76
09111, Chemnitz
Tel.: +49 (0) 176 477 218 73

Filiale Dresden
Inga Berenhardt
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Tel: +49 (0) 176 712 187 44

Filiale Leipzig
Mikhail Vachtchenko
Heinrich-Budde-Straße 1
D-04157 Leipzig
Tel.: +49 (0) 173 36 777 33

Filiale Frankfurt am Main
Anna Wohlthat
Hausener Weg 29, 60489
Frankfurt am Main
Tel.: +49(0)170 764 7025



Liebe Leserinnen und Leser,

der Impfprozess geht langsam aber sicher voran. Deutschland kehrt allmählich zur Normalität zurück. Die CDU, die SPD, die Linke und die Grünen haben bereits ihre Wahlkampagnen gestartet und ihre Spitzenkandidaten für das Bundeskanzleramt aufgestellt.

Durch die COVID-19-Pandemie wurde die deutsche Wirtschaft um zehn Jahre zurückgeworfen. Viele kleine Unternehmen und Selbständige wurden während der Pandemie insolvent. Mit einer einmaligen finanziellen Hilfe vom Staat konnten sie sich zwar für einige Monate über Wasser halten, ihre weitere Existenz war trotzdem zum Scheitern verurteilt.

Diese Lage führt zur gereizten Stimmung in der Gesellschaft, und die Bürger gehen immer mehr auf Demonstrationen. Es wird darüber geklagt, dass die großen Unternehmen noch reicher und die kleinen Unternehmen noch ärmer geworden sind. Corona-Maßnahmen der Regierung, insbesondere Ausgangssperren, sorgen für noch mehr Unzufriedenheit. Man versteht nicht, warum es eine Ausgangssperre geben soll, wenn nach 22 Uhr ohnehin alles geschlossen ist und das Leben in Deutschland stillsteht.

Aber zurück zu den Impfungen. Es gibt aktuell einen neuen Trend: Corona-Impfreisen nach Moskau. Angesichts dieser werden die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland immer mehr zum Thema für die deutsche Bevölkerung. Viele Deutsche haben begonnen, ihre Ansichten über Russland zu überdenken und sich Informationen über die Eröffnung eines eigenen Unternehmens in Russland einzuholen.

Am 3. Mai war Welttag der Pressefreiheit. In der letzten Zeit sind kleine fremdsprachige Publikationen in Deutschland, insbesondere russischsprachige, unter Druck geraten. Bei Akkreditierung für bedeutende Veranstaltungen werden diesen Hindernisse in den Weg gelegt. Wir setzen uns für die Einhaltung der Rechte von Journalisten ein und hoffen, dass die Behörden uns unsere Arbeit nicht erschweren werden und dass die Polizei bei Demonstrationen das Recht der Journalisten respektiert, über die Ereignisse zu berichten.

Unser Redaktionsteam wünscht Ihnen Gesundheit, Geduld und viel Kraft. Wir hoffen, dass dieser Alptraum bald vorbei ist und alles wieder zur Normalität zurückkehrt.

Aleksandr Boyko,
Chefredakteur

Internationale Bibliothek

Theaterstraße 76
09111 Chemnitz, Deutschland

АЛЮНУШКА

Russische
Spezialitäten

Время работы:
пн -сб 9.00 - 21.00

ДОБРО ПОЖАЛОВАТЬ



facebook.de/aljonuschka-dresden

www.aljonuschka.de

An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0157-71 52 87 87

Louisen Str. 26, 01099 Dresden, Tel. 0351-27577034



Disclaimer

Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Inhalte der Artikel und Anzeigen. Diese geben die Meinung des/r Verfasser/in wieder und müssen nicht mit der Redaktionsmeinung übereinstimmen. Für eingesandte Texte und Fotos übernehmen wir keine Haftung und senden jene nicht wieder an die Absender/innen zurück. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Texte bei Veröffentlichung stilistisch zu bearbeiten und/oder sinnwährend zu kürzen. Die Zeitschrift ist in allen ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Sie darf ohne vorherige Zustimmung der Redaktion weder ganz noch teilweise vervielfältigt und verbreitet werden.

© 2014-2021 Berliner Telegraph Alle Rechte vorbehalten. Alle Texte, Bilder, Graphiken sowie ihre Arrangements unterliegen dem Urheberrecht und anderen Gesetzen zum Schutz geistigen Eigentums. Berliner Telegraph – Die Marke mit der Registernummer 302014037827 ist mit den folgenden Angaben in das Register des Deutschen Patent- und Markenamts eingetragen.

Aus aktuellem Anlaß sehen wir uns zu folgender Klarstellung gezwungen: Akkreditierungen von Journalisten des „Berliner Telegraph“ werden ausschließlich von unserer Redaktionsleitung mit Stempel des Geschäftsführers beantragt. Akkreditierungsgesuche, die diesen Maßgaben nicht entsprechen, stammen nicht von der Berliner Telegraph UG.



Rüdiger Rauls

Der Fluch der westlichen Werte

Foto: FridaysForFuture Deutschland/flickr.com

Nach dem Putsch des Militärs in Myanmar ist nicht nur der Kampf um die politische Führung im Land entbrannt. Auch der Konflikt zwischen dem Wertewesten und China um wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Region hat neue Nahrung erpalten.

Gescheiterter Putsch

Am 1. Februar 2021 putschte das Militär in Myanmar, der ehemaligen britischen Kolonie Birma, gegen die gewählte Regierung unter der Staatsrätin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Ihre Partei, die NLD (Nationale Liga für Demokratie), war aus den Wahlen vom 8. November 2020 mit der absoluten Mehrheit der Wahlstimmen als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Die Wahlbeteiligung hatte bei etwa 70 % gelegen.

Mit dem Putsch war eine der letzten Bastionen des westlichen Demokratiemodells in Südostasien gefallen. Gerade auf Myanmar hatte Washington große Hoffnungen gesetzt. In einer Weltgegend, in der die Demokratie schon immer einen schweren Stand hatte, befindet sie sich seit einiger Zeit sogar im Rückzug.

Von Myanmar war nicht die erhoffte Strahlkraft westlicher Werte auf die Region ausgegangen, nachdem der Westen die Öffnung des Landes hatte durchsetzen, die Militärs zum Rückzug bewegen und den Weg für Aung San Suu Kyi an die Macht hatte freimachen können. Nicht nur dass China, Vietnam, Laos und Kambodscha weiterhin nach der Sicht der FAZ von autoritären Regimes beherrscht werden, auch in Thailand, Indonesien, Singapur und den Philippinen stellt die Zeitung eine Zunahme autoritärer und populistischer Regierungen und Strukturen fest.

Der Versuch, westliche Demokratie und Werteorientierung zu exportieren, scheint fürs erste gescheitert zu sein. Hoffnung bietet

allein eine westlich orientierte Jugend, die sowohl in Hongkong 2019 und auch aktuell in Thailand für dessen Werte kämpft. Diesen Widerstand scheinen manche westlichen Meinungsmacher nun auch in Myanmar heranzubringen zu sehen. Ihn gelte es zu unterstützen. Jedoch scheint der Optimismus nicht so weit zu gehen, dass man dabei auf eine neue Farbenrevolution hofft.

Demokratie in Weißrussland und Hongkong

Nur was ist geblieben von diesen Bewegungen, die im Wertewesten mit so viel Hoffnungen und Begeisterung begrüßt und auch tat-

kräftig unterstützt wurden? Guaidó, der vom Wertewesten als Lichtgestalt auf den Schild gehoben worden war, hat die Verhältnisse in Venezuela nicht verändern können. Nun hat der Westen ihn fallengelassen.

Die Demokratiebewegung in Hongkong hat nicht den Wandel gebracht, den sich einige im Westen und in Hongkong erhofft hatten. Die Stadt ist vielmehr nach der Beruhigung der politischen Verhältnisse stärker an China gebunden worden. Zudem macht sich Ernüchterung breit, nachdem die US-Regierung bedrängten Demokratie-Aktivisten wie dem Studentenführer Tony Chung Asyl verweigerte. Man hat sie fallen lassen.

Auch Großbritannien, das die Proteste in



Foto: youtube.com/Euronews

Hongkong massiv unterstützt hatte, hat wenig Interesse an weiterreichender Unterstützung für die Demokratie-Aktivisten. Sie haben ihre Schuldigkeit getan. Wer weder finanzielle Ressourcen noch gute Jobaussichten in Großbritannien hat, hat kaum Aussichten auf ein Bleiberecht. Denn einen Anspruch auf Sozialhilfe gibt es nicht für die, die für die Demokratie den Kopf hingehalten haben.

Auch in Weißrussland hatten westliche Meinungsmacher dem eigenen Publikum dem Eindruck vermitteln wollen, dass die Zeit von Lukaschenko abgelaufen sei und ein Machtwechsel bevorstehe. Auch hier erweckten die Massenproteste und Streiks, von denen die westlichen Medien tagtäglich berichteten, den Eindruck einer Stärke, die den realen Verhältnissen nicht entsprach.

Ähnliches scheint sich nun auch in Myanmar anzudeuten, wo westliche Medien den Eindruck wachsender Proteste gegen das Militärregime vermitteln. Die niederländische Zeitung „De Volkskrant“ sprach in ihrer Ausgabe vom 9. Februar 2021 sogar schon von Millionen, die sich der Militärherrschaft widersetzen.

Berichterstattung und Realität

Offenbar setzt man im Westen nun auf jugendliche Aktivisten in Myanmar, auf westlich orientierte und eher wohlhabende Schichten in den Städten, von denen man hofft, dass sie das Ruder herumreißen, die Militärs zum Rückzug zwingen und der Staatsrätin wieder an die Macht bringen. Die Zunahme der Proteste in Myanmar könnte diese Hoffnung nähren.

Aber auch Juan Guaidó war es gelungen, Zehntausende zu Beginn seiner Kampagne in Caracas auf die Straße zu bringen unter dem Jubel der Wertemissionare. Als jedoch die Auseinandersetzungen mit Militär und Staatsmacht schärfer wurden, war den westlich orientierten und wohlhabenden Kreisen der venezolanischen Bevölkerung das Risiko dann doch zu hoch.

Auch in Weißrussland war der Einfluss der vom Westen gefeierten Kreise bei weitem nicht so stark, wie manche Meinungsmacher es gerne gesehen und auch dargestellt hatten.



Foto: youtube.com/Euronews

Noch größer scheint der Widerspruch in Russland zu sein, wo westliche Medien dem Kreml-Gegner Nawalny eine Bedeutung beimessen wollen, die seiner Wirkung auf die russische Gesellschaft keineswegs gerecht wird.

Selbst die FAZ bekennt diskret in ihrem Wirtschaftsteil: „Und doch war es nur eine kleine, mutige Minderheit, die für den Oppositionellen Nawalny auf die Straße ging. Im Januar [2021] gaben 64 Prozent der Russen an, sie seien mit Putins Handlungen als Präsident zufrieden“. Das spricht eine andere Sprache als die Darstellung auf den vorderen Seiten der Zeitung.

Es stellt sich also die Frage, ob die westlichen Meinungsmacher ihr Publikum bewusst täuschen über die wirklichen Verhältnisse oder ob sie vielmehr selbst Opfer ihres eigenen Wunschkens geworden sind. Jedenfalls lässt die Berichterstattung über die chinesischen Erfolge in der Bewältigung der Corona-Krise erkennen, dass man diese dem eigenen Publikum lieber verschweigt oder gar ganz zu unterbinden versucht, anstatt einzugestehen, dass man sich geirrt hat. Denn statt nur die Wahrheit zu verschweigen, versucht man, sie zu behindern.

Denn zu Beginn der Krise hatte der Kommentator der FAZ noch davon geträumt, dass Corona zum Untergang der Kommunistischen Partei beitragen könnte. Nun liegt man selbst in der Schlangengrube, die man den Chinesen hatte graben wollen. Denn China zieht am Westen vorbei, der in überheblicher Selbstüberschätzung sich den chinesischen Maßnahmen weit überlegen geglaubt hatte.

Je offensichtlicher das Missverhältnis zwischen Berichterstattung und Wirklichkeit wird, umso schwieriger wird der Weg zurück zur Wahrheit, ohne Schaden an der eigenen Glaubwürdigkeit zu nehmen. Und da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die Propaganda gegen China und Russland aufrechterhalten oder gar verschärft. Die Wahrheit stirbt im Interessenkonflikt.

Schönfärberei: Fall Myanmar

Ähnliches bahnt sich nun auch in Myanmar an. Auch hier hatte westliche Werteorien-

tierung schöngeredet, was eigentlich in unüberbrückbarem Widerspruch stand zu den eigenen Werten. Man wollte, dass Myanmar der demokratische Leuchtturm war in der Finsternis der autoritären und populistischen Regime, die man rundum in Südostasien ausgemacht hatte.

Weil die EU eine Behinderung der Opposition festgestellt zu haben glaubte, hatte sie die Parlamentswahlen in Venezuela vom 6. Dezember 2020 schon als ungültig erklärt, bevor sie überhaupt stattgefunden hatten. In Myanmar jedoch sah man keinen Anlass zur Kritik am Wahlverfahren. Denn die Wahlen hatten das gewünschte Ergebnis gebracht im Gegensatz zu Venezuela.

Die eigenen Favoriten hatten in Myanmar gesiegt, Aung San Suu Kyi und ihre NLD. Da spielte es für die Verfechter vom Menschen- und Minderheitsrechten keine Rolle, dass die Minderheit der Rohingyas gar nicht an der Wahl teilnehmen durfte, selbst unter der Demokratin Kyi.

So schrieb die Neue Züricher Zeitung bereits am 1. November 2020: „Die Wahlen in Burma werden weder frei noch fair sein“. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Hüter der westlichen Werte über die Lage in Myanmar nicht Bescheid wussten. Die Vorwürfe waren nicht aus der Luft gegriffen, denn Kandidaten der Rohingya waren von den Wahlen ausgeschlossen.

Weiter schreibt die NZZ, dass zahlreiche Minderheiten kaum eine Stimme hatten. Besonders die fast zwei Millionen zählenden muslimischen Rohingyas waren von der Wahl so gut wie ganz ausgeschlossen. Fast eine Million waren 2017 nach Bangladesch vertrieben worden. Der Rest hat kein Wahlrecht, weil auch die demokratische Regierung der Friedensnobelpreisträgerin diese nicht als Bürger anerkannte. Weitere ethnische Minderheiten, mit denen die Zentralregierung bewaffnete Konflikte austrägt, waren an der Wahl nicht beteiligt, weil sie als Terroristen galten.

All diese Umstände aber veranlassten den Wertewesten nicht, Bedenken am Zustandekommen des Ergebnisses und der Legitimität der neuen Regierung zu äußern. Wenige Wochen zuvor hatte man Venezuela, wo die Wah-



Foto: youtube.com/P5K

len unter günstigeren Bedingungen abgelaufen und sogar Beobachter der EU eingeladen worden waren, noch die Anerkennung verweigert. Dieselben Kräfte also, die alle Welt mit den westlichen Werten missionieren wollen, legen diese beiseite, wenn es den eigenen Interessen dient.

Sanktionen und ihre Wirkung

Der Militärputsch hatte dem Wertewesten eine Reaktion auf das Wahlergebnis erspart. Nun ist die abgesetzte Zivilregierung in der Rolle des Opfers, was die Solidarität der Demokraten erfordert statt kritischer Auseinandersetzung. Andererseits tut sich für den Wertewesten ein neues Dilemma auf. Wie soll man reagieren auf die veränderte Situation?

Gibt man in den westlichen Hauptstädten klein bei und akzeptiert die Militärregierung, dann erweist man sich zum wiederholten Male als handlungsunfähig gegenüber solchen Regimen, die die westlichen Werte mit Füßen treten. Fährt man aber das schwere Geschütz scharfer Sanktionen auf, treibt man die neuen Herrscher nur noch weiter in die

Werte vorgeblich nur um das Seelenheil der Missionierten ging, so scheint es den Missionaren der westlichen Werte nur um das politische Wohl der unterdrückten Völker zu gehen. Das kann dann auch schon mal zur Folge haben, dass Sanktionen verhängt werden müssen gegen unbotmäßige Regierungen, die die Bevölkerung in tiefstes Elend wie in Venezuela und Iran stürzten.

Unzufriedenheit wächst

Wenn hier auch die Heuchelei westlicher Wertemissionare offensichtlich wird, so offenbart sich aber auch das Dilemma, in das der Westen sich durch seine Werteorientierung im Laufe der letzten Jahrzehnte gebracht hat. Hatte der ideologische Schwenk vom Antikommunismus zur Wertemission wesentlich zum Untergang des sowjetischen Sozialismus beigetragen, so offenbaren sich nun aber auch zunehmend die Tücken dieser politischen Strategie.

Die Doppelstandards und Doppelmoral ihrer Anwendung nähren immer häufiger das Misstrauen gegenüber den Motiven der west-

Kampf gegen eigene Werte?

Gefahr für die Politik kommt von ganz anderer Seite, sozusagen aus den eigenen Reihen, aus dem eigenen Milieu. Es sind die modernen, intellektuellen und demokratisch orientierten Kreise der Gesellschaft. Gruppen wie die Querdenker und Fridays for Future (FFf) verstehen sich als die besseren Demokraten, die eigentlichen und kompetenteren Sachwalter der westlichen Werte und demokratischen Rechte. Mit ihren Idealen und Ansprüchen treiben sie die etablierten Wertepolitiker vor sich her.

Letztere können sich nicht gegen diese neuen Kohorten der westlichen Werte stellen, denn sie vertreten ja gerade das, was ihnen mit der Muttermilch demokratischer Erziehung eingeflößt wurde. Nur, die jungen sind radikaler, vorbehaltloser. Sie sind nicht hin- und hergerissen zwischen verschiedenen Prinzipien und Interessen: dem Ideal und der Realpolitik, den Werten auf der einen Seite und den Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen.

Querdenker und FFf müssen bei ihren Forderungen nach radikalem Umweltschutz oder unumschränktem Persönlichkeitsrecht nicht auf die Interessen der Wirtschaft und der anderen gesellschaftlichen Gruppen achten. Sie haben Ideale, und das genügt ihnen. Im Interesse höherer Werte stellen sie die Forderungen, von denen sie erwarten, dass andere sie umsetzen: Minderheitenschutz, Schutz von Frauen- und Persönlichkeitsrechten, den Rechten sexueller Minderheiten, Umweltschutz, Tierschutz und Erhaltung der Artenvielfalt.

Das sind zum Teil jene Werte, die die alten Wertemissionare hervorgehoben hatten zur Abgrenzung gegenüber sogenannten Schurkenstaaten und deren Diskreditierung. Nun aber werden sie in den eigenen Gesellschaften gegen sie selbst aufgefahren, weil sie sie nicht so konsequent umsetzen, wie es das Ideal erwartet, aber viel ernster als es der Wirtschaft und dem Rest der Gesellschaft recht ist.

Zwischen diesen Mühlsteinen werden die alten Werthüter zermahlen und wissen keinen anderen Rat, als die Forderungen der Jungen zu bedienen. Sie hoffen, dass sie damit bei ihnen Gnade und Schonung zu finden. Um sich aus diesem Würgegriff zu befreien, werden Milliarden ausgegeben zur Vermeidung der Klimakatastrophe. Aber es ist den Verfechtern der Ideale in den seltensten Fällen recht zu machen.

Je mehr die Regierenden diesen Forderungen nachkommen, umso mehr geraten sie in die Defensive. Denn einerseits können sie den eigenen Werten, auf die sich die jungen Werthüter berufen, nicht durch neue ablösen. Sie sind Grundlage ihrer Politik seit Jahrzehnten. Aber andererseits sind sie auch nicht mehr in der Lage, den jungen argumentativ entgegen zu treten. Denn deren Politik beruht nicht auf Argumenten sondern auf Moral. Und moralisch sind die neuen Wertevertreter mit ihren Idealen und ihrer Empörung den alten überlegen.

Foto: youtube.com/South China Morning Post



Arme Chinas, des großen Nachbarn, Investoren und Geldgebers von Myanmar.

So schlingert denn der Westen hin und her zwischen moralischen Appellen sowie wortgewaltigen Ankündigungen auf der einen Seite und kleinmütigen Sanktionen auf der anderen. Großbritannien brachte bei der UN einen geharnischten Entwurf ein, dass alle Seiten sich an demokratische Normen halten müssen. Abgesehen davon, dass man das aber bei der Benachteiligung der Minderheiten im Wahlprozess zu fordern vergessen hatte, stellt sich natürlich zuerst die Frage, wer denn in Myanmar über die politischen Verhältnisse bestimmen soll: Großbritannien oder die Einwohner des Landes?

Andererseits aber findet man auch immer wieder gut begründete Erklärungen dafür, weshalb man es nun mit der Durchsetzung der Demokratie nicht so genau nehmen kann: Eine internationale Isolation des Landes würde die Abhängigkeit Myanmars von China erhöhen.

So wie es den Missionaren der christlichen

lichen Staaten. Die Widersprüche treten immer offensichtlicher zutage. So werden dem strategischen Partner Saudi-Arabien dieselben Menschenrechtsverletzungen nachgesehen, die beim Nachbarn Iran zu massiven Sanktionen durch den Westen führen. Das ist mit der angesichts der Allgemeingültigkeit dieser Werte nicht zu erklären.

Aber auch im Wertewesten erleben die Menschen immer häufiger, dass diese Werte, mit denen man sogenannte Schurkenstaaten in die Schranken weisen will, im Alltag der eigenen Gesellschaften kaum gelebt werden. Zwar herrscht weiterhin weitgehend politische Ruhe, aber die Unzufriedenheit in den westlichen Gesellschaften wächst.

Diese findet bisher nur deshalb keinen Ausdruck, weil es keine politische Kraft gibt, die in der Lage ist, diese Unzufriedenheit zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu organisieren. Die Partei die Linke weiß nicht, wie man das macht, und will sich – vermutlich deshalb – lieber im Parlament als Alternative und regierungsfähig anbieten.



Ruslan Yavorsky

Foto: Sasha Maksymenko/Kiew, 29.12.2013

Der Rubel rollt an die Ostfront

Vor sieben Jahren, im Februar 2014, begann der Bürgerkrieg in der Ukraine. Was hat sich seitdem geändert?

Mehr als 15.000 Menschen wurden in dieser Zeit im Donbass getötet. Laut UN-Angaben sind wegen dieses Krieges und der Repression mehr als 3 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Russland und nach Westen geflohen – darunter auch nach Deutschland. Über 5 Millionen Ukrainer benötigen heute humanitäre Hilfe. Auch der Waffenabzug aus einer Pufferzone auf beiden Seiten der Konfliktlinie, der ebenfalls 2014 und 2015 in den Minsker Abkommen festgelegt worden war, ist bis dato nicht erfolgt. Die ausgehandelte Waffenruhe wird nicht angehalten. Von Frieden kann bis heute keine Rede sein. Im Gegenteil, seit dem Machtwechsel im Weißen Haus eskaliert die Situation. Man erwartet eine große Offensive bis Mai 2021.

Laut offiziellen Stellungnahmen der hiesigen Mainstream-Medien und Atlantik-Stream-Politikern leidet die Ukraine, „die nach Europa wollte“, unter der russischen imperialen Aggression. Auch Kinder in Deutschland werden zum Beispiel auf der Webseite Kindersache.de aufgeklärt: „Der ukrainische Präsident Poroschenko möchte keine Abspaltung des Ostens, darum schickt er seine Armee in das Gebiet, um die Separatisten zu bekämpfen. Gleichzeitig möchte er aber Frieden in seinem Land. Darum bittet er die EU um Hilfe“. So und ähnlich werden die Fakten verdreht, die Chronologie unterbrochen, Ereignisse ausgeblendet, Feindbilder produziert und... Kasse gemacht.

Wer über die wahren Hintergründe spricht wie Wolfgang Gerke, Andrej Hunko, Sahra Wagenknecht, Wolfgang Bittner oder Gabriele Krone-Schmalz, wird automatisch in der Ecke

gedrängt und als „Putin-Versteher“ stigmatisiert.

Aber was hat das eigentlich mit Verständnis für Putin zu tun, wenn man darauf hinweist, das Manuel Barroso und die EU-Kommission in den Verhandlungen zum EU-Assoziierungsabkommen von der Ukraine verlangte, es sei Zeit, sich zwischen Russland und der EU zu entscheiden, und das Land so wesentlich in einer Zerreißeprobe getrieben wurde? Eine wahrhafte Berichterstattung über die Putschmechanismen von 2014, mit drauffolgenden Menschenverbrennungen im Gewerkschaftshaus in Odessa, gesetzwidrigem Truppeneinsatz gegen eigene Bürger im Osten des Landes und Tausenden von politischen Gefangenen, findet heute in der EU kaum statt.

Die wichtigsten Drahtzieher der „oligarchischen Internationale“ aus den EU- und NATO-Ländern, allen voran die USA und Deutschland, der Ukraine und ja, auch aus Russland, werden nicht mal erwähnt.

Die Politik ist ein Theater, in dem die Zuschauer auf die Bühne fokussiert sind. Stattdessen sollten sie aber Richtung Kasse schauen. Und in den Theaterkassen wird gerade weltweit an den Militärausgaben geklotzt, deren Profite in die privaten Taschen umgeleitet werden. Zum Beispiel von zahlreichen Firmen von Petro Poroschenko sind viele im Rüstungssektor mit vollen Auftragsbüchern ausgelastet. Die Profiteure der militärischen Konflikte sind keineswegs nur lokaler Abstammung. Die Aktienbesitzer, die direkt oder indirekt von den Auswirkungen der Kriege oder von der „russischen oder chinesischen Bedrohung“ profitieren, sind über die Länder und Kontinente verstreut und treffen sich

friedlich beim Segeln oder Golfen.

Laut SIPRI-Report gaben die NATO-Staaten 2019 knapp 1.035 Milliarden US-Dollar jährlich für die Rüstung aus, mehr als die Hälfte der weltweit für die Rüstung verpulverten 1.917 Milliarden Dollar. Die höchste Steigerungsrate von 10 % in einem Jahr verbuchte Deutschland; es gibt derzeit 49,3 Milliarden US-Dollar für das Kriegshandwerk aus, das sind 1,3 % des Bruttoinlandprodukts. Das soll deutlich mehr werden, 2 % des Bruttoinlandprodukts ab 2025. Diese Marge hat die NATO auf ihrem Gipfel im walisischen Newport beschlossen und ihre Einlösung fordert die US-Administration ständig und andauernd. In der als „Corona-Krise“ bezeichneten Wirtschaftskrise sind Vorhersagen zum ökonomischen Wachstum mit großen Unsicherheiten behaftet; das zwei-Prozent-Ziel dürfte sich für Deutschland dann zwischen 70 und 80 Milliarden US-Dollar bewegen und den Militärhaushalt Russlands weit hinter sich lassen.

Dabei lässt sich die Formel „Geld-Ware-Geld“ mit viel mehr Rendite in die „Geld-Krieg-Geld“ weiterentwickeln. Ein Geschäftsmodell, das mit Blut verzollt wird: in Vietnam, Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien – und seit sieben Jahren auch in der Ukraine.

Der Bürgerkrieg in der Ukraine wird dabei nur als ein Zwischenschritt auf dem großen Schachbrett gesehen, um Russland in die Anti-China Bündnis zu zwingen und Russen gegen Chinesen auszuspielen, damit sich die zwei wichtigsten geopolitischen Spieler neutralisieren.

Der Rubel rollt dann über die Ostfront an die Weltfront weiter.



Ralph T. Niemeyer

Foto: European Central Bank/flickr.com

Eine Schale Reis und ein Bonuspunkt

Jetzt merken es langsam auch die Letzten, selbst wenn sie selten bereit sind, zuzugeben, dass es den Herrschenden nicht um unser Aller Wohl geht, sondern dass die manipulativ zusammengestotterten „Werte“ und „Fallzahlen“ einzig und alleine dem Behuf dienen, Grundrechteinschränkungen, die wohl in die Abschaffung selbiger münden werden, zu begründen. Zunächst galt es den so genannten Reproduktionswert, bald in jeder Talkshow der öffentlich-rechtlichen Zerwürfnisanstalten durch die Moderatorin fachfräulich als „R-Wert“ bezeichnet, unter 1 zu drücken. „Fatten the Curve“ wurde der Schlachtruf der sich selber stolz auf die Schulter klopfenden solidarischen Menschen, die auch leicht gutgläubig 2015 den aus Syrien, Irak, Zentral- und Nordafrika Flüchtenden, die man alle in einen Topf warf und kurz „Syrer“ nannte, an den Grenzbahnhöfen begeistert Wasserflaschen entgegenwarf, so als hätte es diesen Menschen an Wasser oder Smartphones gemangelt, sich aber um verarmende Rentner und verzweifelte Wohnungssuchende in unserem eigenen Land wenig Gedanken machte, und im vergangenen Frühjahr mit feuchten Augen abends vom Balkon oder sogar der Einfamilienhausterrasse dem Pflegepersonal mal so richtig rührend Beifall klatschte, damit die auch mal ein gutes Gefühl haben sollten.

Der „R-Wert“, als er endlich unter 1 fiel, wurde dann durch den Inzidenzwert unter 100, unter 50, unter 35, unter 10 und schließlich wie bei der NASA Zero ersetzt und als dies auch so gut wie erreicht wurde, wiederum durch den guten alten „R-Wert“ ersetzt, der sich beliebig erhöhen läßt, indem man einfach mehr testet. Nun scheinen es aber doch viele Journalisten kritische Konservative und sogar ein paar Linke zu merken, dass sie mit Spahn, Drost, Wieler, Lauterbach und Merkel zu weit hinausgeschwommen sind und so stellt sich die Frage, wie man diesen den Weg

zurück ermöglichen soll, ohne, dass sie komplett ihr Gesicht verlieren müssen. Ich rate uns, lieber Fünfe gerade sein zu lassen und zu sagen: „Schwamm drüber!“, als ihnen vorzuhalten, aus Versehen und aus Bequemlichkeit in den Faschismus abgerutscht zu sein. Bauen wir lieber Brücken, denn die Herausforderungen liegen ganz woanders, wenn wir uns unsere Lage in Bezug auf die VR China vergegenwärtigen. Smart und Steigenberger Hotelgruppe sind nur prominente Übernahmeopfer, in Wahrheit steht der ganze deutsche Mittelstand zum Verramschen an der Resterampe und jede Lockdownverlängerung soll den Preis für die chinesischen Käufer minimieren. Die über uns herrschenden Machterhaltungsganoven haben das Wirtschaftssystem an die Wand gefahren und sollen es wohl auch weiter tun, sonst passiert etwas Schreckliches, kann man aus den Aussagen eines Bill Gates und Konsorten schließen. Was die Chinesen mit uns machen werden, wenn wir nicht in die Knie gehen, kann man nur vermuten. Es ist Weltkrieg, bloß ohne Bomben und Panzer. Alles andere ist aber fast wie im Krieg.

Des Weiteren werden nun reaktionäre Maßnahmen durchgesetzt, so wie unter anderem die Abschaffung des Bargeldes oder die Überwachung durch Handys, zunächst nur für Infizierte. Parallelen zum gelben Judenstern der Nazis drängen sich auf.

Die BRD ist nach dem inoffiziellen Ende des imperialistischen Wirtschaftsblocks der so genannten Europäischen Union in Folge des später in die Geschichte als Corona-Putsch eingehenden von den Eliten bewußt herbeigeführten kontrollierten Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in einen Zustand der Apathie verfallen, der auf von den Herrschenden bewußt geschürte Angst beruht.

Es sei dahingestellt, ob der Virus COVID-19 wirklich die große Bedrohung darstellt, wie

angegeben und es soll auch nicht in Frage gestellt werden, ob die von der Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Bundesländer diktatorisch verfügten Einschränkungen der Freiheitsrechte und andere Überwachungsmaßnahmen tatsächlich der Eindämmung einer Pandemie dienlich sind, oder ob es sich um eine putschartige Einführung eines Orwell'schen Überwachungsstaates handelt, da bislang keiner der politischen Entscheidungsträger sich bemüht zu versichern, die Maßnahmen seien zeitlich begrenzt.

Das Agieren der Bundesbehörden legt nahe, dass die Auswertung der Handydaten auf mittlere Sicht nicht nur für die Eindämmung von Seuchen verwendet werden, sondern zu elektronischen Fußfesseln einschließlich Bewertungssystem mit Bonus und Malus, wie in China, führen wird, mit welchem „gutes, soziales“ Verhalten belohnt wird und abweichende Meinungen und entsprechendes Verhalten, zum Beispiel Teilnahme an regierungskritischen Demonstrationen oder Äußerungen auf Facebook und Twitter, flugs zu Sanktionen führen wird. Dies ist keine Science-Fiction-Verschwörungstheorie, sondern längst Realität in China. Das ist mit dem Schlagwort „Digitalisierung“ gemeint, welches auch kein Spitzenpolitiker im Westen versäumt, regelmäßig zu nennen, ähnlich der Phrasen über Klimawandel und CO2-Emissionen. Dies ist der konkrete Zusammenhang von COVID-19 und 5G. Weil ausgerechnet die USA unter Präsident Trump sich nicht diesem chinesischen Modell unterwerfen wollten, findet gerade der hybride Krieg mit biologischen Waffen, die einst die USA entwickelt haben, statt. Die Verhaftung der Huawei-Chefin stand möglicherweise in diesem Zusammenhang.

Lassen wir uns nicht von Wölfen im Schafspelz hinter die Fichte führen! Es ist doch politisch gesehen völlig egal, wie viele Leute woran sterben, wenn es doch in Wahrheit um die Einführung eines neuen Regimes geht und anstatt über pseudowissenschaftlichen Kleinkram zu diskutieren, den die Allermeisten von uns auch nach 10 Jahren Gehirnwäsche nicht verstehen werden, sollten wir Linken Humanisten uns an die Spitze der Bewegung setzen und ihr dadurch eine basisdemokratische Note aufdrücken.

Sagen wir den Herrschenden, ok, wir haben verstanden, ihr wollt den Ökofaschismus einführen, wollt, dass wir alle nur noch für die Peanuts eines BGEs malochen und ein Mal pro Jahr mit Kraft durch Freude-Veranstaltungen in Ferien fahren anstatt dauernd in Wochenendurlaube mit Billigfliegern und AirBnB zu düsen, keine SUVs mehr fahren, Kreuzfahrtschiffe auf Flüchtlingsrouten einsetzen, damit Nachschub an ausbeutungswilligem menschlichen Material gesichert wird, aber dafür verlangen wir die Beendigung von allen Kriegen, Schließungen aller Waffenschmieden, Investmentbanken, Versicherungskonzernen, Amazon-ähnlichen Konsumfirmen, Steueroasen, Beraterfirmen, Abholzungen und Brandrodungen, Aufkün-

digung von so genannten „Freihandelsabkommen“ und verpflichten stattdessen die Wirtschaft zu Fairtrade, Nachhaltigkeit and internationaler Kooperation. Wenn dies nicht Ergebnis vom #CoronaPutsch ist, werden wir zu den Mistgabeln greifen und die #Corona-Revolution selber anzetteln, aber dann reichen Euch auch die 750 Milliarden nicht, um Euch vom Acker zu machen! Der grinsende Mr. Cum-Ex, Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat keinen Witz gemacht, als er von der „Bazooka“ sprach.

Großmutter, warum hast du so große Ohren?

Scholz ist Zyniker, nicht Humorist. Er macht keine Witze. Gegen ihn und die Finanzmafia hatte ich stets recherchiert und schon 1994 die Maschmeyereien des Gerhard Schröders zur Anzeige gebracht, woraufhin ich in bester Manier des arroganten Finanzkapitalismus kriminalisiert wurde, um zum Schweigen gebracht zu werden, wie dies in noch schlimmerer Form später mit Julian Assange und Chelsea Manning geschehen ist. Wir dürfen die Täter nicht davonkommen lassen! Sie löschen ihre Mobilfunknachrichten, wie die Stasi 1990 Akten geschreddert hatte. Der sogenannte „Verfassungsschutz“ paktiert mit Faschisten des NSU und anderer rechter Attentäter und gehört umgehend aufgelöst, sonst entwickelt sich im Zeichen dieser Krise eine neue Gestapo. Es ist an der Zeit, mal wieder über den Rasen zu laufen!

Diese klare Ansage wäre jetzt nötig, aber die Oppositionsparteien, allen voran „Die Linke“ als Rächerin der Enterbten und die sogenannten „Grünen“, die sich an jeder Meinungsumfrage aufgeilen üben sich in voraus-eilendem Gehorsam, wie einst die SPD vor dem Ersten Weltkrieg, als die Kriegskredite zu genehmigen waren. Die sogenannte „Alternative für Deutschland“ („AFD“) ist ebenfalls zu keiner konstruktiven Debatte fähig, weil sie sich trickreich weigert die Faschisten aus ihren Reihen zu entfernen.

Dabei stehen wir wie 1989/90 an der Schwelle zu einer neuen Zeit, die wir nun zu gestalten haben, es sei denn, wir gehen den Machterhaltungsganoven des untergehenden Regimes auf den Leim und lassen uns das basisdemokratische Zepter als Souverän aus der Hand nehmen.

Der Neoliberalismus ist am Ende

Es ist nun notwendig, sich einmalig mit den Gründen für das Scheitern des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu befassen, sonst ist es den Protagonisten des Unterganges möglich, den Kapitalismus erneut retten zu wollen, um den Preis von Krieg und Millionen Toten.

Grundlage des Neo-Liberalismus, der nach Ende des Sozialismus ein Revival feierte und bis heute von Professoren an fast allen Hochschulen in USA und EU gelehrt wird, ist das von Kenneth Arrow und Gérard Debreu

entwickelte Modell. Mathematisch gesehen ist es im Vergleich mit anderen eher plumpen neoklassischen Modellen geradezu elegant. Es ist mathematisch so gut wie nicht widerlegbar, aber man sollte sich die dem Modell zu Grunde liegenden Annahmen genauer ansehen, denn ohne diese lassen sich die Rückschlüsse nicht aufrechterhalten.

Im Arrow-Debreu-Modell wird zum Beispiel davon ausgegangen, dass jeder Marktteilnehmer die Bedingungen und Marktkonditionen vollumfänglich kennt und in der Lage ist, die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Entwicklungen vorherzusagen. Der Angestellte würde demnach wissen, dass er mit einer Wahrscheinlichkeit 30 % einer Lohnerhöhung in den nächsten zwei Jahren entgegensehen kann und mit 70 % im nächsten Jahr gefeuert wird. In diesem Modell wüsste eine Person auch, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie in den nächsten 10 Jahren heiraten oder in den nächsten 15 Jahren sterben würde.



In so einem wunderbaren Modell hat auch jeder ausreichende Zugang zu Kreditlinien, um schwierige Zeiten zu überbrücken, oder um zu investieren und ein eigenes Geschäft aufzubauen. Innerhalb des Arrow-Debreu-Modelles sind sogar Versicherungen gegen alle Widrigkeiten des Lebens möglich.

Noch abenteuerlicher werden die Grundannahmen des neoklassischen Modells, wenn man sich das Verhalten von multinationalen Konzernen ansieht. Es wird zum Beispiel vorausgesetzt, dass es einen perfekten freien Wettbewerb gäbe, in welchem kein Konzern auch nur den geringsten Einfluß auf die Preisentwicklung hätte. Dies ist nur möglich, weil hinsichtlich der Produktionskosten angenommen wird, dass das Scalar Revenue (Skalarprodukt) entweder kleiner werden oder stagnieren, aber auf keinen Fall ansteigen würde.

Ein völlig absurdes Wirtschaftssystem

Ein sinkender Scalar Revenue bedeutet, dass je größer eine Firma wird und je größer deren Produktionsvolumen, desto teurer würde jede weitere produzierte Einheit werden. Der Gewinn einer bei Größe wachsenden Fir-

ma ist also negativ. Wenn dies wahr wäre, dann gäbe es nie die Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft, es gäbe keine Fusionen, Übernahmen und somit keine Gefahr, dass wirtschaftliche Monster entstehen, die eine überwältigende Wirtschaftsmacht darstellen würden.

Dass dies eben nicht zutrifft, ist in den letzten Jahrzehnten, die von Mega-Fusionen und Übernahmen geprägt waren, klargeworden. Natürlich wird eine große Firma schneller wachsen als eine kleine, denn sie kann sich günstiger refinanzieren, Ressourcen und Energie zu günstigeren Preisen einkaufen und kann aufgrund einer marktbeherrschenden Stellung die Verkaufspreise beeinflussen.

In jedem Fall bedeuten steigende Skalarprodukte, dass Oligopole entstehen. Reiner Wettbewerb im wahren Sinne des neoklassischen Modelles ist faktisch eine Unmöglichkeit.

Aber große Unternehmen sind nicht nur effizienter, weil sie produktiver sind und eine

größere Nachfrage bedienen können, sondern auch, weil sie politischen Einfluß gewinnen. Wenn drei oder vier, oder sogar zehn Unternehmen die Entwicklung eines gesamten Industriezweiges bestimmen, dann sind die Investitionsentscheidungen dieser Unternehmen für eine ganze Region oder sogar einen Staat von Bedeutung. Kein demokratisch gewählter Repräsentant kann sich dieser Macht entziehen.

Als in den 1990ern der Europäische Binnenmarkt liberalisiert wurde, führte dies dazu, dass die Kartellkontrollen stark verwässert wurden. Die blindwütige Laissez-Faire-Haltung der EU-Kommission gegenüber privaten Konzernen, die bei EU-weiten Mega-Fusionen Mega-Konglomerate schufen, die jeden Staat am Nasenring durch die Manege ziehen können, wurde von der EU Kommission, aber auch den Regierungen der Mitgliedsstaaten mit den heute lächerlich klingenden Worten, auch ein größerer Markt bedeute mehr Wettbewerb gerechtfertigt.

Es ist auch klargeworden, dass die Marktdominanz nicht erst eintritt, wenn es keinen Wettbewerb mehr gibt, sondern bereits dann, wenn eine überschaubare Zahl von Großun-

ternehmen sich ihren jeweiligen Kuchenanteil am Markt gesichert haben. Preisabsprachen sind die Folge.

Das politische Problem, vor dem insbesondere die EU und Deutschland, welches insbesondere wegen der Exportfixierung unter ständigem Expansionsdruck leidet, stehen, ist, dass die Märkte nicht größer werden, die Konglomerate transnationaler Konzerne aber oft größere Budgets verwalten, als eine gewählte Regierung jemals in die Hände bekommt.

Um expandieren zu können, wird aggressiv die Erweiterung der EU betrieben, zuletzt in der Ukraine. Gleichwohl sind die neuen EU Mitglieder zumeist pleite und bedürfen Kredite und Subventionen, die aus Steuern beglichen werden. Die osteuropäischen Mitgliedsstaaten haben allesamt, mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Polens, sofort nach Beitritt Handelsdefizite eingefahren und enorme private Verschuldung aufgehäuft, um die Konsumkredite zu finanzieren.

Das einzige Wirtschaftswachstum, welches sich in den baltischen Ländern im zweistelligen Bereich sonnt, ist das im Bereich Einzelhandel, während die eigene Industrie und Agrarwirtschaft am Boden liegt. Es schien aber bislang niemanden zu stören, dass in Wahrheit nur die im Westen produzierten Waren einen kreditfinanzierten Absatz fanden, wie aus der Antwort des damaligen EU Wirtschafts- und Währungskommissars Almunia auf meine entsprechende Frage hervorging. Der Kollaps dieses Systemes ist unabwendbar und war für alle vorhersehbar.

Die System-Lüge

Die bösen Banken sind schuld, die Boni sind zu hoch, die Heuschrecken und Spekulanten ruinieren uns! Stimmt alles, ist aber zu kurz gegriffen, wenn man unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem beschreiben möchte. Natürlich sollte man sich über Bankmanager aufregen, die sogar dann noch hoch belohnt werden, wenn sie etwas in den Sand gesetzt haben. Übersehen wird dabei allerdings, dass die Provisionen und Boni 2 bis 3 % ausmachen und irgendwo, weit weg von den Banktürmen der Londoner oder Frankfurter City, Eigentümer der Banken die restlichen 97-98% einstreichen und dabei noch nicht mal von den Occupy-Aktivisten vergangener Jahre wahrgenommen werden.

Es trifft zu, dass Griechenland fast ausschließlich von Investmentbanken, wie Goldman Sachs, Nathan Meyer Rothschild, Lazard Frere, Deutsche Bank AG, HSBC und UBS mithilfe eines großangelegten Wettbetruges ruiniert wurde. Etwas weniger öffentlich wahrnehmbar waren hingegen die Aktivitäten des weltgrößten Hedgefonds Blackrock. Dieser zerschlug Staatsbetriebe und schlachtete diese aus, nachdem die Griechische Regierung wegen der hohen, fast ausschließlich von Banken und einer korrupten Oligarchie verursachten, Schulden durch die Troika bestehend aus IWF, EU-Kommission

und EZB zur Privatisierung gezwungen wurde und just von den o.g. Banken dabei „beraten“ wurde.

Die Tatsache, dass im Zusammenspiel von Banken, Hedgefonds und internationalen Institutionen ein Land komplett in den Abgrund stürzen kann, ohne, dass die demokratisch gewählte Regierung irgendeinen Einfluss darauf hat und ohne, dass die wahren Schuldigen dafür zur Rechenschaft gezogen werden, hängt mit fundamentalen Systemfehlern zusammen, die nicht zufällig immer wieder (300 Mal in den letzten 200 Jahren) zu Staatspleiten, Aufständen, Hungersnöten, Bürgerkriegen und Kriegen führen, in Folge derer die Reichen noch reicher werden, wie auch in der gegenwärtigen Krise.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner neoklassischen Ausprägung hat immer weniger mit dem Kapitalismus des Adam Smith und Karl Marx zu tun, sondern wurde im 20. Jahrhundert von Milton Friedman und der Chicago School of Economics geprägt. Dessen Model war eindeutig von dem Gedanken geleitet, dass Ausbeutung, wenn es nicht die weiße Oberschicht trifft, nicht so schlimm sei, ja sogar letztlich der ärmeren Bevölkerung in wirtschaftlich unterentwickelten Staaten sogar nützt.

Für rechtskonservative und reaktionäre Politiker in den USA und Europa sowie offen faschistische Diktaturen in Südamerika dienten die von Friedman und seinen "Chicago Boys" entwickelten Modelle zur vermeintlich wissenschaftlichen Begründung für brutalen Sozialkollaps, die Bekämpfung von Gewerkschaften, fiskalische Austerität, Entstaatlichung und eine irrsinnige Logik, der bis heute alles untergeordnet wird: Wachstum um jeden Preis.

Um auch dann noch Wachstum auszuweisen, wenn in Wahrheit der Konsum und mit ihm die Binnennachfrage aufgrund sinkender Löhne, Renten und Sozialleistungsquoten zusammenbricht, während die leistungslosen Bezüge der Oberschicht in Form von Gewinnen, Spekulationen und Finanzmarktetten in die Höhe schießen, muss tief in die Trickkiste gegriffen werden. Die Vertreter des neoklassischen Wirtschaftsmodells scheuen nicht davor zurück, sich einer verfälschten Mathematik zu bedienen.

Mathematisch unsinniges Model

Indem das Axiom in Form der Funktion $\partial F(x)/\partial x=0$ gesetzt wird, anstelle der eigentlich richtigen Aussage $\partial F(x)/\partial x=1$ wird suggeriert, dass die Funktion ein Kontinuum darstellt. Eben genauso, wie man es im Neoklassizismus gerne hätte, dass nämlich das Verhältnis von Investition und Lohn, Kapital und Arbeit, Produktion und Produktivität, Wachstum und Konsum kontinuierliche Funktionen sind und selbst, wenn diese teilbar sind, sich daran nichts ändern würde. Deshalb lautet die Grundannahme des neoklassischen Modells nun mal halt $\partial F(x)/\partial x=0$ und nicht $\partial F(x)/\partial x=1$. Wenn dies zuträfe, so würde der Umkehr-

schluss lauten, dass die erste Ableitung von Null Eins wäre, aber jede Ableitung von Null ist nun mal Null. Die Neokonservativen Politiker kümmern dies, sofern sie überhaupt in der Lage sind, solche Zusammenhänge zu verstehen, freilich gar nicht, da sie sich ja dieses Modelles nur bedienen wollen, um die Umverteilung von unten nach oben zu begründen.

Dafür ist die verfälschte Mathematik durchaus vorzüglich geeignet, da man damit die Faktoren Kapital und Arbeit mit jedweder Zahl ersetzen und zugleich annehmen kann, dass diese teilbar sei. Das gesamte neoklassische Modell basiert auf dieser Grundannahme und führt dazu, dass innerhalb dieser Logik prozyklische Entwicklungen und Überhitzungen trotzdem eine steigende Profitrate ausweisen, obwohl der Produktionsausstoß sinkt. Somit wird sogar Zerstörung als Wachstum ausgegeben, was erklärt, warum Kriege der Profitrate zuträglich sind. Aber die neoklassischen Theoretiker können nicht auf Dauer die Mathematik aushebeln, denn die Funktion $\partial F(x)/\partial x$ per se kann nicht eine kontinuierliche Funktion sein, es sei denn man setze sie gleich Null, was aber unsinnig ist, weil eine nicht-kontinuierliche Funktion nicht differenziert werden kann.

Diese manipulierte Wirtschaftswissenschaft, die in allen Universitäten der EU und USA gelehrt wird führt zur Kapitalakkumulation außerhalb des realen, auf Arbeit und Produktion beruhenden Wirtschaftskreislaufes und sind für Zentralbanken unkontrollierbar.

Der Witz ist aber, und auch das wird bis heute an allen Fakultäten in den USA und der EU gelehrt, dass innerhalb der neoklassischen Ideologie die Finanzblasen, die uns seit 2007 so zu schaffen machen, und die Einkommenspyramiden nicht existieren. Weiter weg von der Realität waren die Politbüros des Ostblocks seinerzeit auch nicht.

Schlimmer noch: wenn dieses Wirtschaftssystem sich nur unter der Prämisse „Wachstum um jeden Preis“, auch den der Zerstörung, vorstellt, dann sollte man nicht über die Höhe des Preises verhandeln, sondern das System in Frage stellen.

Aber anstatt die wirklich relevanten Fragen zu erörtern halten wir uns damit auf, „R-Wert“ und „Inzidenzen“, Mutationen und Lockdown, Shutdown, Lockup und Shutup zu diskutieren. Frau Merkel kann sich beruhigt zurücklehnen, denn so wird nie auffliegen, dass das Virus in Wahrheit der nicht gelösten Finanzkrise von 2008 entspringt und sie dabei elegant ihr Versagen von 2015 kaschieren kann. Die regimetreue autoritäre „Linke“ jedenfalls taugt nicht mehr als revolutionäre Kraft, weil sie selber in der Merkelschen Querfront aufgegangen ist.

Referenz:





Anna Stukkert

Juri Gagarin – die Weltraumlegende

Foto: E.Dmitrieva

Am 12. April feierte die Welt den Tag der Kosmonauten. Vor 60 Jahren brachte eine sowjetische Trägerrakete das Raumschiff Wostok 1 mit dem Kosmonauten Juri Gagarin auf eine Erdumlaufbahn. Er war der erste Mensch, der ins All flog.

Anlässlich dieses Ereignisses eröffnete das Russische Haus der Kultur und Wissenschaft in Berlin eine Ausstellung, die dem Jahrestag der Heldentat Juri Gagarins gewidmet ist. Die Besucher können sich Fotos von Gagarin, persönliche Gegenstände, Briefe, Postkarten, Briefmarken sowie Auszüge aus sowjetischen und westlichen Presseberichten, die vor 60 Jahren veröffentlicht wurden, ansehen.

Das Russische Haus ist eng mit der Kosmonautik verbunden, mit Namen wie Walentina Tereschkowa, der ersten Kosmonautin, die von 1994 bis 2006 Leiterin des russischen Zentrums für internationale und kulturelle Zusammenarbeit war. Eine weitere bedeutende Person ist der Kosmonaut Waleri Bykowski, der von 1988 bis 1990 als Direktor des

Hauses der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in Berlin tätig war. Das war auch einer der Gründe für die Initiierung dieser Ausstellung im Russischen Haus.

An der Ausstellungseröffnung nahmen der Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland, Sergey Nechaev, und der amtierende Leiter des Russischen Hauses, Pavel Izvolsky, teil. Sie betonten die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Weltraumforschung. Sie bedankten sich auch bei Roskosmos, dem russischen Außenministerium sowie den internationalen und den deutschen Raumfahrtorganisationen, die ihre Archivexponate zu Ehren dieses wichtigen Ereignisses zur Verfügung stellten.

Als Ehrengast der Ausstellung wurde der deutsche Physiker und Forschungsastronaut Reinhold Ewald begrüßt, der 1997 zusammen mit russischen Kosmonauten auf der Weltraumstation „Mir“ arbeitete. Der Wissenschaftler erzählte von seinen Erfahrungen im All und betonte, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist. Denn nur durch gemeinsame Arbeit ist es möglich, das Unerforschte zu entdecken.

Die Juri-Gagarin-Ausstellung ist öffentlich und kann von Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Die Interessierten melden sich bitte vorher telefonisch an (Tel.: 030/20302320) und erhalten aufgrund der Corona-Pandemie-Schutzmaßnahmen einen konkreten Besuchstermin.



Foto: E. Dmitrieva



Foto: E. Dmitrieva



Foto: Bundesarchiv

Zeit zu handeln.

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

Pressekonferenz zum
Wahlprogrammmentwurf

DIE LINKE.



Thomas Kachel

Foto: die-linke.de

Nicht nur gegen etwas, auch für etwas sein: Frieden mit Russland

Der Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der LINKEN zeigt, dass die Partei weiter konsequente Friedenspartei bleiben will – aber dazu muss noch eine wichtige Leerstelle gefüllt werden.

Der aktuell in Partei und Öffentlichkeit diskutierte Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN ist bei weitem nicht vollkommen – er ist viel zu lang, im Ausdruck kommt er holprig daher, und zu viele wichtige Aussagen stehen unverbunden einfach nebeneinander. Er erklärt nicht. Deshalb kommt man beim Lesen schon mal ins Grübeln: Wie kommt man von Forderung X gleich im nächsten Satz auf Forderung Y? Trotzdem: Auch in seiner Unvollkommenheit zeigt der Entwurf, dass die LINKE Friedenspartei ist und auch als solche in den kommenden Bundestagswahlkampf ziehen wird. Gefordert werden die Auflösung der NATO (auch wenn das wohl ein langjähriger Kampf werden wird), ein Verbot von Waffenexporten und ein Ende der Beteiligung der Bundeswehr an den westlichen Interventionen in Entwicklungsländern (die sogenannten Auslandseinsätze). Der Entwurf verweist darauf, dass Militär nirgendwo Konflikte lösen kann, sondern sie höchstens kürzer oder länger unterdrücken kann. Afghanistan in diesen Tagen zeigt, dass auch die brutalsten Unterdrückungsversuche solcher Konflikte nichts nützen – sie schwelen weiter. Die aktuellen NATO-Beschlüsse zeigen, dass der Westen auch nach 20 Jahren Afghanistan kein bisschen weiter oder weiser ist. Gegen all das positioniert sich die LINKE klar und deutlich.

So weit, so gut: Einfach besser formulieren, könnte man sagen. Aber wie das so ist: Es geht in der Politik nicht nur darum, was gesagt wird, sondern auch darum, was nicht gesagt



Foto: die-linke.de/Siebenter Parteitag 2021

wird. Und hier offenbart der Entwurf eine gravierende Fehlstelle. Im Wahlprogramm der LINKEN von 2017 wird noch gemahnt: „Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt wegen der Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland. Von einem gemeinsamen Haus Europa, von der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges, spricht heute keiner mehr. Stattdessen findet mitten in Europa, in der Ukraine, ein heißer Krieg statt. Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das Bild. (...) Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.“ Und noch auf dem letzten Präsenz-Parteitag der sächsischen LINKEN 2019 wurde ein Passus aufgenommen, der Frieden mit Russland zu einem der Arbeitsschwerpunkte des Landesverbands machte – was vor allem in der engagierten Teilnahme vieler sächsischer Linker an den Protesten gegen das NATO-Manöver „Defender 2020“ mündete. Kurz: Bisher hat die



Hans Modrow, Foto: Bundesarchiv

LINKE immer auch gesagt, wofür sie in Sachen Friedenspolitik in Europa steht. Nämlich für eine Erneuerung der Entspannungspolitik in der Tradition von Willy Brandt, eine Politik der Vertrauensbildung und des Dialogs gegenüber der Russischen Föderation. Diese Politik soll letztendlich auch zu einer vertraglich gesicherten umfassenden Abrüstung und zu einer gleichberechtigten Einbindung Russlands in eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur führen. Der bisherige Programmentwurf beschreibt aber eine solche positive Zukunftsvision nicht. Es macht bis jetzt nur klar, wogegen man ist (Stichwort NATO). Das ist schade und sollte nicht so bleiben.

Dazu gehört auch, dass der Text dem Wähler erklärt, warum die LINKE eine solche Politik des Dialogs und der Entspannung gen Osten verfolgen will, woraus sie sich speist. Dazu gehört erstens die militärische Eskalationspolitik des Westens in Osteuropa beim Namen zu nennen. Nicht Mexiko trat dem Warschauer Pakt bei und stationiert heute russische Truppen an der Südgrenze der USA, sondern die Staaten Mittelosteuropas und des Baltikums wurden bereitwillig in die NATO aufgenommen und stationieren heute – im Widerspruch zur NATO-Russland-Grundakte – NATO-Kampftruppen an der russischen Westgrenze. Der Ballistische Raketenschirm der NATO (NATO BMD), von dem das russische Militär fürchtet, dass er seine nukleare Abschreckungsfähigkeit untergräbt, wurde nicht an der Südgrenze Kanadas installiert, sondern zieht sich von Polen bis Rumänien an der russischen Westgrenze hin. Und die Bundesrepublik, und nicht Russland, steht seit den NATO-Beschlüssen von Wales in der Pflicht, ihren Militärhaushalt bis 2030 mehr als zu verdoppeln, sodass Deutschlands Militärbudget allein mit 85 Mrd. Euro dann das russische (mit derzeit 64 Mrd. Euro) weit übertrifft. Und zweitens speist sich der Einsatz der LINKEN für eine Friedens- und Entspannungspolitik gegenüber Russland aus dem Bewusstsein der deutschen historischen Verantwortung gegenüber diesem Land und allen anderen ehemaligen Sowjetländern. Die 27 Millionen Opfer des Krieges, darunter mehrere Millionen verhungerte Kriegsgefangene und eine Million verhungerte Zivilisten Leningrads, gemahnen einen respektvollen, verständnisvollen Umgang mit diesen Ländern, und vor allem mit Russland. Von Seiten des Täterlandes verbieten sich westlich-arrogante Lehrerattitüden gegenüber den Ländern, die das erdulden mussten, schon von selbst. Beide Aspekte, der aktuell-militärische und der historische, sind kurz und prägnant im „Appell für Frieden und Mahnung“ von Hans Modrow formuliert, der vom letzten Bundesparteitag der LINKEN angenommen wurde. Modrow resümiert: „Deutsche Panzer stehen jetzt wieder dort, wo sie 1941 schon mal waren. Wer bedroht hier wen?“ Diese Hintergründe darzustellen und damit für jeden Wähler plastisch und emotional nach-

vollziehbar zu machen – das sollte bei der Fertigstellung des Wahlprogramms der LINKEN doch zu leisten sein, nicht wahr?

Das wäre dann wohl auch die Grenzziehung zur AfD – nicht durch Gezänk und Schmähungen, sondern durch klare inhaltliche Erklärung. Denn die AfD, deren ostdeutsche Landesverbände „Frieden mit Russland“ großflächig plakatieren lassen, ist gleichzeitig die Partei, die im Bundestag am aller unerbittlichsten die Aufrüstungsbeschlüsse der NATO, vor allem das Ziel, den Militäretat zu verdoppeln, einfordert. Lucassen, der Chef der AfD im Verteidigungsausschuss, redet inzwischen so routiniert von der „russischen Herausforderung“ wie alle anderen Politiker von Grün bis Schwarz. Gleichzeitig sind sie diejenigen, die bei jeder Gelegenheit versuchen, neonazistische Tendenzen unter manchen Soldaten (z.B. im KSK) schönzureden. Auch die Wehrmacht, deren Verbrechen auf dem Gebiet der Sowjetunion spätestens seit der Wehrmachtsausstellung 1994 in der Öffentlichkeit unleugbar bloßgestellt wurden, sehen sie als traditionswürdig für die Bundeswehr an – ein Tabubruch. Ein Lackmустest wird sein, wie sich die AfD zum 21. Juni 1941 verhält. Wird sie des Tages gedenken? Wird sie das verbrecherische Vorgehen der Wehrmacht damals vorbehaltlos verurteilen? Wird sie die Parallele zu heutigen Tagen ziehen und Militärstationierungen an der russischen Westgrenze ohne wenn und aber ablehnen? Zweifel sind angebracht. Angesichts der Spaltung, die die AfD zwischen Ost und West beim Thema Verhältnis zu Russland zeigt, zwischen den salbungsvollen Worten im Osten und den rabiaten militärischen Plänen im Westen, kann man eigentlich nur von einer schizophrenen Partei sprechen. Beobachter geben zu Protokoll, bei der Positionierung der AfD handle es sich nicht um das Original einer Friedenspolitik, sondern um eine gefälschte, bräunliche Kopie.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hingegen ehrt die Opfer des Großen Vaterländischen Krieges mit einer Großen Veranstaltung am Vorabend des 80. Jahrestags, am 21. Juni 2021 in Berlin. Aus gleichem Anlass wird eine Broschüre erscheinen, die sich gegen den neuen Geschichtsrevisionismus wendet, der leider in der EU und insbesondere im Europaparlament in Bezug auf den 22. Juni 1941 Einzug gehalten hat – dank der nationalistischen Regierungen Polen, Lettlands und Litauens, aber auch unter Zustimmung der deutschen Grünen.

Um es noch einmal zu sagen: Natürlich wird in der Linken über Russland gestritten – das Agieren des russischen Militärs, besonders der russischen Luftwaffe in Syrien ist zum Beispiel gar nicht unumstritten, und auch die mutmaßlichen Giftanschläge auf Oppositionelle wie Nawalny verunsichern. Und trotzdem: Zu dem ehernen Grundsatz, dass die Bundesrepublik Deutschland zur Frie-

denspolitik gegenüber der russischen Föderation verpflichtet ist, steht die Partei weiter fest. Am Ende wird man das auch so in ihrem Bundestagswahlprogramm lesen können.



Foto: de.wikipedia.org



Foto: freepng.ru



Foto: Maria Oswalt/unsplash.com

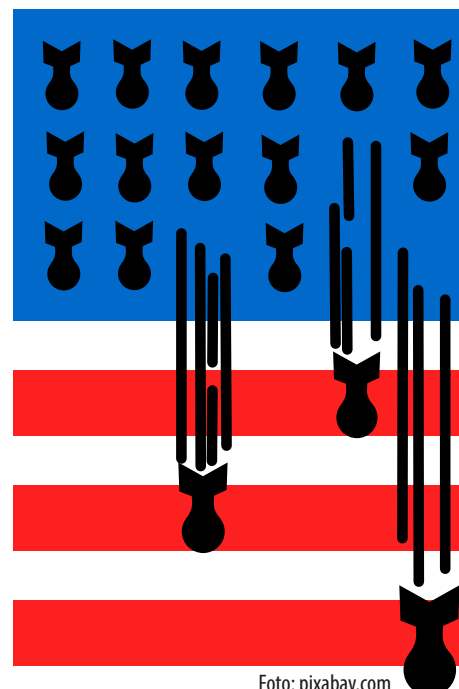


Foto: pixabay.com



Krim: Zankapfel mit Konfliktpotential

Zum 7. Jahrestag des Referendums

Das Referendum am 16. März 2014 – die Abstimmung für einen Zusammenschluss mit der Russischen Föderation – auf der Krim und in Sewastopol zeigte ein eindeutiges Ergebnis: Bei einer Wahlbeteiligung von 83 % stimmten 96,7 % für den Anschluss an Russland.

Die Krim, mitgeprägt von Griechen und Römern, ist ein Brennglas europäischer Kulturgeschichte. Die strategisch günstige Lage nahe dem nördlichen Ende der historischen Seidenstraße („mongolische Route“) förderte nicht nur die Handelsbeziehungen mit der damaligen Welt, sondern lockte auch Eroberer an. Schon vor dem Ersten Weltkrieg erkannten die Briten die geopolitische Bedeutung des gesamten Raums, nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach dem Kalten Krieg waren es dann die Amerikaner. Im April 2005 unterstützten die USA offen Bestrebungen in der Ukraine für eine Mitgliedschaft in der WHO und der NATO zu werden.

Auch Polen hat seit mehreren Jahrhunderten handfeste Interessen. Im Frühjahr 1920 hatten Pilsudskis Truppen das im Bürgerkrieg blutende Russland überrannt und standen im Mai in Kiew. Zum Schutz eines Groß-Polens vor Russland und Deutschland sollte ein Puffer zwischen Ostsee und Schwarzem Meer entstehen, das sogenannte Intermarium, eine pro-imperialistische Allianz von rechten, nationalistischen Regimen in Osteuropa, die sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtete.

Dieses Großmachtprojekt Pilsudskis wurde 2015 als „Drei-Meere-Initiative“ (Ostsee, Adria und Schwarzes Meer) wiederbelebt.

Auf dem Gipfel Anfang Juli 2017 in Warschau nahm sogar der US-amerikanische Präsident Donald Trump teil, was dem Treffen auch eine transatlantische Perspektive gab. Doch welche? Offensichtlich ging es um die Stärkung Polens und der baltischen Staaten. Vor allem aber darum, jegliche Annäherung Deutschlands an Russland dauerhaft zu vermeiden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeitserklärung 1991 befand sich die Ukraine in einer völlig neuen Situation. Historisch zerrissen durch polnische, österreichische, deutsche und russische Machthaber, konnte das Land nur schwer seine Identität finden – nicht zuletzt auch wegen der Interessen von EU und NATO. Dabei hatte der amerikanische Außenminister James Baker am 7. Februar 1990 bei seinem Moskabezoek zugesichert, dass die NATO sich anschließend keinen Inch (2,54 cm) weiter nach Osten ausdehnen werde. Am 21. November 2013 stoppte Präsident Janukowitsch die EU-Aktivitäten, die nachhaltige Eingriffe in Staat und Gesellschaft vorsahen. Zudem stand nicht Teil 1 (Wirtschaft), sondern nur Teil 2 (Politik) mit einer militärischen Komponente fixiert zur Unterschrift.

Im Artikel 4 der militärischen Vereinbarungen wurde die „immer tiefere Einbindung der Ukraine in die sicherheitspolitische Area

der EU“ festgeschrieben. Das entsprach den geopolitischen Zielen Washingtons und fügte sich auf wunderbare Weise in die Agenda von Clintons Seidenstraßenstrategiegesetz vom März 1999. Mit diesem Gesetz definierten die USA ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen in einem Korridor vom Mittelmeer über das Schwarze Meer bis nach Zentralasien. In voller Übereinstimmung mit dem von Brzezinski entwickelten geostrategischen Konzept sollten Wettbewerber der USA – wie Russland, Iran und China – geschwächt und die gesamte Region vom Balkan und dem Schwarzen Meer bis an die chinesische Grenze in einen Flickenteppich amerikanischer Protektorate verwandelt werden.

Für Francis Boyle, Russlandexperte der Harvarduniversität, war es das erklärte Ziel Obamas und seines Mentors Brzezinski, die Russische Föderation zu zerschlagen. Er sieht es als Tatsache, dass seit dem 11. September 2001 die US-Regierung Länder zerstört und die NATO dazu als Instrument benutzt. Diese Absicht sei belegt durch den damaligen stellvertretenden US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und später durch NATO-Oberbefehlshaber General Wesley Clark. Die Liste des Pentagons umfasst die Länder Afghanistan, Iran, Irak, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien. Mit der gleichen Strategie



Foto: wikimedia.org



Foto: Mstyslav Chernov/Euromaidan/wikimedia.org

würden nun USA/ NATO / EU die Destabilisierung in der Ukraine fördern.

Am 21./22. Februar 2014 wurde unter Führung des Rechten Sektors das Parlament besetzt: Janukowytch floh, und Obama erklärte zufrieden: „Wir, die USA, haben einen Deal zum Machtübergang vermittelt.“ Es folgte der geopolitische Wettlauf um die Krim. Und hier liegen die Trümmer der unipolaren US-Machtphantasien.

Am 4. Dezember 2014 wurde im US-Kongress mit überwältigender Mehrheit (nur 10 Gegenstimmen) die Resolution H. Res. 758 angenommen, die das Kongressurgestein Ron Paul auf seiner Homepage noch am gleichen Tag unter dem Titel „Rücksichtsloser Kongress 'erklärt Krieg' gegen Russland“ („Reckless Congress 'Declares War' on Russia“) als eines der übelsten Gesetze bezeichnet.

H. Res. 758 ist eine Resolution, die, so heißt es darin wörtlich, „das Vorgehen der russischen Föderation unter Präsident Wladimir Putin als eine Politik der Aggression gegen Nachbarstaaten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Dominanz scharf verurteilt.“ Der Vorbemerkung folgt ein umfangreiches Sündenregister Russlands. Gebetsmühlenartig wird die Russische Föderation u.a. beschuldigt, in die Ukraine einmarschiert zu sein und deren Souveränität verletzt zu haben; Computerattacken in den USA durchzuführen; 2008 in Georgien einmarschiert zu sein; an Syrien Waffen verkauft zu haben, etc.

Dem aus Halbwahrheiten und dreisten Lügen bestehenden Sündenregister folgen 22 Forderungen, die den Kongress und den Präsidenten zu Handlungen zwingen sollen. So wird der Präsident unter anderem aufgefordert, auf die US-Verbündeten und Partner in Europa und die anderen Staaten der Welt hinzuwirken, gezielte Sanktionen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen sowie den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen. Darüber hinaus in Abstimmung mit dem Kongress den Zustand und die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte

und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen sowie die aus der Beistandsklausel (Art. 5) erwachsene Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Mängel abgestellt werden.

Entrüstung in EU und deutschen Medien? Fehlanzeige.

Ende 2015 stellte der ehemalige stellvertretende Finanzminister unter Ronald Reagan, Paul Craig Roberts, Ende 2015 in seinem Artikel „Warum der Dritte Weltkrieg am Horizont auftaucht“ fest: „*Es muss für die russische Regierung enttäuschend sein, zu sehen, dass die Führer der Europäischen Union lieber einen Atomkrieg befürworten, als die Propaganda Washingtons in Frage zu stellen.*“

Thomas Mann hatte bereits im amerikanischen Exil die Neigung der US-Administration erkannt, „Europa als ökonomische Kolonie, militärische Basis, Glacis im zukünftigen Atom-Kreuzzug gegen Russland zu behandeln, als ein zwar antiquarisch interessantes und bereisenswertes Stück Erde, um dessen vollständigen Ruin man sich aber den Teufel scheren wird, wenn es den Kampf um die Welt Herrschaft gilt.“

Die USA haben als außereurasische Macht seit 1945 unermüdlich ihre Militärbasen um ganz Eurasien aufgebaut und auch vor großen Kriegen und damit einhergehenden nachhaltigen Umwelt- und Klimaschäden (Entlaubungsmittel Agent Orange, DU-Munition aus abgereichertem Uran usw.) nicht zurückgeschreckt, wie beispielsweise in Vietnam oder Serbien.

Ab dem 17. Januar 1991, nachts um 03:00 Uhr, starteten die ersten Kampfflugzeuge der US-Alliierten zu Luftangriffen auf den Irak – wurde mit Zustimmung bzw. Billigung von EU und NATO die Wiege der Zivilisation bombardiert. Darüber hinaus ließen Wirtschaftskrieg, Staatsterrorismus und Folter das Land zwischen Euphrat und Tigris im Chaos versinken.

Dabei ist es primäre Aufgabe einer Besatzungsmacht, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Gemäß Artikel 43 der Haager

Landkriegsordnung hat die Besatzungsmacht die Verpflichtung, die bestehenden Gesetze zu achten und damit die Ordnung zu gewährleisten – diese Verantwortung ergibt sich auch aus der IV. Genfer Konvention. Auch das ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, ein Fall für den internationalen Gerichtshof.

Und heute? Trotz der Corona-Pandemie erreichen die Militärbudgets weltweit neue Rekordstände. 2020 haben die USA knapp drei Mal so viel Geld für Verteidigung ausgegeben wie ihre Rivalen China und Russland zusammen. Angesichts der Us-amerikanischen Geo- und Rüstungspolitik dürften Russland und China vor allem Interesse an einer Verhinderung des Krieges haben. Beide Länder favorisieren eine multipolare Friedensordnung. Wladimir Putin ließ am 27. Januar in seiner WEF-Rede in der 28. Minute ganz nebenbei einen bemerkenswerten Satz fallen: „Die Ära des Versuchs, eine unipolare Welt aufzubauen, ist vorbei.“ Putin sieht überall auf der Welt unterschiedliche Entwicklungszentren mit eigenen Modellen, politischen Systemen und sozialen Institutionen und er hält es für extrem wichtig, „Mechanismen für die Harmonisierung ihrer Interessen zu entwickeln.“

Unter US-Präsident Biden hat die Dämonisierung Russlands und ihres Präsidenten erneut Fahrt aufgenommen. Die USA setzen anscheinend auf Eskalation. Und das im Interesse einer kleinen global agierende Wirtschafts- und Finanzelite, die aus Krieg und Zerstörung ihre Profite zieht und im Chaos ihre Strukturen ausbaut.

Wir brauchen eine Kultur des Verstehens und Verständigens, eine Kultur des Friedens!

Literaturhinweise:

- Wolfgang Effenberger: Schwarzbuch EU & NATO. Warum die Welt keinen Frieden findet. Verlag zeitgeist Print & Online, Hör-Grenzhausen 2020.
- Wolfgang Effenberger/Willy Wimmer: Wiederkehr der Hasardeure. Verlag zeitgeist Print & Online, Hör-Grenzhausen 2014.



Mit dem Beginn der Impfungen hat das Virus an Schrecken eingebüßt. Wie im Falle der Influenza wird auch COVID-19 nicht aus der Welt verschwinden, aber es ist kontrollierbar geworden. Die Gefahren für die Gesundheit der Weltbevölkerung sinken. Aber die Pandemie hat globale Bruchstellen deutlich gemacht und Spuren in Bewusstsein und Stabilität der Gesellschaften hinterlassen. Beides war schon vorher vorhanden, jedoch treten sie nun verstärkt zutage.

Risiken und Nebenwirkungen

Bittere Erkenntnis

Selbst die schärfsten Kritiker Chinas kommen nicht umhin festzustellen, dass durch das rasche und entschlossene Handeln von kommunistischer Partei und Regierung beider das Ansehen in der eigenen Bevölkerung stark zugenommen hat. Andererseits müssen selbst die entschiedensten Verfechter des westlichen Demokratiemodells eingestehen, dass sich deren Vertreter in der Bewältigung der Krise nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben.

So schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die sonst kein gutes Haar an China lässt: „So einfach ist die Sache allerdings nicht, dass ein demokratisches Land nichts von den rigiden Methoden lernen könne, mit denen eine Diktatur wie China gegen das Virus vorgeht.“ Es ist löblich, dass nun selbst eines der chinafeindlichen Leitmedien sich zu diesem Eingeständnis durchgerungen hat. Für die FAZ geht es dabei nur um das Herabsteigen vom hohen Ross.

Aber für Tausende Menschen in Deutschland und vielleicht Zehntausende in der westlichen Welt kommt diese Erkenntnis leider zu spät. Sie sind gestorben, weil man aus den Erfahrungen Chinas nicht hatte lernen wollen. Lieber hatte man sich in den Grabenkämpfen eines Systemkonflikts verschanzt, den der Westen ohne Not ausgerufen hatte.

Die Bewältigung der Pandemie sollte zum Nachweis für die Überlegenheit des Systems der liberalen Demokratie werden. Da kam es den Herolden der Menschenrechte nicht auf einige Tausend Tote an, die diesem Wettstreit auf dem Tummelplatz politischer Machtkämpfe zum Opfer fielen. Sie sind die Bauernopfer dieses Konfliktes.

Denn die meisten Menschen starben nicht in den sogenannten Unrechtsstaaten, sondern in den Demokratien des Westens, allen voran in den USA, dem reichsten und technisch am höchsten entwickelten Land der Welt. Aber auch Deutschland hat sich mit seinen mittlerweile über 70.000 Toten einen Platz unter den Top-10 auf der Todesliste der Pandemie erarbeitet.

Es ist nun sicherlich müßig zu fragen, wie der Kampf gegen das Virus in Deutschland verlaufen wäre, hätten Leitmedien wie die FAZ

die Öffentlichkeit ausführlicher und wohlwollender über die Erfolge Chinas informiert. Aber man zog es vor, den meisten Maßnahmen der chinesischen Führung das Etikett von Hinterlist und Machtgier anzuheften, anstatt Nutzen für die eigenen Bürger daraus zu ziehen oder wenigstens daraufhin zu prüfen.

Wie viele Menschen hätten vielleicht nicht sterben müssen, hätten die Medien ihre Verantwortung wahrgenommen und die Entscheidungsträger aufgefordert, im Interesse der eigenen Bürger politische Überheblichkeit und ideologische Scheuklappen abzulegen. Stattdessen gaben sich führende Medien dieses Landes sehr viel Mühe, einen Bericht über die Erfolge im Kampf gegen das Virus in Wuhan zu verhindern, da er ihnen ein zu positives Bild von den chinesischen Verhältnissen zeichnete.

Orientierungslos

Noch ist die Bekämpfung der Pandemie in vollem Gang, sodass sich die Fragen nach der Verantwortung von Überheblichkeit, Starrsinn und Uneinsichtigkeit der Verantwortlichen für die hohen Opferzahlen noch nicht stellen. Doch eines wurde im Laufe der Pandemie immer deutlicher: die Orientierungslosigkeit politisch Handelnden.

Hin- und hergerissen zwischen kleinlichen Moralgeboten, überzogenen Idealvorstellungen, starren Regeln und widerstrebenden Interessen, verirrteten sie sich immer mehr im Dschungel von Ansprüchen und vollmundigen Ankündigungen, fanden aber keinen Weg aus der Pandemie. Es fehlte an Realitätsnähe, einer Vorstellung von dem, was notwendig, was machbar ist und welche Ansprüche unter den gegebenen Umständen auch einmal zurückgestellt oder gar zurückgewiesen werden müssen.

Denn die Gesellschaft befand sich im Ausnahmezustand, nicht im Normalbetrieb. Dann sind auch mitunter außerordentliche Maßnahmen notwendig, wenn sie denn begrenzt sind für den Zeitraum der Pandemie. Damit hätte zumindest der zweite Lockdown verhindert werden können. So müssen viele Gewerbetreibende um ihre Existenz bangen und viele Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze.

Bezeichnend für diese Realitätsferne und Selbstüberschätzung ist das aufgeblasene Auftreten von Gesundheitsminister Jens Spahn, als er zu Beginn der Pandemie noch von den Vorteilen des freiheitlichen westlichen Modells schwadronierte gegenüber dem von sogenannten Unrechtsstaaten wie China. Damals war er noch fest davon überzeugt, dass ein dezentrales und föderales System einem solchen wie dem chinesischen überlegen sei und dass er als autoritär und zentral gesteuert betrachtete und deshalb für ineffektiv hielt.

Nur wenige Wochen später zeigte sich, dass all diese Vorstellungen über die Vorteile des eigenen Systems nur auf dem Papier und in den Köpfen der Verantwortlichen existierten. Dieses gesellschaftliche Selbstverständnis hatte nur Bestand gehabt unter der Bedingung, dass es nie einer Belastungsprobe ausgesetzt wurde. Als dann das Virus über Deutschland herfiel, stieß das von Spahn so hochgelobte freiheitliche Gesundheitssystem schnell an seine Grenzen. Es fehlte an allem: Masken, Schutzanzüge und vor allem medizinisches Personal. Kaputtgesprart.

Anstatt zu den eigenen Versäumnissen zu stehen, wurde die Bedeutung von Masken im Kampf gegen das Virus heruntergespielt. Sogenannte Experte rieten davon ab, bezeichneten sie gar als schädlich. Wochen später wurde bestraft, wer keine trug. Das passte für viele Bürger nicht zusammen, nährte Zweifel an der Kompetenz von Regierung sowie Experten und weckte Misstrauen an den Motiven der Regierenden. Hier wurde eine der Grundlagen geschaffen für Bewegungen wie die Querdenker.

Eine für zig Millionen entwickelte Corona-App erwies sich in der Verfolgung des Infektionsgeschehens als weitgehend wirkungslos. Zu viele wirtschaftliche und nationalstaatliche Sonderinteressen begrenzten ihre geographische Reichweite. Rücksichtnahmen gegenüber dem Datenschutz waren größer als Erkenntnis in die Notwendigkeit der Infektionsverfolgung zum Schutze von Menschenleben. Verunsichert durch Experten- und Medienmeinungen, nahmen viele Bürger Abstand davon. Sie achteten ihre Daten wichtiger als die eigene Gesundheit und die ihrer Mitmenschen.

All diese Unzulänglichkeiten gingen unter in den Lockerungen nach der ersten Welle, verbunden mit der Hoffnung, dass nun alles überstanden sei. Davon schienen auch viele Politiker auszugehen, denn auf die zweite Welle schien man nicht vorbereitet zu sein, als sie dann im Herbst 2020 über die westlichen Gesellschaften hereinbrach. Zu diesem Zeitpunkt hatte die chinesische Gesellschaft schon seit Wochen keine Neuinfektionen mehr verzeichnet.

Das öffentliche Leben hatte sich in dieser im Westen als autoritär angesehenen Gesellschaft wieder normalisiert. Die Einschränkungen waren weitgehend aufgehoben. Im Gegensatz dazu wurde mit dem Eintreffen der zweiten Welle das öffentliche Leben in den westlichen Staaten immer weiter eingeschränkt bis hin zu einem weiteren Lockdown. Die liberalen Gesellschaften zeigten sich repressiver als die sogenannten autoritären.

Dabei war noch nach dem Ende des ersten vonseiten der politischen Führung hoch und heilig versprochen worden, dass es keinen zweiten Lockdown mehr geben werde. Aber die Realität richtet sich nicht immer nach den Idealvorstellungen und Theorien des gesellschaftlichen Führungspersonals und seiner intellektuellen Zufüßler.

Durcheinander

War die Zustimmung der meisten Bürger zu den staatlichen Maßnahmen zu Beginn der Pandemie noch recht hoch gewesen, so wich diese im Verlauf der Herbstmonate einer zunehmenden Ernüchterung, Verunsicherung und Hilflosigkeit. Das Hin und Her der Vorschläge, Beschlüsse, Maßnahmen und ihre anschließende uneinheitliche Umsetzung hinterließen bei den meisten Menschen den Eindruck von Planlosigkeit. Ein klares Konzept war nicht zu erkennen. Verschärfungen der Einschränkungen des Alltagslebens wurden immer umfassender.

Andererseits wollten die Diskussionen über Verschärfungen, Inzidenzzahlen, Lockerungen und den richtigen Weg aus der Krise nicht enden. Die öffentliche Marktschreierei der Meinungsmacher in Medien und Politik sorgte für ständige Verunsicherung. Jeder hatte was zu sagen, auch wenn er keine Ahnung hatte.

Ständig fanden Konferenzen statt, die aber den Eindruck hinterließen, nichts Neues erbracht zu haben, zumindest keine klare Orientierung für die Bürger. Und waren die Konferenzen beendet, schienen alle daran Beteiligten, eigene Schlüsse daraus zu ziehen und eigene Maßnahmen zu ergreifen. Die Verwirrung der Menschen war komplett. Man wusste kaum noch, was richtig und falsch, was verboten und erlaubt war. Was in einem Bundesland zulässig war, war im Nachbarland verboten. Inzidenzzahlen beherrschten das öffentliche und zunehmend auch das private Leben.

Besonders das Starren auf die Inzidenzwerte verdeutlichte die Orientierungslosigkeit der Verantwortlichen. Von ihnen wurden

Lockdown und Lockerungen abhängig gemacht. Anscheinend erkannte man nicht, dass die unerkannt Infizierten diejenigen sind, die unwissentlich die Viren weiter übertragen und dadurch die Pandemie verstetigen. Anstatt aber das Testen auszuweiten, verschärfen die Verantwortlichen lieber die Einschränkungen.

Kein Wunder also, dass trotz aller Kontakteinschränkungen die Zahlen kaum sanken. Zwar wäre mit dem Anstieg der Tests auch die Zahl der Infizierten gestiegen, aber man hätte die unerkannt Infizierten feststellen, isolieren und damit viele Menschenleben retten können. Jedoch stellt sich die Frage, auf welcher Basis die Inzidenzwerte überhaupt festgelegt worden waren, wenn man später wieder aufhob, als man erkannte, dass sie nicht erreichbar, oder unrealistisch waren.

Aber wie viele Menschenleben hätten gerettet werden können, hätte man auf Testen statt auf Inzidenzwerte gesetzt. Sicherlich ist man nachher immer klüger. Aber nur dann, wenn man aus den früheren Fehlern lernt. Nun öffnet man wieder die Gesellschaft, obwohl die Werte nicht erreicht wurden, die man zuvor noch als unabdingbar gehalten hatte. Offensichtlich hat man inzwischen die Bedeutung des Testens für die Überwindung der Pandemie erkannt.



Weiterhin sind aber in den Betrieben Testmaßnahmen allein der Entscheidung der Unternehmensführung überlassen. Doch gerade hier wie in den Schulen, Sammelunterkünften und Pflegeeinrichtungen halten sich sehr viele Menschen auf engstem Raum über einen längeren Zeitraum auf. Hier befindet sich einer der großen Infektionsschwerpunkte, die in den bisherigen Planungen der Politik weitgehend ausgelassen wurden. Fürchtet man Produktionsstilllegungen wie seinerzeit bei Thönnies? Oder will man zulasten der Menschen die Wirtschaft nicht noch weiter gegen sich aufbringen?

Immer deutlicher wurde die Ratlosigkeit derer, die bisher immer vorgegeben hatten, die Lage im Griff zu haben. Immer deutlicher wurde, dass dem Führungspersonal alles aus den Händen glitt. Die Gesundheitsämter brachen unter der Last der Kontaktverfolgung zusammen. Anscheinend hat man vor dieser

Herausforderung kapituliert, denn sie ist in der öffentlichen Diskussion kein Thema mehr. Aber besser geworden ist es auch nicht.

Zu Beginn des Jahres 2021 hatten die gesellschaftliche Konfusion, aber auch die Ungeduld der Bürger ihren Höhepunkt erreicht. Zwar hatten Impfstoffe unter beschleunigten Verfahren Notfallzulassungen erhalten, was man noch wenige Monate zuvor bei den russischen und chinesischen Impfstoffen bemängelt hatte, Sie waren auch auf dem Markt, kamen aber nicht in die Impfzentren.

Denn wichtiger als die Abwendung der Gefahren für die einzelnen Bürger war den politischen Verantwortlichen die Gefahr, dass der Zusammenhalt der EU zerbrechen könnte infolge eines Wettlaufs der Mitgliedsstaaten um den begehrten Impfstoff. Um die nach dem Brexit angeschlagene politische Stabilität der EU nicht weiter zu gefährden, war die Beschaffung und Verteilung der Impfstoffe von den Nationalstaaten an Brüssel abgegeben worden. Und deren Mühlen mahlten langsam, für viele Infizierte zu langsam.

Verantwortungslos

Dagegen hatten Israel, die USA und das Vereinigte Königreich schon im Vorfeld Verträge mit den Herstellern abgeschlossen. Sie

erhielten schon Wochen vor den EU-Staaten Millionen von Dosen zur Impfung der eigenen Bevölkerung. Auch die Bezieher russischen und chinesischen Impfstoffs wie das EU-Land Ungarn, das Nicht-EU-Land Serbien und die Türkei impften bereits die eigene Bevölkerung. Aber in Deutschland und dem Rest der EU ging es nicht voran. Die vorhandenen Mengen waren nicht ausreichend.

Während die Zulassungshürden für Impfstoffe aus dem Westen im Schnellverfahren gesenkt worden waren, um sie schneller einsetzen zu können, wurde für Russlands Sputnik V der Marktzugang zur EU erschwert, wenn man sich auch öffentlich anders gab. Einen bezeichnenden Einblick diesbezüglich in das verkorkste Denken von Teilen der westlichen Führungskräfte gibt ein Artikel der FAZ mit dem sehr aufschlussreichen Titel „Spalten mit Sputnik V“.

Dort warnte die Vorsitzende der zuständigen

europäischen Zulassungsbehörde (EMA) EU-Staaten dringend davor, Sputnik V eine nationale Notfallzulassung zu erteilen, solange das Vakzin noch nicht von ihrer Behörde geprüft sei. Diese Hinhaltetaktik wird medial von der FAZ unterstützt, die feststellt: „Ob der Impfstoff dann noch benötigt wird, ist fraglich.“

Ohne Umschweife bringt dieses Denken der Außenminister der Slowakei Ivan Korcok auf den Punkt. Für ihn ist klar, „dass dieser Impfstoff nicht mehr nur ein Impfstoff ist, sondern ein Instrument des hybriden Krieges“. Diese Vorstellung einer hybriden Kriegsführung geht aber in westlichen Köpfen vor sich. Ähnliches westliches Machtdenken hatte sich bereits in Vorwürfen von Maskendiplomatie und Impfdiplomatie gegenüber China ausgedrückt. Aber die Opfer dieser Machtspiele sind die eigenen Bürger, nicht die chinesischen und auch nicht die russischen.

Wie in der Frage des Erfahrungsaustauschs mit China war das Leben von Tausenden EU-Bürgern politischen Interessen untergeordnet worden. Trat man sonst überall in der Welt als Missionare der Menschenrechte auf, so setzte man aus politischen Überlegungen das Leben der Menschen im eigenen Land leichtfertig aufs Spiel. Ehe man die Stabilität der EU aufs Spiel setzte, nahm man lieber in Kauf, dass Tausende durch die Verzögerung der Impfstoffbeschaffung ihr Leben verloren. Ehe man Impfstoff aus so genannten Unrechtsstaaten bezog, enthielt man lieber Tausenden die dringend benötigte medizinische Versorgung vor.

Ein ähnliches Drama spielt sich nun bei den Tests ab. Vieles ist unvorbereitet, viele Fragen ungeklärt, nur die Erwartungen sind hoch, die man selbst geweckt hat. Hier offenbart sich der einzig wahre Vorteil des föderalen Systems. Es gibt genug Zuständigkeiten, die sich gegenseitig die Schuld zuschieben können, ohne tatsächlich die Lösung der anstehenden Probleme beherzt in die Hand zu nehmen. Und im Geschiebe der Zuständigkeiten und Schuldabwälzung stehen die Bürger hilflos und wissen nicht, wie sie dem ganzen Treiben Einhalt gebieten können. Denn keiner ist greifbar und alles scheint im Gange zu sein. Aber nichts kommt so richtig voran.

Global

Noch ist es zu früh, Aussagen über die Folgen dieses Totalversagens unserer gesellschaftlichen Führung zu machen, wenn sie denn das Niveau der Kaffeesatzleserei übersteigen sollen. Das wird wohl erst möglich sein, wenn sich der Pulverdampf der Coronaschlacht gelegt hat. Aber ansatzweise sind Entwicklungen zu erkennen, die in ihrem weiteren Fortgang beobachtet werden müssen.

Auf der globalen Ebene kann jetzt schon festgestellt werden, dass China als der große Gewinner aus dieser Krise hervorgeht. Die Volksrepublik ist das einzige Industrieland der Welt, das trotz COVID-19 ein Wirtschaftswachstum vorweisen kann. Es hat zudem durch die Stabilität der eigenen Produktion sei-

ne Exporte und damit seinen wirtschaftlichen Einfluss weltweit ausdehnen können.

Allein seit Beginn des Jahres 2021 sind die Exporte der Volksrepublik um 60 % gestiegen. Besonders seine medizinischen Produkte sind gegenüber den westlichen konkurrenzfähiger geworden. In bald fünfzig Länder hat es seine Impfstoffe exportieren können, während der Westen alle Hände voll zu tun hatte, die eigene Bevölkerung zu beliefern. Durch die Vergabe von Lizenzen an Staaten besonders in der Dritten Welt hat China dort an Ansehen und wirtschaftlichem Einfluss ausgebaut. Gleiches gilt für Russland.

Der Versuch der USA unter Trump, Chinas wirtschaftliche Entwicklung und Aufstieg zu behindern, muss als gescheitert angesehen werden. Bisher scheint auch die neue amerikanische Administration keine Abkehr von dieser Politik zu planen. Vielmehr fühlt man sich in Washington bestärkt, weil der Schulterchluss mit den unter Trump verprellten Verbündeten nun ein massiveres Vorgehen gegen die Volksrepublik zu ermöglichen scheint.

Ob diese Pläne aufgehen, wird sich zeigen. Denn parallel zur Wiederbelebung der Freundschaft zwischen den westlichen Mächten schreitet auch die Zusammenarbeit zwischen China und Russland stetig voran. Die inneren Widersprüche dieser Allianz dürften geringer sein als die zwischen den westlichen Staaten, die doch auf vielen Feldern, besonders auf dem Felde der Wirtschaft, mitunter als erbitterte Konkurrenten auftreten.

Der Westen hat in dem von ihm ohne Not ausgerufenen Systemkonflikt mit China eine herbe Niederlage erlitten, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Besonders im Bereich der Pandemiebekämpfung hat sich das chinesische System als wesentlich wirkungsvoller erwiesen. Da dieser Erfolg nicht mehr bestritten werden konnte, versuchte man zu einen, ihn zu ignorieren.

Fortan sprachen die Medien asiatischen Erfolgen, China wurde in diesem Zusammenhang - wenn überhaupt - dann nur noch am Rande erwähnt. Andererseits versuchte man, die chinesische Politik als Masken- oder Impfstoff-Diplomatie zu verunglimpfen. Man kann die Erfolge Chinas ignorieren oder diskreditieren, aber trotz allem kann man sie nicht allein mit autoritären Strukturen erklären, wie die FAZ schon zu Anfang feststellte. Und schon gar nicht kann man sie aus der Welt schaffen.

Gesellschaftlich

Die Spuren, die COVID-19 in der deutschen Gesellschaft hinterlassen hat, haben bisher ihre Wirkung noch nicht voll entfaltet. Aber schon jetzt ist klar, dass die Staatsverschuldung gewaltig gestiegen ist. Noch unklar jedoch ist, wie stark die Wirtschaft unter der Krise mit ihren Lockdowns gelitten hat. Auch hier werden gewaltige Schäden in Form von Insolvenzen, Geschäftsaufgaben und den damit verbundenen Arbeitsplatzver-

lusten und Arbeitslosigkeit zu erwarten sein.

Der Mythos von deutscher Perfektion und Gründlichkeit hat reichlich Flugrost angesetzt. Die politischen Einrichtungen wie Regierung, Parteien und Verwaltung hinterließen keinen souveränen Eindruck in der Krise. Sie schienen mit zunehmender Dauer überfordert und den Aufgaben immer weniger gewachsen. Selbst heute, nach über einem Jahr Erfahrung mit der Pandemie, sind die Discounter eher in der Lage, Selbsttests zu besorgen und an den Mann zu bringen als die zuständigen staatlichen Stellen.

Das Selbstbild, das die deutschen Führungskräfte und Medien über den Zustand ihres Staates aufgebaut hatte, hat sich unter der Belastung der Krise als ein Trugbild herausgestellt. Er ist nicht so gut organisiert, wie alle immer dachten. Eigentlich klappte kaum etwas richtig. Vieles ist der Selbstüberschätzung, Uneinsichtigkeit und mangelnden Realitätsnähe der Verantwortlichen geschuldet. Die eigenen Vorstellungen wurden oftmals mit Realität verwechselt. Die Ergebnisse blieben weit zurück hinter den vollmundigen Ankündigungen. Gesellschaftliche Geschlossenheit kam allein in Appellen an die Bevölkerung daher, nicht aber im Handeln der politisch Verantwortlichen.

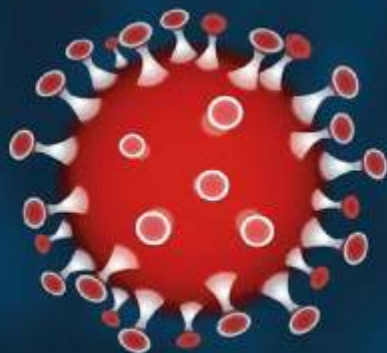
Angesichts dieses Versagens rückten die Bürger, die noch zu Beginn der Krise fest hinter der Regierung standen, immer weiter von ihr ab. Sie genießt mittlerweile nur noch wenig Vertrauen. Ratlosigkeit wich allmählich der Verärgerung über das Chaos und die ausbleibenden Erfolge trotz weitreichender Einschränkungen im Alltagsleben. Allein dem Impfbeginn dürfte es die Regierung zu verdanken haben, dass diese Verärgerung nicht in Proteste umschlug. Abseits von den Querdenkern gab es zu ihrem Glück keine politische Kraft, die in der Lage gewesen wäre, den Unmut der Menschen in Forderungen und gesellschaftlichen Druck umzuwandeln.

Aber auch diese haben zuletzt an Bedeutung verloren. In der Öffentlichkeit sind die Querdenker kaum noch wahrzunehmen. Das Leugnen des Virus, seiner Gefährlichkeit und der Pandemie, die bei Teilen dieser Bewegung zu finden ist, boten keinen Ausweg aus Stillstand und Krise. Die meisten Menschen fühlten sich vom Virus bedroht, nicht von der Politik. Sie hatten Angst vor Ansteckung, nicht vor einer Einschränkung von Freiheitsrechten. Insofern waren die Schnittmengen zwischen Querdenkern und dem Rest der Bevölkerung gering. Das bedeutet aber nicht, dass ihr Geist und Denken nicht doch weiterlebt und sich im Flussbett der Gesellschaft verbreitet.

Die Voraussetzungen dafür sind eher besser als schlechter geworden. Enttäuschung und Ernüchterung über die Regierung und die gesellschaftlichen Führungskräfte scheinen gestiegen zu sein, auch das Misstrauen gegenüber dem Staat. Beruhigung dürfte mit dem Impfbeginn zwar eingekehrt zu sein, was aber nicht mit Vertrauen verwechselt werden darf. Darüber werden die anstehenden Wahlen mehr Klarheit geben.



CORONA



COVID-19



Wolfgang Bittner

Lockdown-Strategie und Sterblichkeit

Ende November 2020 warnte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des vom Bundesgesundheitsminister berufenen Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Prof. Matthias Schrappe, in einem Interview vor einem „unendlichen Lockdown“. Es sei falsch, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen; der Hinweis auf Bergamo mache ihn fassungslos, weil das deutsche Gesundheitssystem nicht mit dem dortigen zu vergleichen sei.

Festzustellen ist, dass die jährliche Sterberate in Deutschland bei durchschnittlich 2.500 bis 2.600 Toten pro Tag liegt, wie aus einer Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes vom 30. Dezember 2020 hervorgeht. Das wirft die Frage auf, ob die staatlichen Zwangsmaßnahmen, die aufgrund von zweifelhaften Inzidenzwerten und angeblich übermäßig hohen Sterbezahlen getroffen wurden, berechtigt und sinnvoll waren. Denn die Sterbezahlen lagen im Jahr 2020 zumeist unter 2.500 pro Tag. Und der Inzidenzwert geht von der Anzahl positiv Getesteter pro 100.000 Einwohnern innerhalb einer Woche aus. Aber je mehr Testungen durchgeführt wurden, desto höher war die Anzahl der positiv Getesteten. Dabei blieb unberücksichtigt, dass positiv Getestete nicht unbedingt mit SARS-CoV-2 infiziert oder krank sind. Daraus ergeben sich ernsthafte Zweifel an dem allen Maßnahmen zugrunde gelegten Inzidenzwert und der Zweckdienlichkeit der staatlichen Zwangsmaßnahmen, wie auch überhaupt ihrer Verhältnismäßigkeit und damit ihrer Rechtmäßigkeit.

Der erste Lockdown begann am 23. März



Foto: wikipedia.org

2020 und reichte bis etwa 15. Mai, ohne dass sich die Lage änderte. Lediglich vom 6. bis 8. April lag die Sterberate insgesamt über 3.000 Toten, am 8. April waren es 3.157. In der Sommerpause trat eine gewisse Beruhigung ein, aber bereits am 2. November wurde wegen erhöhter Inzidenzwerte für zwei Wochen ein sogenannter „Lockdown light“ ausgerufen, der jedoch ebenfalls nichts bewirkte. Nachdem dann am 23. November die Zahl der insgesamt Verstorbenen auf über 3.000 gestiegen war, begann am 16. Dezember ein erneuter Lockdown, der in der Folge mehrmals verschärft wurde. Wieder zeigte sich keine Wirkung auf das Krankheitsgeschehen.

Bezogen auf die Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes vom 20. Dezember 2020 zu den vorläufigen Sterbezahlen in Deutschland, ergibt sich, dass die Sterblichkeit weit unter der von 2017 und 2018 lag. Das beweist, dass die Gefährlichkeit von COVID-19 bei Weitem überschätzt wurde. Dennoch wurde Mitte Januar 2021 ein weiterer, nochmals verschärfter Lockdown ange-

ordnet, weil die Inzidenzwerte und Todeszahlen stiegen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vermehrt getestet wurde, insbesondere die ältere und durch Vorerkrankungen belastete Bevölkerung, und dass viele alte Menschen aus den Altenheimen in Krankenhäuser eingewiesen wurden, wo sie starben.

Der Virologe Hendrik Streeck erklärte gegenüber der Stuttgarter Zeitung, dass die Inzidenzwerte ein falsches Bild vermitteln sollen. Ziel von Bund und Ländern sei, mit dem Lockdown die Inzi-

denz unter 50 zu drücken, also auf weniger als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen. Dieser Grenzwert werde als wissenschaftlich vorgegeben wahrgenommen, sei jedoch tatsächlich von der Politik definiert. Die Inzidenzangabe ist also – noch dazu aufgrund eines fragwürdigen PCR-Tests – ein willkürliches Zahlenspiel. Aber trotz aller Einwände verfolgt die Regierung ihre unwirksame Strategie unnachgiebig weiter.

Seit Anfang des Jahres 2021 ist die deutsche Bevölkerung in „Corona-Versteher“ und „Corona-Kritiker“ geteilt, und in Politik und Medien gibt es kaum noch ein anderes Thema.

Auszug aus Buch „Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen“, Verlag zeitgeist, Höhr-Grenzhausen, März 2021.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2019 sind von ihm der Roman „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“ sowie das Sachbuch „Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“ erschienen.



Veronika Naidenova

„Russian Scandal“

Foto: Alexey Druzhinin/wikimedia.org

Wie sinnbildlich die englische Bezeichnung für das altbekannte Spiel für die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten des europäischen Kontinents steht.

In Deutschland kennt man dieses Spiel unter dem Namen „Stille Post“, was die Verbindung zu diesem Wortspiel als Gedankenkonstrukt womöglich nicht wirklich ermöglicht. Doch im Russischen heißt dieses eine Spiel wörtlich übersetzt: kaputtes Telefon. So wird das Konzept des Spiels, aber auch das Konzept dieses Kommunikationsphänomens bildhaft und greifbar.

In diesen Wochen und Monaten erleben wir dieses Phänomen in voller Lautstärke – in voller Lautstärke nur eines Teilnehmers: Deutschlands. In unserem Medien- und Politikraum hören wir uns selbst laut und deutlich, doch den Teilnehmer am anderen Ende der Leitung nicht – ist die Verbindung gestört? Oder haben wir Russland einfach auf „mute“ gestellt?

So kommt es dem geneigten Leser und Zuschauer diverser (bundes-)deutscher Publikationen und Programmen in diesen Wochen vor, wenn es um das Thema Russland geht. Gemeint ist die mediale Verknüpfung zweier Themenkomplexe aus Politik und Wirtschaft: der Fall des (vermeintlich) vergifteten russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, der Bau des Pipeline-Mammut-Projektes Nord Stream 2 und die erneuten Russland-Sanktionen.

Kein Tag vergeht, an dem nicht eine aktuelle Meldung über den „Kreml-Kritiker“ Nawalny über den eigenen virtuellen Nachrichten-Ticker flattert und der Öffentlichkeit neue „Erkenntnisse“ zum vermeintlichen Tathergang präsentiert werden. Nawalny wurde in der renommierten Berliner Charité behandelt und befand sich bis Mitte Januar dieses

Jahres zur Reha im Schwarzwald, nachdem er mit akuten Vergiftungserscheinungen (laut Deutschlands Aussage) am 20. August von Russland nach Deutschland ausgeflogen wurde. Die mediale Empörung ließ nicht lange auf sich warten, schnell war vom „russischsten aller Gifte“ die Rede, der politische Framing-Prozess ist seitdem in vollem Gange.

Die Beziehung beider Nationen rückt seitdem unweigerlich in den öffentlichen Mittelpunkt, und je länger man darüber sinniert, desto vielfältiger wird die Anzahl an möglichen Verbindungen, die dabei ins Auge springen: von sehr auffälligen Verknüpfungen z.B. durch Katharina die Große und Maria Pawlowna Romanowa oder Goethe bis hin zu unscheinbaren und unmerklichen Blutsverflechtungen durchschnittlicher Familien von nebenan. Kurzum, das Herunterbrechen auf diese singulären Ereignisse greift zu kurz und wird der wahren, transnationalen Verbindung und Verflechtung beider Staaten nicht gerecht.

Was hat es mit Nord Stream 2 auf sich?

Energie ist die Lebensader der Wirtschaft, und deren Import in Form von Erdöl und -gas im wahrsten Sinne alternativlos für Deutschland. Bereits zu Zeiten der Sowjetunion bemühte sich die Bundesrepublik um strategische Partnerschaften und schloss Verträge, die den Import sichern sollten. Der jüngste Vorstoß dieser gemeinsamen Anstrengungen bildet das Projekt Nord Stream 2 als Ergänzung der bereits 2011 fertiggestellten Gaspipeline von Wyborg nach Lubmin bei Greifswald. Denn nicht nur Brücken können – phy-

sich wie symbolisch – verbinden, auch Pipelines, und sorgen damit für eine gemeinsame und dauerhafte wirtschaftliche Prosperität.

In den Verbindungsstörungen, die wir aktuell mit Russland erleben, gehen etliche Details verloren, die die Ursprungsnachricht – ganz dem „Stille Post“-Effekt entsprechend – abwandeln und so für eine fehlerhafte Informationsbasis sorgen. So wüssten wir zum Beispiel, dass der „Wirkstoff“ Nowitschok in Wahrheit kein Wirkstoff, sondern ein binäres System, bestehend aus nicht toxischen Giftstoffen, ist.

Er wird als hochgiftig und schwer nachzuweisen beschrieben. Er besteht aus zwei ungiftigen Komponenten, die ihr tödliches Potenzial erst in ihrer Verbindung entfalten und sich schnell wieder auflöst. Er löst im Körper eine Protein-Kettenreaktion aus und blockiert damit die Produktion des Enzyms Cholinesterase, was letztlich zum Tod führt. Ein weiterer interessanter Fakt: schwach wirksame Cholinesterase-Hemmer sind ungiftig und werden sogar zur Behandlung von Alzheimer-Patienten eingesetzt.

Die Verbindung zur Sowjetunion kann nicht geleugnet werden, der Giftstoff wurde doch als Antwort auf die Produktion vergleichbarer Biowaffen der USA in den 1970er Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in einem sowjetischen Labor in der Stadt Schichanach entwickelt. Der deutsche Toxikologe und Experte für Chemiewaffen, Ralf Trapp, weist jedoch darauf hin, dass auch andere Labore außerhalb Russlands durchaus in der Lage sind, diesen Kampfstoff zu produzieren, vor allem wenn man bedenkt, dass

mehrere Fachchemiker, die an der Entwicklung des Giftstoffs beteiligt waren nach dem Ende der Sowjetunion ins westliche Ausland ausgewandert sind und sogar ein Buch über und mit detaillierter Beschreibung des Nowitschok-Systems und ihre Entwickler veröffentlichte – bediene sich daran wer will. Ein weiterer Einwand, der in diesen Zeiten allzu oft verhallt.

Denn der Schuldige scheint aus der Sicht der hiesigen Medien und Politik längst gefunden, allerdings vermag niemand genau zu sagen, wieso er schuldig sein soll. Wo bleibt der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“, die evidenzbasierte Beurteilung der Fakten, so sie denn vorliegen, anstelle einer vorschnellen Verurteilung, wo ist das Neutralitätsgebot? Als Resultat erleben wir eine zunehmend vergiftete Atmosphäre und diplomatische Verstimmung. Fragwürdige Sanktionen werden vorschnell gegen den großen, sehr alten Freund verhängt ohne diesen auch wenigstens mal zu Wort kommen zu lassen. Ein Urteil ohne Anhörung. So dient dieser Fall für alle Außenstehende, aber vor allem für den Beklagten, als Beispiel für das stetig gelobte Rechtssystem, auf welches wir hier in Deutschland so besonders stolz sind, so wie einst die Heilige Inquisition auf das ihrige...

Im Namen eines russischen Bürgers, zu dem in der ganzen Behandlungs- und Rehazeit kein russischer Konsul Zugang gewährt bekam und der eine umstrittene Karriere in seinem Heimatland aufweist, beschließt Deutschland Sanktionen gegen Personen aus dem direkten Umfeld des russischen Präsidenten mit Begründungen, die jeglichem Diplomatie-ABC, geschweige denn elementarem Anstand trotzen. So sind in den veröffentlichten Sanktionsbegründungen Sätze zu lesen wie: „Er gehört der Arbeitsgruppe der Präsidentenadministration an, die es Nawalny nicht erlaubt, die Russen zu beeinflussen, auch nicht, indem sie ihn diskreditiert“, hier in Bezug auf Andrej Jarin (Abteilung für Innenpolitik des Präsidenten der Russischen Föderation).

Es scheint für Russland, als würde der Westen nicht einfach irgendeinen Oppositionellen aus einem anderen Land aus Altruismus heraus unterstützen, sondern vielmehr seinen eigenen Mann schützen, der mehr als genug Verbindungen familiärer, biografischer und auch finanzieller Art in den Westen (genauer – London) pflegt und für Russland somit eher ein ausländischer Agent ist, als ein Oppositioneller (mit einer Quote von stolzen 2 %).

Man kann es gar nicht schönreden, wie Russland solches Vorgehen bewertet und so lesen wir (zumindest in den russischen Medien) über Aussagen des russischen Außenministers Sergej Lawrows, Deutschland und seine Anhänger würden sich in inländische Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates einmischen und damit die Beziehungen zu Russland selbst zerstören. Wir sollten nicht denken, Russland würde noch die andere Wange hinhalten und dürfen uns auf gleichwertige Gegensanktionen gefasst machen.

Noch vor den Sanktionen Europas gegen Russland sprach Herr Lawrow in einem Interview genau das aus, was den Russen auf der Seele immer heller brennt, als er sagte: „Ich bin mit unseren Politologen einverstanden, die sagen, dass hätte es nicht Nawalny gegeben, hätten sie (red. EU) sich etwas Anderes als einen Vorwand für die Verhängung weiterer Sanktionen ausgedacht. Was Nawalny betrifft, so denke ich, dass unsere westlichen Partner jeglichen Anstand, alle Grenzen der Vernunft überschritten haben. Im Grunde genommen wird von uns gerade verlangt zu gestehen. Uns wird gesagt: „Glauben Sie etwa nicht den deutschen Experten, den Bundeswehrexperten? Wie ist das möglich? Deren Ergebnisse sind von den Franzosen und die Schweden bestätigt worden. Uns glauben Sie nicht?“ Eine fragwürdige Geschichte, wenn man bedenkt, dass wir noch am 27. August eine Anfrage unserer Generalstaatsanwaltschaft über die Rechts Hilfe hinschickten und eine Antwort gibt es bis heute nicht. Diese Anfrage befand sich über eine Woche lang unverständlich wo. Im Auswärtigen Amt teilte man uns mit, dass unsere Anfrage nicht an das Justizministeri-

um weitergeleitet wurde, welches ja der Adressat der Generalstaatsanwaltschaft-Anfrage war. Später meinten sie dann doch, es sei an die Staatsanwaltschaft Berlins übergeben worden, „aber wir sagen Ihnen nichts ohne die Einwilligung der Familie (red. Nawalyns). Ihr sollt Ermittlungen einleiten.“ Wir haben unsere eigenen Gesetze und laut diesen Gesetzen können wir nicht aufs Wort glauben, um eine Ermittlung durchzuführen. Es müssen bestimmte Prozeduren eingehalten werden und der Einhaltung dieser Prozeduren ist die, kurz auf diesen Vorfall gefolgte, angefangene Voruntersuchung gewidmet gewesen, im Verlauf welcher alle Sachverhalte untersucht worden sind. Apropos Sachverhalte, [...] hatte jemand von den westlichen Kollegen, ich glaube der deutsche Spiegel oder Die Welt geschrieben, dass, wie die deutschen Ärzte herausgefunden hätten, Nawalny nur durch Glück gerettet wurde. Es hätte wirklich diesen ominösen Nowitschok gegeben, aber er (red. Nawalny) hätte sich nur durch Glückszufälle gerettet. Was sind das denn für Glückszufälle gewesen sein sollen? Erstens, dass der Pilot das Flugzeug umgehend landete. Zweitens, dass am Flug-



Foto: kremlin.ru/wikimedia.org



Foto: wikimedia.org

zeug direkt der Notarztwagen wartete. Und drittens, dass die Ärzte augenblicklich zur Ausübung ihrer professionellen Pflichten schritten. Dieses absolut tadellose Verhalten des Piloten, der Ärzte und der Nothilfe wird als ein glücklicher Zufall präsentiert. Das heißt, dass man uns sogar verweigert, dass wir Menschen sind. Verstehen Sie, das sitzt ja tief in den Köpfen von denjenigen, die sich sowas ausdenken.

Um auf unsere Voruntersuchung zurückzukommen, es heißt nur: Ermittlungen. Alle sind darauf fixiert. Hätten wir eine Ermitt-

lung eingeleitet, wobei wir keine rechtliche Grundlage dafür haben und weswegen die Generalstaatsanwaltschaft das Rechtshilfersuchen an die Deutschen stellte, aber selbst wenn wir es heute oder von Anfang an eingeleitet hätten – was wäre unternommen worden? Man hätte den Piloten, die Flugzeugpassagiere, die Ärzte befragt. Man hätte erfahren, was die Ärzte bei seiner (red. Nawalyns) Einlieferung ins Omsker Krankenhaus feststellten, welche Medikamente sie einsetzten. Sein Umkreis wäre befragt worden. Das alles ist gemacht worden. Die Fünf, die ihn begleiteten, sind befragt worden, die auch an den Veranstaltungen der vorangegangenen Tage teilnahmen bevor Nawalny ins Flugzeug stieg. Diejenigen sind befragt worden, die auf den Flug Tomsk-Moskau warteten, die mit ihm in dem Café waren. Man fand heraus, was sie bestellten, was er trank. Die Sechste, die ihn begleitende Dame, wie Sie wissen, ist geflüchtet. Es heißt, ausgerechnet sie hätte die eine Wasserflasche an das deutsche Labor übergeben. Das alles ist gemacht worden und wenn das als Ermittlungsverfahren bezeichnet worden wäre – mehr können wir nicht machen. Mit diesem Hintergrund ist es natürlich die Arroganz, mit der die westlichen Partner auf uns blicken, von wegen „wagt es ja nicht unsere Glaubwürdigkeit, unsere Professionalität anzuzweifeln“... Gut, wenn das so ist, dann wagen Sie es also die Professionalität unserer Ärzte, unserer Ermittler anzuzweifeln.

Das ist eine Position, die bedauerlicherweise an andere Zeiten zu erinnern anfängt. Arro-

ganz und das Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit ist schon Mal in Europa beobachtet worden und führte zu sehr traurigen Konsequenzen“.

Es gibt nicht einen Ablaufpunkt im Fall Nawalny, der keine berechtigten Zweifel aufweist oder gar gänzlich als falsch widerlegt wird, geschweige denn, dass das angebliche Tatmotiv jeglicher Logik entbehrt. So spricht Nawalny selbst im Interview dem russischen liberalen Blogger Dud davon, dass die russische Regierung in seiner Person keinen Märtyrer haben wolle und ihn eben deswegen vergiftet haben soll.

The screenshot shows the Bellingcat website interface. At the top, it says 'the home of online investigations'. The main article headline is 'Second Skripal Poisoning Suspect Identified as Dr. Alexander Mishkin'. Below the headline, there are three portrait photos of men. To the right of the photos is a small graphic with a question mark and the text: 'The Bellingcat Investigation Team is an award-winning group of volunteers and full-time investigators who work on the care of the Bellingcat's investigative efforts.' At the bottom of the article preview, there is a call to action: 'Join the Bellingcat Mailing List: Enter your email address to receive a weekly digest, links to our latest research articles, and more.' The photo credit at the bottom right reads 'Foto: bellingcat.com'.

Deutschland hat sich in dieser Sache direkt einer eigenen politischen Entscheidung entzogen und holte umgehend die anderen EU-Staaten mit dazu, um als eine geschlossene Front Russland gegenüber zu treten – alle gegen einen also. Nun, in Russland sieht man das als einen Schwähebeweis an, dass der Unruhestifter sich direkt hinter seinen Freunden versteckt und somit spricht u.a. Maria Sacharowa (die Außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin Russlands, Direktorin der Abteilung Information und Presse und Pressesprecherin des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation) klare Worte: „Es geht hier um Berlins Renommee“.

Es ist gar nicht so lange her, da hatte der russische Präsident, Herr Putin, der Bundeskanzlerin Frau Merkel beim Petersburger Dialog 2012 in Moskau scherzhaft angemerkt: „Beachten Sie, was Frau Bundeskanzlerin sagte. Sie sagte: ‚Wir beraten uns zunächst mit 26 anderen Ländern und formulieren dann eine gemeinsame Position.‘ In der Wirtschaft nennt man das Kartellverschöpfung. Und ein Kartell ist immer eine schlechte Sache. Man sollte seine eigene Position haben.“

Unter Druck gesetzt sieht Russland die Bundesrepublik und kann Deutschlands Verhalten in dieser Sache einerseits nachvollziehen, doch gleichzeitig wächst die Enttäuschung über die Unselbstständigkeit Deutschlands, die sich bereit zeigt zu eigenem Nachteil fremde wirtschaftliche Interessen vom anderen Kontinent über den Atlantik zu vertreten. So wird von offizieller Stelle ununter-

brochen von einer Befreiung aus der Abhängigkeit von russischen Energieträgern gesprochen – doch es wäre lediglich eine Befreiung von einem Energie-Tropf und ein direkter Übergang in die andere Abhängigkeit von portionierten, rübergeschifften Energie-Pillen (oder wird eine alternative Pipeline über den Atlantik gelegt, um die flüssige Belieferung sicherzustellen?).

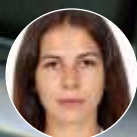
Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Fall Nawalny und dem Nord Stream 2 ist für Russland unübersehbar und wird unter anderem von Deutschland durch sein übereifriges und tendenziöses Verhalten nur bestätigt. Denn selbst im UN-Sicherheitsrat, so scheint es, stellen wir den russischen Vertreter Dmitri Poljanski auf stumm, wenn er einen der berechtigtesten Zweifel in aller Deutlichkeit ausspricht: Deutschland behauptet, dass ausschließlich Russland das Nowitschok-System hätte, weswegen ja der Übeltäter augenblicklich identifiziert werden konnte und worden ist. „Dort (red. in Deutschland), angeblich ohne eine Probe des Nowitschok zu haben, wird bestimmt, dass es das ist, was technisch unmöglich ist, wenn man nichts zum Vergleichen hat. Das heißt, dass, wie es herauskommt, Deutschland den Nowitschok hat. Genauso wie andere westliche Staaten,“ so Herr Poljanski. Wir sehen, dass wir im Glashaus sitzen.

Je länger Deutschland sich Russland gegenüber stumm stellt, umso mehr solcher immer kritischerer Fragen kommen auf und umso beharrlicher wird Russland auf die Beantwortung dieser bestehen. Dies ist keine bereits deutlich zu erkennende Tendenz, sondern immer lauter werdende klare Ansagen aus Moskau – würden wir diese doch hören. Wir kommen aus dieser Geschichte nicht mehr „trocken aus dem Wasser“ (russische Redensart) raus – Russland wird uns das nicht mehr durchgehen lassen, denn dafür sind wir zu weit in diese Gewässer gegangen. Wir werden für unser Verhalten Russland gegenüber geradestehen müssen, damit sollten wir uns abfinden. So ist das Einzige, was wir noch machen könnten – den Schaden klein halten. Kehren wir jetzt zurück zum Verstand und entsinnen uns, dass der Lösungsweg nur ein Dialog sein kann und, dass ein Dialog keine Einbahnstraße ist!

DIA-log, liebes Deutschland, kein MONO-log.

Eine schlechte Verbindung mit einem Rauschen, Bruchteilhaftigkeit, Stummheit... An welcher Stelle unserer jahrhundertelangen Kommunikation ist die Leitung beschädigt? Ist unsere Leitung beschädigt oder werden wir unmerklich zum Opfer eines „jammers“ (engl. Störsender)?

Ein probates Gegenmittel, ein Antidot zur aktuellen Lage, wäre die Wiederherstellung einer richtigen Verbindung. Als ersten Schritt wäre ein Umgang mit Russland „auf Augenhöhe“ angebracht, den der aktuelle Diskurs vermissen lässt. Es wäre nicht nur ein positives Signal, es wäre im Sinne aller unmittelbar Beteiligten.



Alina Kosinskaya

Flugreisen während der Pandemie

Foto: pxhere.com

Mit der allmählichen Lockerung der Reiseverbote und den nahenden wärmeren Monaten planen immer mehr Menschen, die Gelegenheit zu einem Urlaub im Ausland zu nutzen. Vergessen Sie jedoch nicht die epidemische Gefahrenlage und die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Coronavirus zu infizieren, immer noch hoch ist, wo immer Sie sind. Schutzmasken in Flugzeugen sind ein Muss und sollten bis zum Einsteigen am Zielort nicht abgenommen werden. In einigen Ländern ist eine Gesichtsmaske aber auch bei der An- und Abreise zum Flughafen und in die Stadt Pflicht.

Achten Sie auch auf die Situation bezüglich der Ausbreitung des Virus an Bord eines Flugzeugs. Im Moment wird hauptsächlich darauf gesetzt, das Infektionsrisiko während des Fluges durch das Tragen von Schutzmasken und das Abstandhalten zu reduzieren. In der Realität ist aber noch nicht genau geklärt, wie effizient diese Methode ist.

Die US-Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention (CDC) führten eine spezielle Studie durch, die mit einem Langstreckenflug von den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Neuseeland untersuchte. Die Ergebnisse bewiesen die Wichtigkeit der Verwendung von Masken im Flugzeug sowie die große Rolle der Belüftung an Bord zum Schutz vor Coronaviren, aber leider gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Außerdem wurde während des Auftankens in Kuala Lumpur, Malaysia, die Lüftung für 30 Minuten abgeschaltet, während sich alle Passagiere im Flugzeug befanden. Es konnte nachgewiesen werden, dass durch zwei COVID-19-Infizierte, deren Erkrankung vor dem Abflug nicht identifiziert worden war, vier weitere Personen während des Fluges mit dem Coronavirus ansteckten. Zwei der vier erkrankten Passagiere trugen keine Schutzmasken.

Durch den Betrieb der Belüftung während des Fluges wird das Risiko, sich mit dem Virus anzustecken, erheblich reduziert, da in allen

modernen Flugzeugen heute hocheffiziente Partikelfilter (HEPA) installiert sind. Beim Einsatz eines HEPA-Filters wird ständig frische und komprimierte Luft in der Kabine gehalten, gereinigt und mit der Außenluft vermischt. Bei dieser Option besteht eine zu 99,95 % Chance, dass der Filter luftgetragene Viruspartikel enthält. Die Größe des Flugzeugs und die Dauer des Fluges bestimmen, wie viel Frischluft eingebracht wird. Laut Experten ist das heutige Lüftungssystem nicht in der Lage, die Passagiere vollständig vor einer Ansteckung mit einem Virus zu schützen. Der HEPA-Filter funktioniert so, dass er nur die Partikel im System zurückhält. Deshalb werden die Passagiere darauf hingewiesen, zu ihrer eigenen Sicherheit auf das Tragen von Masken nicht zu verzichten.

Seitdem die Pandemie in vollem Gange ist, wird Fluggästen geraten, keine Mahlzeiten an Bord zu sich zu nehmen. Und viele Fluggesellschaften haben sich auch dazu entschieden, das Servieren von warmen Mahlzeiten während des Fluges auszusetzen, sogar auf Langstreckenflügen. In einem Bericht der Harvard University über die Verringerung des Risikos, sich bei Flugreisen mit dem Coronavirus anzustecken, heißt es: „Wenn ein Passagier kurz seine Maske abnimmt, um zu essen oder zu trinken, müssen die Personen in der Nähe Schutzmasken tragen. Wer also während der Fahrt essen möchte, sollte dies möglichst schnell tun, um die anderen Fahrgäste nicht zu gefährden.“

Und wie riskant ist es, auf die Toilette zu gehen? Auf den Toiletten wird, wie im gesamten Flugzeug, die Luft mit einem HEPA-Filter gereinigt. Zu Ihrer eigenen Sicherheit ist es jedoch besser, auf der Toilette die Maske nicht abzulegen. Schon die kleinste Berührung von Gegenständen in Gemeinschaftsbereichen erhöht das Infektionsrisiko. Überlegen Sie sich, wie viele Passagiere vor Ihnen dort drin waren. Sie haben Türgriffe und Wasserhähne berührt. Wahrscheinlich haben auch viele Besucher ihre

Schutzmasken kurz abgelegt. Und nun ist es nicht schwer, sich vorzustellen, wie sehr das Infektionsrisiko steigt, wenn man die Toilette unmittelbar nach einem Passagier betritt, der ein asymptomatischer Infizierter ist. In einer solchen Situation hätten die Filter noch nicht die Zeit, alle gefährlichen Partikel zu erfassen, und sie können auf dem nächsten Fahrgast verbleiben.

In den meisten Ländern der Welt ist das Tragen von Masken in geschlossenen Räumen vorgeschrieben. Bei Nichtbeachtung drohen hohe Bußgelder. Es hat sich wiederholt gezeigt, dass das Coronavirus in erster Linie eine Atemwegsinfektion ist. Wenn Sie also eine Schutzmaske tragen, ist das Risiko einer Übertragung von Mensch zu Mensch am geringsten.

Man soll auch an die neuen Regeln für Flüge denken. In den meisten Fällen muss man beim Check-In ein PCR-Testergebnis vorzeigen. Erkundigen Sie sich bei der Fluggesellschaft, mit der Sie fliegen möchten, nach dem Fälligkeitsdatum und dem Ort, an dem das Ergebnis vorgelegt werden muss – beim Start oder bei der Landung. Und denken Sie daran, dass jedes Unternehmen seine eigenen Anforderungen an den Test stellen könnte.

Was die Passagiere betrifft, die bereits gegen das Virus geimpft wurden, ist die Wahrscheinlichkeit einer Infektion laut den CDC zwar gering, aber dennoch vorhanden.

Viele Länder raten ihren Bürgerinnen und Bürgern immer noch davon ab, ins Ausland zu reisen, solange die Pandemie nicht vorbei ist, nach einer so langen Quarantäne fällt es jedoch vielen schwer, dem Reisen zu widerstehen. Wichtig ist dabei, vorsichtig zu sein und die Sicherheitsvorkehrungen während der gesamten Reise und nicht nur während des Fluges zu beachten. Vergessen Sie nicht: Eine Maske in Kombination mit dem Einhalten des Abstandes und sorgfältigen Hygienemaßnahmen Reisenden hilft Ihnen, sich vor dem Virus zu schützen.



Andrea Drescher

Wenn die Nazikeule nicht mehr reicht (Teil 2)

Foto: Podiumsdiskussion/Raimond Spekking/commons.wikimedia.org

Es sind viele Menschen mit jüdischen oder israelischen Wurzeln, die die Auffassung teilen, dass Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Felix Klein, Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung, und SPD-Vizevorsitzender Kevin Kühnert in ihrer Pressekonferenz am 24. November 2020 über die wachsende Radikalisierung und die Gefahr durch Antisemitismus und die Corona-Leugner-Szene den Bogen überspannt haben. Die Gespräche aus dem ersten Teil waren nur ein spontaner Anfang. Viele Menschen haben mit mir Kontakt aufgenommen, nachdem ich über die sozialen Medien nachfragte, wer öffentlich dazu Stellung beziehen möchte. In diesem und dem nächsten Artikel kommen sie zu Wort.

Für manchen ist diese Art der Kritik eine neue Erfahrung, einige – wie Elias Davidsson, der sich hier unter anderem zu Wort meldet – kennen sie schon länger. Bis dato war man schon Antisemit, wenn man das Finanzsystem kritisierte. Derartige Kritik gilt als struktureller Antisemitismus, da die Gründer mancher Bankhäuser mosaikartigen Glaubens waren. Heute reicht es aus, nur Vertreter der Industriemacht zu kritisieren – Herkunft oder Religionszugehörigkeit sind da nicht mehr relevant. Das gipfelt in dem Satz: Wer gegen Bill Gates protestiert, ist genuin antisemitisch.

Auf den Punkt gebracht: Wer gegen die Mächtigen protestiert, ist Antisemit. Also haltet das Maul, wenn ihr euch eben dieses nicht verbrennen wollt.

Menschen mit jüdischen Wurzeln oder jüdischen Glaubens wie die folgenden drei – aus Sicht der Amadeu Antonio Stiftung „Antisemiten“ – lassen sich aber nicht so gern „das Maul verbieten“.

Sohn jüdischer Eltern aus Israel – Antisemit?

Elias Davidsson wurde 1941 in Palästina als Sohn deutscher Eltern mit jüdischem Glauben geboren, die 1931 beziehungsweise 1935 aus Deutschland emigrierten. Er lebte zunächst in Tel Aviv, später in Jerusalem. Der bekannte Autor verbrachte Jahre seines Lebens in Island und Frankreich, bis er vor 12 Jahren nach Deutschland kam.

A.D.: Frau Kahane setzt Coronamaßnahmen-Kritiker mit Antisemiten gleich. Was sagen Sie dazu?

E.D.: Das ist natürlich völlig absurd. Ich habe selbst an mehreren Demonstrationen teilgenommen und habe nichts – aber auch absolut nichts – in dieser Richtung gehört, gesehen oder getroffen. Man kann natürlich nicht in die Seelen, den Geist oder den Kopf der Demonstranten hineinschauen – man kann Menschen nur anhand ihres Verhaltens beurteilen. Aber was ich sah, war die Forderung nach Freiheit, Frieden und Demokratie sowie Forderungen, die Maßnahmen zu beenden. Ich habe nichts erlebt, was in Richtung Antisemitismus auch nur am Rand in irgendeine Verbindung gebracht werden kann.

Ich selbst bin seit meiner Jugend ein Gegner jeglicher Art des Rassismus. Wer sich bei mir zu Hause rassistisch äußert, fliegt auch schon mal raus. Aber das war bei keiner der von mir besuchten Demonstrationen, die sich gegen die Coronamaßnahmen richten, je ein Thema, das ist absoluter Nonsens.

A.D.: Wie stehen Sie selbst zu den Maßnahmen?

E.D.: Ich bin selbst aufgrund der Menschenrechte überzeugter Gegner der Maßnahmen und kann nur sagen, dass jeder Deutsche, jeder Mensch überhaupt gegen diese Willkürmaßnahmen aufstehen sollte. Und das hat nichts mit Verschwörungstheorien oder gar Antisemitismus zu tun. Das hat mit dem Grundgesetz zu tun.

A.D.: Wie schätzen Sie den Antisemitismus in Deutschland ein?

E.D.: In 12 Jahren in Deutschland habe ich keinen einzigen bekennenden Antisemiten kennengelernt. Ich weiß nicht, wo dieser mutmaßliche Antisemitismus stattfinden soll. Es

gibt Menschen, die Vorurteile gegen Juden haben. Es gibt aber auch Menschen, die Vorurteile gegen Muslime haben – denen begegnet man leider viel häufiger. Vorurteile gegen Banker oder Anwälte sind genauso vorhanden wie „der Pole, der klaut“ oder „der geizige Schotte“. Viele Menschen haben Vorurteile, falsche und dumme Ideen über dies und das, das ist menschlich. Dummheit ist doch ein Menschenrecht. So gesehen ist es auch das Recht von Frau Kahane, ihren Unsinn zu erzählen.

A.D.: Meinen Sie das ernst?

E.D.: Ja. Jeder hat das Menschenrecht, Dummheiten von sich zu geben, ohne dafür bestraft zu werden. Sie sollte das aber nicht im Namen der Steuerzahler tun, die ihre Stiftung ja finanzieren. Wenn sie ihre Meinung privat erzählt oder irgendwo auf einem Blog publiziert, ist das für mich völlig in Ordnung. Offiziell geht es natürlich gar nicht! Sie hat auch ein völlig überzogenes Bild von Antisemitismus, das realitätsfremd ist.

A.D.: Wie meinen Sie das?

E.D.: Man muss unterscheiden zwischen bellenden und beißenden Hunden. Kritik an Juden zu äußern, Vorurteile zu haben, bedeutet nicht, dass diese Vorurteile in Taten umgesetzt werden. Das ist ein sehr langer Weg dorthin. Ich habe viele Menschen getroffen, die der Meinung sind, dass Juden zu viel Macht hätten, dass Juden die Wall Street kontrollieren würden. Und so weiter. Damit habe ich keinerlei Probleme. Wenn jemand behauptet, die Erde ist flach, wäre das auch kein Problem für mich. Das lässt sich diskutieren. Ich spreche mit diesen Menschen und frage sie, ob sie das belegen können, ob es nur Juden wären, die

aufgrund ihres Reichtums zu viel Macht hätten. Ich mache den Menschen deutlich, dass man sich die Fakten anschauen muss. Reiche Juden agieren ja nicht als Juden, sondern als reiche Menschen. In Israel gibt es sehr viele sehr arme jüdische Menschen. Kein einzelner Mensch agiert im Namen des jüdischen Volkes, im Namen des Judentums, sie agieren im Namen des Geldadels. Im Gespräch merkt man schnell, dass die meisten keine Antisemiten sind, sondern Ideen haben, die man diskutieren kann. Keiner fordert, dass man Juden diskriminieren sollte.

Diese Vorurteile sind dumm. Sie zu einer existenziellen Bedrohung zu potenzieren, ist pathologisch. Vorurteile können schädlich werden, wenn sie in der Politik Auswirkungen haben. Und was derzeit gerade in der Politik passiert, ist schädlich.

A.D.: Warum?

E.D.: Ich bin überzeugt, das Thema Antisemitismus wird politisch instrumentalisiert. Frau Kahane dient als Alibi, weil sie Jüdin ist. Ihre Besessenheit mit Antisemitismus wird für andere Zwecke genutzt, darunter mit dem Ziel, die Querdenken-Bewegung zu diskreditieren. Dahinter steht eine faschistoide Politik, die den Antisemitismus für politische Ziele missbraucht.

A.D.: Welche Ziele sehen Sie da?

E.D.: Ich bin jetzt über 30 Jahre mit internationaler Politik befasst, habe mehrere Bücher zum Thema Staatsterrorismus geschrieben. Ich sehe im Hintergrund eine Agenda, die dazu dient, Rechtsstaat und Demokratie abzuschaffen, damit die Reichen noch reicher werden. Dafür müssen alle möglichen Feinde erhalten. Der islamistische Feind wurde in den 1990er Jahren aus der Taufe gehoben. Jetzt sind es die Coronamaßnahmen-Gegner, die als Feind erhalten müssen. Das ist alles nichts Neues. Es hat schon etwas Skurriles, wenn man einen jüdischen Antirassisten wie mich zu einem Antisemiten erklären würde. Dann sagt man, der Mann sei ein Selbsthassender Jude oder ganz einfach ein Verschwörungstheoretiker. Auf Wikipedia werde ich tatsächlich so diffamiert. Antisemitismus ist ein hervorragendes Mittel, Menschen zu diskreditieren.

A.D.: Das bringt es auf den Punkt – danke dafür!

Enkelin jüdischer Flüchtlinge aus Kolumbien – Antisemitin?

Petra Derlaw, 58, stammt aus Bogotá, Kolumbien, lebt und arbeitet als Schneiderin in Köln.

A.D.: Sie stammen aus Kolumbien, richtig?

P.D.: Ja, meine Großmutter ist mit der Familie im Dezember 1938 nach Kolumbien ausgewandert. Dort lebte bereits mein Urgroßonkel seit Anfang der 1920er Jahre. Ihm hatte die Entwicklung in Deutschland nicht gefallen. Er hat in Bogotá eine jüdische Gemeinde gegründet, eine Synagoge gebaut und seinem Bruder schon lange gesagt, er solle folgen.

A.D.: Nach der Reichskristallnacht sind sie gegangen?



Foto: Sergey Filbert

P.D.: Ja, mein Urgroßvater wurde in der Reichskristallnacht einkassiert – verhaftet – und von einem SS-Mann gewarnt, er solle sehen, dass er wekommt, weil die Familie deportiert würde. Ende Dezember sind sie verschwunden und nach vielen Schikanen mit dem Schiff nach Kolumbien geflohen. Dort haben alle den Krieg überlebt.

A.D.: Wie ging es mit Ihrer Familie weiter?

P.D.: Meine Großmutter hat Anfang der 1940er Jahre einen ebenfalls nach Bogotá geflüchteten Berliner Juden geheiratet, meine Mutter nach ihrer Ausbildung im französischen Lyzeum meinen Vater kennengelernt, einen katholischen Kolumbianer. Ich kam 1962 auf die Welt. Die Rückkehr nach Deutschland war 1966. Meine Großmutter ging mit den Kindern und Enkeln, ohne meinen Vater. Meine Mutter wollte aber wieder nach Kolumbien und ist leider kurze Zeit später verstorben. Daher wuchs ich bei meiner Großmutter auf, die mich stark geprägt hat.

A.D.: Haben Sie Antisemitismuserfahrung?

P.D.: Persönlich kaum. Ich habe eher rassistische Übergriffe erlebt, da ich als Kind sehr dunkle Haut und Augen hatte. Aber mein jüdischer Großvater hatte in Nachkriegsdeutschland Probleme. Er hatte in Berlin in den 1950er Jahren ein Gebäude angemietet und dort ein Hotel eingerichtet. Als ich 13 war, erzählte er mir, dass er fast wöchentlich eine Morddrohung als Jude bekäme. Antisemitismus ist unausrottbar. Ich habe mich intensiv mit der Historie des jüdischen Lebens der Juden in den Ghettos und nach der Öffnung der Ghettos beschäftigt. Antisemitismus ist so alt, wie es jüdische Menschen gibt, die ihren Geschäften nachgehen.

A.D.: Hatte Ihre Familie in Kolumbien Antisemitismuserfahrung?

P.D.: Kolumbien hat nur wenige Nazis aufgenommen. Darüber hinaus haben Kolumbianer ihre eigenen Probleme, waren und sind mit Überleben beschäftigt. Es gab sicher auch dort diesbezüglich einiges, aber die Familie hat davon nichts mitbekommen.

A.D.: Wie stehen Sie zu Corona?

P.D.: Wenn man sich die Zahlen anschaut, wurde die Influenza durch Corona abgelöst. Es gibt das Virus, es gibt Tote, es ist eine gefährliche Erkrankung, an der Menschen sterben. ABER: Es ist nicht die todbringende Seuche, als die sie uns verkauft wird. Ich empfinde Corona nicht als bedrohlich, die Maßnahmen dagegen jedoch sehr.

A.D.: Was sagen Sie zu den Coronamaßnahmen?

P.D.: Die sind menschenverachtend! Wenn Großeltern ihre Enkel nicht sehen dürfen, wenn Menschen in ihren Wohnungen isoliert werden, wenn alles, was Menschen ausmacht, auf einmal untersagt ist, dann stimmt etwas nicht. Die gesetzlichen Änderungen sind furchtbar. Das Aushebeln des Grundgesetzes ist ein Todesstoß für jede Demokratie.

A.D.: Also haben Sie auch dagegen protestiert?

P.D.: Ja, mehrfach – in Köln und an vielen verschiedenen Orten. Aber es ist jedes Mal ein ziemlicher Stress aufgrund der intensiven Polizeipräsenz. Ich fühle mich in das Leben meiner Großmutter versetzt, merke die heftige familiäre Retraumatisierung. Ich komme immer wieder in einen Film – früher war es der Judenstern, heute ist es das Nichttragen der Maske.

A.D.: Sie gehen auf Demos und tragen keine Maske – also sind Sie eine rechtsradikale Antisemitin?

P.D.: Wenn man den Medien und Frau Kahane folgt, ja. Aber das ist absurd. Und ich verniedliche auch nicht die Schoah – wie man schon hören durfte. Ich begreife das alles nicht. Wie kann man die Menschen so dermaßen belügen und so tun, als ob das ganz normal wäre? Das hat alles nichts mehr mit Demokratie zu tun. Diese Propaganda wird in einer unglaublichen Perfektion betrieben. Kaum geht man auf die Straße und protestiert für den Erhalt des Grundgesetzes, schon heißt es überall: Das sind alles Rechtsradikale. Das verfolgt mich seit April, das belastet mich psychisch enorm. Ich bin froh, dass ich meine Arbeit noch erledigen kann. Ich versuche, der

Verleugnung aktiv entgegenzuwirken, auch um mich zu entlasten.

A.D.: Was tun Sie?

P.D.: Ich sage den Menschen, dass das mit dem Virus die eine Sache ist. Die andere ist, wenn ein Mensch nicht mehr Mensch sein kann. Da fühle ich mich jetzt wie im Leben meiner Großmutter. Wir werden in Deutschland mithilfe von Verordnungen und einem Ermächtigungsgesetz regiert. Manche reagieren darauf, können verstehen, dass mir das Angst macht.

A.D.: Was erwarten Sie für die Zukunft?

P.D.: Ich hoffe, dass dieser Spuk nicht mehr lange dauert. Wir tragen alle dazu bei, es zu verändern – und ich bin ein optimistischer Mensch.

A.D.: Danke dafür!

Konservative Jüdin – Antisemitin?

Carmen M., 46, stammt aus Wien und pendelt jetzt zwischen Wien und Berlin. Aktuell ist die Buchhändlerin aufgrund von Corona arbeitslos und kann auch ihren kulturellen Interessen nur eingeschränkt nachgehen.

A.D.: Warum wollen Sie das Interview nicht mit vollem Namen führen?

C.M.: Ich kriege bereits auf Facebook entsprechende Kommentare. Es gibt enorme Anfeindungen, ich werde beschimpft und gemobbt, eine frühere Freundin hat mich sogar bedroht. Das sind keine antisemitischen Bedrohungen, auch jüdische Freunde greifen mich an, weil ich nicht das gängige Narrativ vertrete.

A.D.: Sie sind Jüdin?

C.M.: Ja – traditionell. Also weder ultraorthodox noch liberal. Ich bin Mitglied der Israelischen Kultusgemeinde (IKG) in Wien, einer Gemeinde, in der es derzeit keine Gottesdienste gibt.

A.D.: Wie stehen Sie zu den Corona-Maßnahmen?

C.M.: Die Maßnahmen sind völlig unangemessen, die psychischen Schäden unabsehbar. Ich fürchte, es kommen heftige psychische Erkrankungen mit Langzeitfolgen auf die Gesellschaft zu. Ich habe erst vor Kurzem eine Studie gelesen, wie Isolation Psyche und Existenz der Menschen zerstört. Das ist unvermeidbar – für eine Erkrankung, die man nicht auslöschen kann. Auch Grippeviren kommen jedes Jahr wieder. So traurig das ist: Täglich sterben Menschen an multiresistenten Keimen, an Influenza, Herzinfarkten oder Krebs. Sterben gehört zum Leben. Da die Gottesdienste ausfallen, sind wir in der Religionsausübung beeinträchtigt. Gott sei Dank ist Berlin da etwas mutiger.

A.D.: Wie meinen Sie das?

C.M.: Die Synagoge in Berlin hat ein Hygienekonzept. Man muss anrufen und sagen, wann man in den Gottesdienst gehen will. Jede Woche wird Fieber gemessen, und es werden die Daten aufgenommen. Aber immerhin finden Gottesdienste statt.

A.D.: Gehen Sie auf Demonstrationen?

C.M.: Ja, soweit mir das am Sabbat mög-



Foto: Sergey Filbert

lich ist. Vormittags gehe ich in die Synagoge, da muss ich erst nach Hause, um mich umzuziehen. Am Anfang bei den Hygienedemos für das Grundgesetz und mehrere Male in Wien bei den Demos der Initiative für evidenzbasierte Corona-Informationen (ICI) war ich dabei.

A.D.: Warum sind Sie dahin gegangen?

C.M.: Es ist mir wichtig, dagegen zu protestieren, dass Gesetze ausgehebelt werden und sich alles in Richtung einer globalen Diktatur entwickelt. Das sind Entwicklungen, die ich als sehr bedenklich erachte. Die Maske ist für mich ein Symbol der Unterdrückung. Die Menschen haben nichts zu sagen, man klebt ihnen den Mund zu. Das hat einen starken symbolischen Wert, wir werden als Bürger entmündigt. Das ist nicht hinnehmbar. Da muss ich etwas machen. Leider tun viel zu Wenige etwas.

A.D.: Wie verhält sich die jüdische Gemeinde?

C.M.: Ich höre von Rabbinern Sätze wie: „Man soll befolgen, was die Regierung sagt, die meinen das nur gut“ oder: „Es ist keine Zeit für falsch verstandene Religiosität – es besteht Lebensgefahr“. Da kann ich nur sagen: Selbst in Auschwitz haben die Menschen gebetet – da bestand Lebensgefahr. Zwei Brüder meines Großvaters mütterlicherseits starben im KZ.

A.D.: Nach der Schoah stand die Frage im Raum: Warum habt ihr euch nicht gewehrt? Ist es überzogen, diese Frage heute wieder zu stellen?

C.M.: Nein. Die Frage muss man stellen. Ich verstehe nicht, dass Menschen sich – freiwillig – wegsperren lassen, dass sie Vorschriften akzeptieren, die sie hinter vorgehaltener Hand für sinnlos erklären. Ich verstehe nicht, dass nicht mehr Menschen auf die Demos gehen. Eigentlich würde ich Proteste wie 1989 in der DDR erwarten. Es ist wieder die schweigende Masse, die einfach aus Angst oder anderen Gründen mitmacht. Indem man mitmacht, unterstützt man die Mächtigen. Damals wie heute ist das der gleiche Mecha-

nismus. Gerade von Juden müsste man mehr Widerstand erwarten.

A.D.: Waren Sie früher schon politisch aktiv?

C.M.: Ich war immer interessiert, aber nicht aktiv. Aber bei gesellschaftlichen Entwicklungen wie jetzt muss man doch handeln. Ich bin definitiv nicht der typische Demonstrant, eher ruhig und zurückhaltend, also niemand, der auf die Straße geht. Aber jetzt muss es einfach sein.

A.D.: Gab es auf den Demos Antisemiten oder Rechte?

C.M.: Von der Oma bis zum Enkelkind waren das alles offene, aufgeschlossene, ganz normale Menschen. Aber ich habe als Jüdin schon mehrfach zu hören bekommen, dass ich ein Nazi sei, weil ich auf die Demos gehe. In Israel sind die Maßnahmen übrigens noch diktatorischer. Der Lockdown war umfassend, und es gibt seitens vieler Israelis heftige Kritik. Sind Israelis jetzt Nazis?

A.D.: Laut Frau Kahane sind es zumindest Antisemiten. Was sagen Sie zu der Pressekonferenz?

C.M.: Diese Vermischung aus Corona und Antisemitismus hat keinen Bezug zur Realität. Zu sagen, Antisemitismusbekämpfung dient dem Gesundheitsschutz, ist einfach nur wirt, wirft alles in einen Topf. Ja, es mag einzelne Demonstranten aus dem rechten Spektrum gegeben haben, aber in der Pressekonferenz gewinnt man den Eindruck, das wäre die übergroße Mehrheit. Das ist schlichtweg falsch und auch verletzend. Irgendwie ist es ein persönlicher Angriff, dass ich mich mit Antisemiten und Nazis in einem Topf wiederfinde, dass ich verunglimpft werde, nur weil ich gegen die Maßnahmen protestiere. Das geht doch gar nicht.

A.D.: Ja, das sehe ich auch so. Danke für Ihre Unterstützung!

Weitere Betroffene melden sich im nächsten Artikel zu Wort. Wir sind viele. Es trauen sich nur – noch – zu wenige, es offen auszusprechen.



Leo Ensel

„Transatlantisch? Traut Euch!“ Die zarteste Versuchung seit es die NATO gibt

Punktgenau zur Amtseinführung Joe Bidens wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung ein Strategiepapier transatlantischer Think Tanks präsentiert, das für eine neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika plädiert: „Zügig, ambitioniert und schwer umkehrbar!“

Mal ehrlich: Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie die freundliche Ermunterung „Traut Euch!“ hören oder lesen?

Ist das die Stimme des Schwimmlehrers in Richtung seiner zaghaften Zöglinge hoch oben auf dem Zehn-Meter-Brett? Wirbt hier Gregor Gysi im Clip vor der Bundestagswahl 1990 für das Kreuzchen bei der PDS, kurz bevor er sich mit einem augenzwinkernden „Sieht ja keiner!“ in die Wahlkabine verzieht? Ermutigt eine verständnisvolle Psychologin in der Bravo fünfzehnjährige LGBTI-Jugendliche zum Coming Out? Handelt es sich hier gar um Werbung für einen Swinger-Club?

Weit gefehlt! Dies ist der Titel eines Dossiers, das punktgenau zur Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten am 20. Januar der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt und in den Leitmedien der Republik begierig rezipiert wurde. Die vollständige Überschrift „Transatlantisch? Traut Euch! – Für eine Neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika“ macht deutlich, in welche (abenteuerliche? geheimnisvolle? gar verbotene?) Sphären das Strategiepapier die Leserschaft hineinlocken will. Und so ist es denn auch nicht verwunderlich, dass das Dossier von Vertretern nahezu sämtlicher transatlantischer Think Tanks und ihrer deutschen Alliierten unterzeichnet wurde: Atlantik-Brücke, Aspen Institute, German Marshall Fund und Brookings Institution, der European Council on Foreign Relations, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, das Kieler Institut für Sicherheitspolitik und

die Münchner Sicherheitskonferenz, die Hanns-Seidel-Stiftung schließlich (wundert das noch jemanden?), die längst auf Linie getrimmte Heinrich-Böll-Stiftung – alle, und das sind noch gar nicht alle, haben sie sich zu einer gemeinsamen Plattform zusammgefunden, die dringlichst dafür wirbt, dass wieder mal ein (dieses Mal transatlantischer) „Ruck“ durchs Land zu gehen hat!

So ein Dossier fällt nicht vom Himmel. Und man braucht kein Polit- oder Medienprofi sein, um zu durchschauen, dass solch einer perfekt getimeten orchestrierten Aktion aller transatlantischen Organisationen inklusive renommierter Sympathisanten bis in den tiefsten Evangelischen Kirchentag eine langfristige, außerordentlich sorgfältige logistische Vorbereitungsphase vorausgegangen sein muss (die man sich sicher auch einiges kosten ließ).

Mit LGBTI, MeToo, BLM und Greta für die „nukleare Teilhabe“?

Aber warum schlägt ein von Vertretern namhafter, sich stets als hochseriös präsentierender Think Tanks unterzeichnetes Papier ausgerechnet einen so koketten Ton an, wo es doch um harte Politik geht? Warum werden die potentiellen Leser, als handele es sich um Kunden eines großen schwedischen Möbelhauses oder User des neuesten Smartphones aus Cupertino, gleich kumpelhaft geduzt? Wen genau will man mit diesem aufdringlichsaloppen Tonfall eigentlich erreichen?

Ein Zitat aus der Präambel bringt uns auf die richtige Spur:

„Die Neue Übereinkunft wird aber nur tragfähig sein, wenn sie die neuen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in unseren Ländern erkennt und berücksichtigt. Gerade junge Menschen und vielfältige Minderheiten (die in ihrer Summe gerade in den Vereinigten Staaten schon mehrheitsfähig sind) haben in den vergangenen Jahren neue Bewegungen gegründet und Energien entfaltet, die Amerika nachhaltig verändern werden. In Deutschland und Europa sind solche Bewegungen – beispielsweise zur Bekämpfung des Klimawandels und der Überwindung von Rassismus und Sexismus, aber auch mit Blick auf Themen wie den Wandel der Arbeitswelt – anschlussfähig. Vor allem weisen sie weit über die bestehenden, ‚klassischen‘ transatlantischen Eliten, die vor allem handels- und sicherheitspolitisch geprägt sind, hinaus und ergänzen diese. Die Annäherung an jüngere, diversere und weniger ‚klassische‘ Akteure wird die transatlantische Erzählung fortschreiben.“

Und natürlich brauchen diese jüngeren, diverseren Akteure auch eine etwas weniger „klassische“ Ansprache! Schließlich haben die weit in die Zukunft vorausdenkenden transatlantischen Autoren – Sie ahnen es bereits – mit den LGBTI-Menschen, Black Lives Matter und Greta noch Großes vor.

Die (namentlich nirgends genannten) Autoren wollen nicht einfach zurück in die ver-

meintlich idyllische Prä-Trump-Ära, ihr Anliegen ist erheblich, um eines ihrer Lieblingswörter zu zitieren, *ambitionierter!* Das über stolze 60.000 Zeichen lange Dossier plädiert, der Untertitel macht dies sofort unmissverständlich klar, für nichts weniger als für eine „Neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika“. Dass diese angestrebte „Neue Übereinkunft“ nicht nur gleich neunmal bemüht – das nackte Wort „Übereinkunft“ bringt es sogar auf ganze fünfzehn Nennungen – sondern auch, als handele es sich um einen seit Jahrzehnten etablierten Begriff, stets großgeschrieben wird, ist natürlich kein Zufall. Hier soll offensichtlich ein fixer Termin in den öffentlichen Diskurs lanciert und dort „nachhaltig“ verankert werden.

„Ambitioniert, zügig, zukunftsfest!“

Das Papier startet mit einer Einleitung in epischer Breite, die nach dem verheerenden Trump-Ausrutscher nun mit Joe Biden einen Neustart in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA, dem „*Rückversicherer der europäischen Einigung und damit Friedensbewahrer Europas*“, zu begründen sucht. Und dabei wird mit großen Worten nicht gespart: „*Nicht zuletzt, weil Amerika sich Europa öffnet, bleibt die deutsche Frage geschlossen.*“ Bereits dieser geschraubte Chiasmus, der offenbar Assoziationen zu Richard von Weizsäckers berühmtem Dictum: „Die deutsche Frage ist solange offen, wie das Brandenburger Tor zu ist“ wecken soll, stimmt hinten und vorne nicht. Die „deutsche Frage“ wurde vor über drei Jahrzehnten durch die Wiedervereinigung abschließend geregelt und niemand, wirklich niemand, hat die Absicht, nochmals eine Mauer zu bauen! Es geht es hier um etwas Anderes: Nostalgische Erinnerungen an den (west-)deutsch-amerikanischen Honeymoon der Nachkriegszeit sollen den emotionalen Boden für das ehrgeizige Projekt der sogenannten „Neuen Übereinkunft“ bereiten, das es in die Köpfe und Seelen der deutschen Bevölkerung zu pflanzen gilt.

Den Autoren reicht es nämlich keinesfalls, wenn Deutschland es sich einfach machen und in den Gestus einer abwartenden Kooperationsbereitschaft verfallen würde: „*Abwarten und dann mitmachen ist nicht genug. Deutschland muss nun selbst aktiv werden und, in Abstimmung mit den europäischen Partnern, schnell ein Ideenpaket vorlegen, das auf den Kern der transatlantischen Übereinkunft zielt und sie zukunftsfest macht. Die Zeitspanne für Gespräche über die Neuausrichtung ist erschreckend kurz.*“ Und damit sind die entscheidenden Prinzipien benannt: Zügig, ambitioniert und schwer umkehrbar – fehlt nur noch das Wort „proaktiv“, Synonym für vorausseilenden Gehorsam – sollen nun die Pflöcke für die erneuerte deutsch-amerikanische Allianz festgeklopft werden, um so der gerade ins Amt gekommenen Biden-Administration schnelle Erfolge zu ermöglichen. Schließlich soll – und hier schlägt das Papier

wahrhaft lyrische, gar hymnische Töne an – „*aus dem Teufelskreis der vergangenen vier Jahre eine Engelsspirale werden.*“

Insgesamt sechs Handlungsfelder macht das Papier aus, die zu einem „*Ideenpaket der Bundesregierung*“ verschnürt, die künftige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bestimmen sollen: COVID-19, Klimapolitik („*Ambition mit Ambition beantworten*“), NATO, China, Handel sowie Technologie und Digitalpolitik. Konzentrieren wir uns auf das nach dem Sandwichprinzip geschickt in der Mitte des Papiers positionierte entscheidende Kapitel, das natürlich nur „NATO: Mehr Verantwortung wagen“ lauten kann!

Der lodernde Glutkern

Sprache ist verräterisch. „*Das Sicherheitsbündnis ist der Glutkern der transatlantischen Partnerschaft*“, lautet der Eröffnungssatz. Leidenschaftlicher und poetischer ist das nordatlantische Militärbündnis noch niemals besungen worden! Wobei nur offen bleibt, was da eigentlich glüht: Die stürmische Wieder-Vereinigung der beiden Partner, die vier Jahre lang wie die zwei Königskinder im Lied – nicht nur – wegen des viel zu tiefen atlantischen Wassers zusammen nicht kommen konnten? Oder die dahinschmelzenden Kerne der im rheinland-pfälzischen Büchel gelagerten Atomsprengköpfe? Mit schlafwandlerisch sicherem Stilgefühl haben die Autoren jedenfalls das NATO-Kapitel mit diesem dichterischen Juwel eingerahmt. Es bildet Anfang und Ende.

Leider liest sich das in der offiziellen englischen Übersetzung etwas nüchterner: „*Hence, the security alliance continues to be the core of the transatlantic partnership.*“ Hier lodert keine Glut. Ein Indiz, dass die passionierte Liebe, mit der sich die Deutschen ihrer Schutzmacht endlich wieder an den Hals werfen wollen, auf der anderen Seite nicht ganz so inniglich erwidert werden könnte?

Gegen wen es – unter anderem – wieder gehen wird, steht dagegen bereits im dritten Satz zweifelsfrei fest: „*Die Konfliktstrategie Russlands und sein wachsendes militärisches Potential verlangen amerikanisches Gegen-gewicht.*“ Und dazu „*sollte Deutschland den NATO-Generalsekretär darin unterstützen, das Strategische Konzept von 2010, in dem von Russland nur als Partner und von China gar nicht die Rede ist, den neuen Gegebenheiten anzupassen.*“ Bedrohungsanalyse? Fehl-anzeige! Wie bei allen ähnlichen Papieren wird die ‚russische Bedrohung‘ stets axiomatisch vorausgesetzt. Entspannungspolitik? Dieses verstaubte Wort findet sich im gesamten Dossier ebenso wenig wie der Begriff „Ab-rüstung“!

Aber es geht nicht nur um Russland. Das Papier ist bekanntlich „ambitioniert“! Der erheblich ehrgeizigere „New Deal“ (kein Wort der Autoren) und „Glutkern“ der „Neuen Übereinkunft“ lautet kurzgefasst so:

„*Die europäischen NATO-Staaten – mit Deutschland an erster Stelle – erhö-*

hen ihre Fähigkeiten zur konventionellen Verteidigung erheblich. Dadurch entlasten sie die USA in Europa und erleichtern es ihnen, im Indo-Pazifik die Interessen der liberalen Demokratien zu schützen. Im Gegenzug bekräftigen die USA ihr Bekenntnis zur Verteidigung des Bündnisgebietes. Sie untermauern dies durch ihre dauerhafte militärische Präsenz in Europa sowie durch ihre nukleare Schutzusage, die Deutschland durch die nukleare Teilhabe unterstützen sollte, solange es Nuklearwaffenstaaten außerhalb der NATO gibt.“

Endlich ist die Katze aus dem Sack! Und das bedeutet auch, dass Europa deutlich stärker werden muss. „*Europa muss als Partner der USA und tragende Säule der transatlantischen Gemeinschaft handlungsfähig sein.*“ Hatten wir das nicht neulich ausgerechnet in der taz gelesen?

Es folgt eine wahre Kaskade von Forderungen im Detail. Vom Zwei-Prozent-Ziel über die Modernisierung der Beschaffungsprozesse der Bundeswehr und eine berechenbare Rüstungszusammenarbeit mit den NATO-Partnern bis hin zu einer „politischen Kraftanstrengung“, sprich: Initiativen, mit denen Deutschland die USA entlasten und angeblich zur Sicherheit Europas beitragen soll.

„*Das betrifft vor allem die Peripherie von EU und NATO. Vom Hohen Norden über die Ostsee, Belarus und die Ukraine, den Westbalkan und den Kaukasus bis zum Mittelmeerraum des Nahen Ostens und Nordafrikas: Überall bestehen Krisen oder gar tatsächliche Konflikte, die durch größeres Engagement, gezielteres und besser abgestimmtes Vorgehen gemildert werden könnten.*“

Und nun verstehen wir endlich den tiefen Sinn der angestrebten Annäherung an die berühmten jüngeren, diverseren und weniger ‚klassischen‘ Akteure: Von der farbenfrohen Queer-Szene über #MeToo und Black Lives Matter bis hin zur unermüdlichen Greta – alle sind sie eingeladen zur Stärkung der westlichen Verteidigungsfähigkeit, zur Bekräftigung der (großgeschrieben) „Nuklearen Teilhabe“ und zum Schutz der liberalen Demokratien. Von Europas Peripherie bis zum indo-pazifischen Raum!

Denn, so heißt es abschließend: „*Diese NATO ist unsere NATO. Und Deutschland hat es mehr als jede andere Nation in der Hand, durch mehr Initiative und verstärkte Beiträge die Allianz so zu formen, dass sie als Glutkern des Westens weiter lodert.*“

Unwillkürlich fragt man sich, ob solch intime Lyrik überhaupt von einer grobschlächtigen Männerseele verfasst werden konnte!

Der Worte sind genug gewechselt...

„Taten bitte!“ – so ist das letzte Kapitel in lässiger Dreistheit überschrieben. Hier wird im vertrauten Sound nochmals Klartext

gesprochen: „Ambitionslosigkeit ist der schlimmste Feind des transatlantischen Neubeginns. Für Deutschland nährt sich diese Gefahr nicht zuletzt aus der strategischen Entwöhnung.“ Und dann wird die Öffentlichkeit darauf eingestimmt, dass ab jetzt mehr gefragt ist als „wohlfeile Lippenbekenntnisse“! Verlangt werden Taten, Taten, Taten und „die Kraft, sich von manch liebgewonnenem Vorteil, mancher Bequemlichkeit zu verabschieden.“

Und „unverzüglich“ soll alles gehen. Nicht nur die Worte „ambitioniert“, „ehrgeizig“ und „anspruchsvoll“ durchziehen leitmotivisch das Dossier. Immer wieder bricht die Ungeduld der Autoren durch – als habe man nur ein ganz kleines Zeitfenster zur Verfügung, das es unbedingt zu nutzen gelte! Das dritte Zauberwort, wir hörten es bereits, lautet „schwer umkehrbar“, wahlweise „zukunfts-fest“ oder, modischer, „nachhaltig“. Jetzt sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Am besten für die nächsten Jahrzehnte! Man glaubt noch den Nachhall des Trump-Schocks zu spüren, der den Autoren offenbar immer noch schwer in den Gliedern steckt.

Das Papier durchzieht zudem ein Gestus, der zwischen peinlicher Anbiederung und

oberlehrerhaftem Paternalismus permanent hin- und herpendelt und mit der Zeit immer unangenehmer aufstößt!

Allerspätestens seit der Veröffentlichung am 20. Januar werden nun die Kernthesen auf den verschiedensten Kanälen – und durchaus nicht immer mit dem offiziellen Absender – in die Medien lanciert, um die Öffentliche Meinung im gewünschten Sinne zu beeinflussen. Vom *Tagesspiegel* über die Zeit und den *Deutschlandfunk* bis hin zur taz sickern sie bereits in die Mainstreammedien und werden dort gebetsmühlenartig wiederholt, sprich: der Bevölkerung eingehämmert. Und man wünscht sich unwillkürlich, soviel geballte mentale und Publicity-Energie würde auch mal ins deutsch-russische Verhältnis gesteckt!

Dass mit Ellen Ueberschär ausgerechnet ein Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung dieses Papier nicht nur unterzeichnet, sondern auch maßgeblich mitverfasst hat, ist leider längst keine Überraschung mehr. Aber dafür gibt es dort ja den Genderstern und die Websites in Leichter Sprache!

Petra Kelly und der Namensgeber der parteinahen Stiftung würden sich im Grabe umdrehen!

Der Autor

Dr. Leo Ensel ("Look at the other side!") ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Veröffentlichungen zu den Themen „Angst und atomare Aufrüstung“, zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die Deutschlandbilder im postsowjetischen Raum. Im Neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens. Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.

Der Essay erschien zuerst bei RT DE:



Mitarbeiter gesucht für Bauunternehmen in Deutschland

J&J Bauservice und Bauunternehmen Risenburch agieren bereits seit 2009 in Chemnitz. Die beiden Unternehmen wurden von den Brüdern Alexander und Juri Risenburch gegründet, die 2001 aus der Ukraine nach Deutschland kamen.

Die Unternehmen führen ein breites Spektrum an Reparatur- und Bauarbeiten aus und beschäftigen sich mit der Außen- und Innendekoration von Wohnkomplexen, Wohnungen und Häusern. Zudem beschäftigen sie sich mit dem Bau von Anlagen für Lebensmittelgeschäfte und andere gewerbliche sowie industrielle Einrichtungen. Die Unternehmen sind für die solche Handelsketten wie **REAL, Kaufland und Galeria Karstadt-Kaufhof** tätig. Eines der vielen erfolgreichen Projekte von J&J Bauservice und dem Bauunternehmen Risenburch war die Sanierung der **Villa Sternburg** in Leipzig.

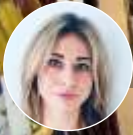
Unser Team sucht qualifizierte Fachkräfte im Bereich Innenbau für Gipskartonarbeiten, Fliesenlegen und Verputzen von Wänden. Zudem werden Meister für Bau- und Montagearbeiten mit Erfahrung in der Installation von Ausrüstung für Gewerbeanlagen (Ladenbau) gesucht.

Die Gründer der **J&J Bauservice und Building Company Risenburch** bieten eine offizielle Anstellung, faire Vergütung und Unterkunft. Dem Personal werden komfortable und gut ausgestattete Wohnungen für ein angenehmes Leben und Erholung angeboten.

Das Unternehmen ist in allen Ländern der Europäischen Union tätig.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

**J&J Bauservice
Yuriy Risenburch
Building Company Risenburch
Oleksandr Risenburch
E-Mail: b.company.r@web.de
Tel: +4915143612019**



Stela Kunts

Klein-Israel in Berlin: Kosher Daily

Der Corona-Lockdown trifft jeden in Deutschland anders: Die einen warten auf bessere Zeiten, die anderen schaffen diese besseren Zeiten schon jetzt. Zum Beispiel Olga und Andrei, im August 2020 ihre langjährige Vision wahr machten – sie eröffneten einen koscheren Lebensmittelladen im Herzen von Berlin. Der Kosher Daily Store (Waitzstr. 13, 10629 Berlin) gewann nicht nur in der Hauptstadt recht schnell an Popularität, sondern erlangte auch das Vertrauen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in ganz Deutschland.

„Wir hatten diese Idee schon lange im Kopf, und der Lockdown hat den Prozess nur beschleunigt. In Anbetracht der Tatsache, dass man aufgrund der Restriktionen nicht nach Israel fliegen und keine Verwandten in den Ferien besuchen konnte, war es unsere Hauptaufgabe, etwas Schönes, Repräsentatives zu schaffen und vor allem zu versuchen, hier in Berlin die Atmosphäre der Heimat zu schaffen“, erzählt Olga, Mitbegründerin des Geschäfts Kosher Daily.

Der Entstehungsprozess war nicht einfach. „Am Tag der Eröffnung konnten mein Partner und ich immer noch nicht glauben, dass wir es geschafft hatten, alle Visionen wahr werden zu lassen. Die Menschen vermissen ihre Lieblingsprodukte, die ein Teil ihres Zuhauses und ihrer Identität sind – diesen Aspekt haben wir von vornherein berücksichtigt, indem wir die besten, hochwertigsten und beliebtesten Produkte an einem Ort zusammengebracht und so eine Art kleines Israel geschaffen haben. Mein Partner Andrei ist Israeli, er lebt seit 20 Jahren in Israel. Dank seiner Erfahrung ist jedes Detail authentisch“, fügte Olga hinzu.

Kosher Daily's "Little Israel" begeistert nicht nur mit seinem reichhaltigen Sortiment, auch das Design des Ladens strahlt die familiäre Wärme aus. Die Dekorationen sind handgemacht: Die Holzregale sind mit Grünpflanzen und Lavendel geschmückt und von einem Dach aus sauber gestapelten Brettern leicht verschattet.

„Wir wollten noch einen weiteren Hauch Gemütlichkeit reinbringen und das auf natürliche Weise und ohne Schaden für die Umwelt. Wir haben mit unseren Freunden den Laden selbst dekoriert und sind ihnen

sehr dankbar für ihre Hilfe. Es hat Spaß gemacht, gemeinsam etwas zu gestalten, und es ist am Ende so schön geworden“, sagt Olga lächelnd.

Bemerkenswert ist, dass sich Israel in der Weltrangliste der Ernährungssicherheit unter den ersten zehn Ländern befindet. Diese Studie wird regelmäßig (alle zwei Jahre) seit 2012 vom britischen Forschungsunternehmen Economist Intelligence Unit und der analytischen Abteilung der britischen Zeitschrift Economist durchgeführt. Die Studie trägt den Titel "Global Food Security Index" und





umfasst die Analyse von drei Hauptindikatoren: Verfügbarkeit und Verbrauch von Nahrungsmitteln, Verfügbarkeit und Angemessenheit von Nahrungsmitteln sowie das Niveau ihrer Qualität und Sicherheit. Israel liegt auf Platz 8 der Rangliste, was ein hohes Maß an Ernährungssicherheit des Landes bedeutet. Kosher Daily bietet auch vegetarische und vegane Produkte an. Die traditionellen jüdischen Kekse mit Mohn und Marmelade in Form eines Dreiecks, Hamantasch, die am Vorabend von Purim gebacken werden, waren zum Beispiel im Februar dieses Jahres bei Kosher Daily in einer veganen Version erhältlich.

Der traditionelle Purim-Karneval wurde groß gefeiert. In einer dekorierten Limousine

kamen junge Mitglieder jüdischer Gemeinde in die Waitzstraße, in der Kosher Daily sich befindet. Die Straße wurde abgesperrt, die Feier wurde von Tanz und Gesang begleitet, und das wichtigste Gebot des Purimfestes, Megilat Ester, wurde traditionell gelesen. Kinder erhielten Schachteln mit traditionellen Süßigkeiten. „Passanten, die nicht einmal wussten, was der Anlass dieser Feier war, kamen vorbei, um Leckereien zu kaufen. Draußen herrschte eine unglaubliche festliche Stimmung, die nicht nur die Mitglieder der jüdischen Gemeinde, sondern auch alle anderen glücklich machte“, erinnert sich Olga.

Purim ist ein Fest der Freude und des Frohsinns, das zum Gedenken an die Rettung der im persischen Königreich lebenden Juden vor

der Ausrottung eingeführt wurde. Der wichtige Bestandteil von Purim ist das festliche Essen und Weintrinken. Die große Auswahl an exklusiven Weinen aus Israel und anderen Ländern wird auch in den Regalen des koscheren Ladens präsentiert.

Nach einem Bericht des Institute for Jewish Policy Studies in London gibt es etwa 1,3 Millionen Juden in Europa, zwei Drittel davon leben in Deutschland. Restriktive Maßnahmen aufgrund der Pandemie haben es schwierig gemacht, Lebensmittel für die traditionellen Feiertagsmahlzeiten zu kaufen. Vor allem in deutschen Kleinstädten sind die Lebensmittel für den normalen Alltag knapp geworden.

Deshalb bestellen viele Menschen online. Auch Kosher Daily ist auf Facebook und Instagram zu finden und man kann darüber Lieblingslebensmittel nach Hause liefern lassen. Die Bestellungen werden sowohl in Großstädte als auch in kleine Ortschaften versendet.

Wir erinnern daran, dass in diesem Jahr Schawuot im Judentum am 6. bis 8. Siwan (16.-18. Mai) gefeiert wird. Die Bedeutung des Feiertages liegt in der Übergabe der Tora an die Juden am Berg Sinai. An Schawuot ist es üblich, Milchprodukte zu essen.

Sie fragen sich, was Kosher Daily für diesen Feiertag auf Lager hat?

Kosher Daily Shop vor Ort und online:

Waitzstr. 13, 10629 Berlin

Tel.: +49 (0)30 2313 4938;

+49 (0)151 754 757 42;

+49 (0)176 317 376 54

E-Mail: kosher4allberlin@gmail.com

Instagram: @kosher.daily

Facebook: @Kosher4allBerlin





Marco Henrich

Sport als Mittel zur Dämonisierung Russlands

Seit vielen Jahren wird in der deutschen Presse alles daran angesetzt, die Russen in unseren Köpfen zu dämonisieren. So auch im Sportbereich. „Russischer Sport gleich Doping“, „Putins Spiele“, „Putins WM“ und weitere Schlachtbegriffe aus den deutschen Mainstream-Medien kennen wir zu genüge. Diese negativen Botschaften permanent zu senden ist alles andere als objektiver Journalismus. Jedoch viel schlimmer ist, dass zu viele deutsche Sportler diesen Zeitungsenten blind Glauben schenken, ohne nicht ein einziges Mal in Russland gewesen zu sein. Geschweige denn ausreichend Hintergrundwissen zu haben, um sich ein objektives Urteil zu erlauben. Als Schwimmtrainer, der seit einigen Jahren im russischen Sport zu Hause ist und einen Sohn mit einer russischen Frau hat, kann ich über diese Pauschalverurteilungen nur noch den Kopf schütteln. Ehrlich gesagt, muss man sich sogar manchmal dafür schämen.

Regierungsauftrag Dopingberichterstattung?

Um beim Thema Doping bzw. der Dopingberichterstattung zu bleiben, hat auch hier der Westen seine Arbeit geleistet, pauschal den Russen als „Sportfeind“ zu sehen. Ein markantes Beispiel, wie hartnäckig man sich auf den Klassenfeind Russland eingeschossen hat, ist der ARD-Dopingexperte Hajo Seppelt. Herr Seppelt ist vielen Sportlern in Deutschland bekannt für seine Dopingrecherchen. Natürlich sind solche Investigationen auch für mich als Trainer grundsätzlich als positiv anzusehen. Wer doppt, hat im Sport nichts zu suchen – egal, ob in Deutschland oder Russland. Das Ganze bekommt jedoch einen faden Beigeschmack, wenn über Jahre hinweg sich



voll und ganz auf den russischen Sport konzentriert und eingeschossen wird und die westliche Welt plötzlich dopingfrei sein soll. Zumindest wurde das mehr als deutlich über einen langen Zeitraum so vermittelt. Und wer sich einigermaßen mit dem Sport auskennt, der weiß: Doping ist kein Russlands Problem. Es ist ein globales Problem.

Laut Statistik der WADA (Welt-Anti-Doping-Agentur) beherbergen beispielsweise die Italiener, die US-Amerikaner oder die französischen Sportler über Jahre hinweg und noch heute weitaus mehr Dopingstünder als die Russische Föderation. Liest oder hört man davon in Deutschland? Nein, weil es Russland plötzlich nicht mehr so schlecht dastehen lässt. Und wenn man sich die Biographie von Hajo Seppelt in der Wikipedia anschaut, sind von

2015 bis 2018 nahezu ausschließlich vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen Dopingberichterstattungen bzw. Dopingrecherchen zu Russland finanziert worden. Das deckt sich nach meiner Ansicht mit der ebenfalls negativen politischen Berichterstattung zu Russland in Deutschland. Und um das ganze komplett zu machen, bekam Seppelt für seine einseitigen Russlandrecherchen in dieser Zeit eine Ehrung nach der anderen aus der westlichen Sportwelt – auch von den USA.

Zeigefingermentalität und Doppelmoral

Aber wie sieht es denn bei uns in Deutschland aus? Wenn ich die Sportszene oder Verbände in Deutschland beschreibe, so gibt es Vorfälle oder „Unregelmäßigkeiten“, da übt man sich gerne in Schweigen und bei anderen Themen denunziert man gerne mit nacktem Finger. Das Ganze geprägt mit einer ordentlichen Prise BILD-Halbwissen. Ein Beispiel ist die FIFA Fußball-WM 2022 in Katar. Laut dem Roten Halbmond und Gewerkschaften in Katar, lag vor vier Jahren die Anzahl von Bauarbeitern, die beim Bau der WM-Infrastruktur ums Leben gekommen sind, bei ca. 2.500 bis 3.000 Toten. Das Auswärtige Amt, der DFB, die UEFA und auch die FIFA wussten jüngst von diesem Skandal in Katar. Statt sich sofort von der WM dort zu distanzieren oder diese zu boykottieren, übte man sich fleißig in gegenseitiger Schuldzuweisung und Schadensvertuschung. Geändert hat sich bis heute nichts und die Todeszahl liegt mittlerweile bei 6.500. Meines Erachtens hätte man durch eine Notbremse in Katar und einen Entzug der Fußball-WM auch mit Druck der Fußballnation Deutschland 4.000 Menschenleben retten können.

Jetzt möchte ich den Bogen nach Russland spannen. Beim Bekanntgeben der Doping-sperre vom gesamten russischen Sportteam, was meines Erachtens überwiegend politisch motiviert war, hatten Funktionäre vom Deutschen Fußballbund eine Dopingsperre aller russischen Sportler begrüßt. Überhaupt war das Thema Russland und Doping über Monate in aller Munde in Deutschland. Zu Katar hat der DFB und unsere Medien bis heute noch keine klaren Worte gefunden, geschweige denn einen längst überfälligen Boykott ausgesprochen. Der Ball muss halt rollen – gerne auch auf einem mit Blut getränkten Rasen. Schließlich verdienen Medien und Fußballverbände an einer Fußball-WM. Nach meinem ethischen Verständnis ist diese enorm hohe Anzahl von Todesfällen, wohlgerneht nur für den Fußballkonsum, jedoch weitaus gravierender anzusehen als Dopingvergehen. Wenn man es denn in seiner westlichen Scheinheiligkeit so sehen möchte.

Und um dieses Thema weiter zu denken, sehe ich da natürlich eine Mitschuld westlicher Fußballverbände, die trotz Mitwissen dieser Zustände bis heute noch keinen Druck auf Katar



ausgeübt haben. Denn wie bereits erwähnt, war vor ca. vier Jahren unter anderem dem DFB, der UEFA und dem Auswärtigen Amt die Todeszahl von 2.500–3.000 Bauarbeitern in Katar bekannt. Außer gegenseitiger Schuldzuweisung und Schadensvertuschung ist bis heute nichts passiert. Heute zählen wir bereits 6.500 tote Bauarbeiter. Hätten westliche Medien und Spitzenverbände ähnlich wie gegenüber Russland klare Kante gezeigt und auf Katar Druck ausgeübt, würden heute vielleicht noch 3.500 bis 4.000 Bauarbeiter leben.



Foto: wikimedia.org

Unter Sportlern gibt es den bekannten Spruch: „Sport verbindet“. In den letzten Jahren haben westliche Medien durch ein verzerrtes Bild des russischen Sports alles daran gesetzt, dass dieser Slogan in vielen deutschen Köpfen hinter der polnischen Ostgrenze scheinbar endet. Dabei hat diese große Sportnation mit seinem Jugendsport, dem Breitensport, dem Behindertensport und auch dem Spitzensport weitaus mehr zu bieten als Doping.

Sport verbindet – auch mit der Russischen Föderation.

Internationales Engagement Chemnitz e. V.



Verein für berufliche Integration,
persönliche Entwicklung und
kulturellen Austausch

Begegnungs- und Familienzentrum „Internationales Engagement Chemnitz“ e. V.

Beratung, Bildung, Freizeit, Unterstützung und Begegnung
für Kinder, Jugendliche, Senioren, Eltern und Familien

- Familienunterstützender Dienst
- Freizeitzentrum für Senioren
- Kinder- und Jugendstudio „Flamingo“
- Frühförderung
- Nachhilfe und Hausaufgabebetreuung
- Literatur- und Musikstudio
- Kreativraum

Theaterstr. 76, 09111 Chemnitz
Tel./Fax 0371 267 38 72



www.iechemnitz.com
iechemnitz@web.de

FIFA



Aleksandr Boyko

Skandal: Fußball-Superliga vorerst auf Eis gelegt

Foto: pxhere.com

Führende europäische Vereine hatten ein neues Fußballturnier organisiert, das Super League benannt wurde. Der Start des neuen Wettbewerbs war für August 2021 geplant, das genaue Datum wurde jedoch nicht bekannt gegeben.

Die ersten Ideen, ein eigenes Turnier für die Giganten zu schaffen, tauchten schon Ende 1990 auf. Das war der Grund für die Gründung der G-14-Liga, die 14 europäische Giganten umfassen sollte. Später wurde die Organisation in die European Club Association (ECA) umgewandelt, die 232 Mitglieder zählt.

2018 sprachen sich die Chefs von UEFA und FIFA gegen die Schaffung einer neuen Super League aus. Schließlich bedroht sein Aufkommen nicht nur die Champions League, sondern auch das neue Format der Klub-Weltmeisterschaft.

Die UEFA hatte daraufhin eine Neugestaltung der Champions League bis 2024 angekündigt. Die Zahl der Champions-League-Teilnehmer sollte von 32 auf 36 erhöht werden. Auch die Anzahl der Spiele in der ersten Phase sollte von 6 auf 10 erhöht werden. Und alle Spiele in der Champions League sollten gegen unterschiedliche Gegner ausgetragen werden. Die ersten acht Mannschaften sind für die Playoffs qualifiziert, die Mannschaften auf den Plätzen 9 bis 24 können eine weitere Zusatzrunde spielen, um sich doch noch für das Achtelfinale zu qualifizieren. Solche Neuerungen passten den Vereinen jedoch nicht, weshalb beschlossen wurde, eine neue Super League zu gründen. 12 führende Klubs in Europa haben eine Vereinbarung zur Schaffung einer alternativen Meisterschaft unterzeichnet, die die Existenz der nationalen Erstligen und der europäischen Champions League gefährden könnte.

Die Initiatoren des neuen Turniers versprechen, den Zuschauern spannenderen Fußball zu bieten. In einer Pressemitteilung der Super

League hieß es, dass das Turnier für ein deutlich größeres wirtschaftliches Wachstum und eine Unterstützung des europäischen Fußballs sorgen würde, da die Zahlungen an die Vereine langfristig nicht begrenzt werden und mit den Einnahmen die Liga wachsen würden.

Die Super League sollte ihren Teilnehmern Einnahmen in Höhe von mehreren Millionen Dollar bescherten. Es war die Frage der Bargeldverteilung, die der Hauptgrund für das Entstehen des Turniers war. Führende Klubs äußerten wiederholt ihre Unzufriedenheit mit dem System der Verteilung der Gelder zwischen den Klubs und der UEFA.

Was die finanzielle Komponente des neuen Turniers angeht, so glauben die Organisatoren der Super League, dass das Turnier für ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum sorgen wird. 3,5 Millionen Euro sollten die Super League-Gründer schon vor Beginn des Turniers erhalten. Dieses Geld sollte als Investition für den Fall der Fälle dienen und Verluste ausgleichen, zum Beispiel im Falle einer erneuten Pandemie.

Auffällig ist, dass nach dem sportlichen Prinzip nur 25 % der Mannschaften für die Super League ausgewählt werden sollten. Seit dem Jahr 2000, als sich die Kluft zwischen reichen und armen Vereinen zu vergrößern begann, waren jedoch 33 % der Teilnehmer im Viertelfinale Mannschaften, die nicht zu den Gründern des neuen Turniers gehörten.

Die Organisatoren planten, 4 Milliarden Euro durch den Verkauf von Fernsehrechten und Sponsorenverträgen zu verdienen. Die großen Vereine sollten zwischen 100 und 350 Millionen Euro erhalten und für jedes Team

waren jährliche Zahlungen von 264 Millionen Euro vorgesehen.

Am 18. April 2021 wurde es ernst: die Spitzenklubs dreier führender europäischer Meisterschaften – die englischen Klubs Manchester United, Manchester City, Tottenham, Liverpool, Chelsea, Arsenal, die spanischen FC Barcelona, Atletico Madrid und Real Madrid, die italienischen AC Mailand, Inter Mailand und Juventus Turin – kündigten die baldige Einführung der neuen Super League an. Zur Leitung der Super League übernahm vorerst der Präsident von Real Madrid, Florentino Perez. Juventus-Präsident Andrea Agnelli und Manchester United-Miteigentümer Joel Glaser wurden zu Stellvertretern auserkoren.

Zwanzig Mannschaften sollten an der Auslosung zur Aufnahme in die Super League teilnehmen. Als Nächstes sollte die Organisation die Namen von drei weiteren Clubs bekannt geben, die sich zu den bereits beigetretenen 12 Mannschaften gesellen würden. Damit würden diese 15 Teams ständige Mitglieder der Super League. Weitere fünf würden jedes Jahr auf der Grundlage der Ergebnisse der vorangegangenen Saison ermittelt.

Die Spiele finden in der Mitte der Woche statt. Die Organisatoren der Super League hatten geplant, die Teilnehmer in zwei Gruppen aufzuteilen. In der ersten Phase spielen die Teams in zwei Runden gegeneinander. Die drei besten Mannschaften jeder Gruppe qualifizieren sich für das Viertelfinale, während die Mannschaften auf den Plätzen vier und fünf ihrer Gruppen um jeweils zwei weitere Plätze spielen.

Das Viertelfinale und das Halbfinale wären wie üblich zwei Spiele – ein Heim- und ein

Auswärtsspiel. Das große Finale sollte eine Begegnung auf neutralem Platz sein.

Die Union der Europäischen Fußballverbände hatte eine negative Einstellung zur Schaffung dieses neuen Turniers und nannte es „zynisch, basierend auf den Interessen einiger weniger Klubs“. Der Weltfußballverband Fédération Internationale de Football Association hat die Super League-Initiative ebenfalls abgelehnt und erklärt, der Wettbewerb liege „außerhalb des Rahmens der internationalen Fußballstrukturen“. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Boris Johnson haben das neue Turnier kritisiert.

Die Teilnehmer der Super League hatten geplant, weiterhin an den nationalen Meisterschaften teilzunehmen. Die UEFA äußerte jedoch, dass sie mit allen Mitteln versuchen würde, die Schaffung des neuen Turniers zu verhindern. Unter anderem rief sie alle Fans dazu auf, sich dem Kampf gegen das Projekt anzuschließen. Und diejenigen, die sich bereit erklären, in der Super League mitzuspielen, werden von allen nationalen und internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Spielern, die an dem Turnier teilnehmen, droht eine Sperre für die Nationalmannschaften. Als Konsequenz haben sich deutsche und französische Vereine bereits geweigert, in der Super League zu spielen. UEFA-Exekutivkomitee-Mitglied Jesper Möller hat angekündigt, dass alle Super-League-Klubs, einschließlich Manchester City, Real Madrid und Chelsea, von der Champions League ausgeschlossen werden könnten. Damit bleibt nur noch der französische Paris Saint-Germain (PSG), der eine Einladung in die Super League abgelehnt hat, als einziger Verein im bisherigen Wettbewerb übrig. Auch in der Europa League könnte es nur noch zwei Vereine geben: Lazio Roma und der spanische Villarreal CF.

Im Gegenzug kündigten die Organisatoren der Super League an, dass sie beabsichtigen, auf eine solch negative Reaktion UEFA und FIFA entsprechend zu reagieren. Und sie versprachen, „Schutzmaßnahmen“ zu ergreifen, um sich „vor einer derartigen feindlichen Reaktion zu schützen“. So haben die Anwälte der European Super League bereits eine Klage eingereicht, um ein Verbot durch FIFA und UEFA zu verhindern.

Eine große Welle der Empörung haben die Fans aller englischen Mannschaften ausgelöst, die sich gegen die Teilnahme von Vereinen an der neuen Super League aussprachen. Die Entscheidung der englischen Mannschaften, an dem Turnier teilzunehmen, löste sowohl beim Fußballverband als auch bei der Regierung einige negative Reaktionen aus.

Die Nachricht von der Gründung des neuen Turniers war die Grundlage für eine Kundgebung, die vor dem Spiel des FC Chelsea gegen Brighton vor dem Stamford Bridge Stadion stattfand. Am 20. April versammelten sich dort Tausende wütende Anhänger des Clubs und versuchten, den Weg des Busses mit den Spielern des Londoner Clubs zu blo-

ckieren. Torhüter Petr Cech kam heraus, um mit den Fans zu verhandeln. Die Stimmung der Fans änderte sich dramatisch, als die Nachricht verkündet wurde, dass Chelsea aus dem Super-League-Vertrag aussteigen würde.

Der Londoner Verein Chelsea war der erste, der sich aus dem Turnier zurückzog. Nach Chelsea zog sich auch Manchester City aus der Startaufstellung zurück. Manchester United, Arsenal, Liverpool und Tottenham waren die letzten, die ihren Rückzug bekannt gaben. Manchester United erklärte, man habe den Fans, der britischen Regierung und anderen Interessengruppen aufmerksam zugehört. Und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Ed Woodward wird Manchester United zum Jahresende verlassen.

So haben sich die alle großen sechs Fußballvereine der englischen Premier League geweigert, sich an der Gründung der europäischen Super League zu beteiligen. Beim Ausschluss ihrer Spieler aus der englischen Nationalmannschaft hätten sie einen enormen Gegendruck der Öffentlichkeit zu befürchten



Foto: Rick Dikeman/wikipedia.org

gehabt. UEFA-Präsident Aleksander Ceferin seinerseits unterstützte die Entscheidung der englischen Klubs und sagte: „Wichtig ist jetzt, dass wir weitermachen, die Einigkeit wiederherstellen, die vorher im Spiel war, und gemeinsam vorwärts gehen.“

Roman Abramovich, Besitzer des Chelsea-Clubs, hatte nicht mit einer allgemein negativen Reaktion auf die Gründung der Super League gerechnet und ärgerte sich darüber, dass er falsch informiert wurde, wie die Nachricht in England aufgenommen werden würde.

Barcelona und Atletico sind in der Schwebe. Die Entscheidung über ihre Aufnahme in die Nationalmannschaft wird durch eine Abstimmung der Fans entschieden. Barcelonas Präsident Joan Laporta sagte: „Es ist ihr Verein, es ist ihre Entscheidung.“

Es gibt auch Befürworter der Super League: So haben sich beispielsweise die italienischen Vereine AC Mailand und Juventus am 20. April für das Turnier ausgesprochen.

Laut Real Madrids Präsident Florentino Perez wurde die Super League ins Leben gerufen, um den Fußball zu retten und das Interesse an ihm bei jungen Leuten wieder zu wecken.

Er glaubt, dass die jungen Leute heutzutage nicht mehr so am Fußball interessiert sind wie früher, weil sie zu viele schlechte Spiele sehen. Er merkte auch an, dass jede Veränderung zwangsläufig Nachteile mit sich bringe.

Im Juni 2020 spielte sich ein ähnliches Szenario unter den Basketballvereinen ab. In diesem Jahr schufen führende europäische Basketballvereine auch ein neues Turnier (ULEB EuroLeague), das zu einer Alternative für den Internationalen Basketballverband (FIBA) wurde. Wie die Super League wurde auch die ULEB nach dem Prinzip einer geschlossenen Liga gegründet, in der die Gründungsvereine zur Teilnahme verpflichtet waren und die anderen Teilnehmer nach sportlichen Gesichtspunkten ausgewählt wurden. Im Gegensatz zur Super League wurde die ULEB EuroLeague jedoch zum wichtigsten europäischen Basketballturnier und wurde vom Internationalen Basketballverband anerkannt.

Einige der Cheftrainer der Fußballklubs, die die Super League-Mannschaft bildeten, berichteten, dass sie bis zum letzten Moment

nichts von den Plänen der Klubeigentümer wussten. Liverpools Trainer Jürgen Klopp zum Beispiel sagte, er würde das Gespräch mit der Vereinsführung suchen. „Wir haben nur sehr wenige Informationen erhalten. Es ist eine sehr schwierige Situation, die Leute sind nicht glücklich, und ich verstehe das, aber ich kann nichts hinzufügen, weil weder ich noch die Spieler an der Entscheidung beteiligt waren. Wir können nur abwarten, wie es weitergeht“, stellte Jürgen Klopp klar.

Doch selbst wenn alle Hürden von UEFA und FIFA umgangen werden können, ist noch nicht klar, ob die Organisatoren der Super League einen Kompromiss mit den Fans finden werden. Sie haben nun eine Pause eingelegt, um die notwendigen Änderungen am Entwurf vorzunehmen, obwohl die Super League vollständig mit der aktuellen Gesetzgebung konform ist. Die Organisatoren beharren immer noch darauf, dass der Fußball dringend eine Veränderung brauche. Deshalb schlagen sie einen neuen Wettbewerb vor, um den Fußball weiterzuentwickeln, indem sie jungen Menschen das Interesse an diesem Spiel vermitteln wollen.



Tesla-Fabrik bei Berlin: Was kommt auf Deutschland zu?



Anna Wohlthat



Foto: Steve Jurvetson/wikipedia.org



Foto: Smnt/wikipedia.org

Tesla-Elektroautohersteller Elon Musk baut eine weitere Fabrik. Es wird die vierte Produktionsstätte von Tesla sein und als "Giga Berlin", oder "Gigafactory 4" bezeichnet. Das Werk wird in 35 km von Berlin, in der Nähe des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“ gebaut. Die "Gigafactory 4" wird Teslas erste Fabrik in Europa sein, die anderen Fabriken werden in den USA und China betrieben.

Der Bau der Gigafactory Berlin-Brandenburg war erstmals 2015 im Gespräch. Doch erst im November 2019 während der Verleihung des Goldenen Lenkrads in Berlin gab Elon Musk offiziell den Baubeginn des Werks nahe der deutschen Hauptstadt bekannt.

Die Bauarbeiten begannen Anfang 2020. Insgesamt wird das Unternehmen eine Fläche von 300 Hektar belegen, die für 41 Millionen Euro in Deutschland erworben wurde. Nach Verlautbarungen soll die Fabrik insbesondere Batterien, Batterieeinheiten und Netzteile für Tesla-Autos produzieren. Die geschätzten Baukosten der gesamten Fabrik sollen sich auf etwa 4 Milliarden Euro belaufen.

Tesla beabsichtigt, weitere 10 Hektar Land des in der Nähe im Bau befindlichen Güterverkehrszentrums zu kaufen. Im Falle einer Genehmigung durch die deutsche Regierung und die Europäische Union kann Tesla mit einer staatlichen Unterstützung von rund 300 Millionen Euro rechnen. Die Entscheidung über den Kauf der zusätzlichen Fläche wird in Kürze getroffen werden.

Tesla hat beim Bau der Gigafactory in Berlin mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Für weitere Baumfällungen und den Bau einer Lackiererei hat das Unternehmen lange Zeit keine Genehmigung erhalten. Irgendwann wurde der Bau der Anlage gestoppt, weil die Zerstörung des natürlichen Lebensraums für die dort lebenden Tiere und die Verschmutzung der nahegelegenen Gewässer drohte. Der Standort, an dem die Tesla-Anlage gebaut wird, befindet sich in einem Wasserschutzgebiet. Um diese Probleme zu

lösen, besuchte Elon Musk persönlich Deutschland, um sich mit den Verantwortlichen zu treffen.

Das Werk soll im Juli 2021 den Betrieb aufnehmen und Ende 2021 ein neues Sport-Crossover-Modell, den Tesla Y, auf den Markt bringen. In Zukunft wird das Werk auch das Elektroauto Model 3 mit fünf Sitzen und andere zukünftige Modelle montieren. Die geplante Fertigungskapazität der Fabrik soll bei 500.000 Fahrzeugen pro Jahr liegen.

Mehr als zehn europäische Länder, darunter Frankreich, die Niederlande, Estland, Portugal, Spanien und die Tschechische Republik, haben sich um die Ansiedlung der Tesla Gigafactory auf ihrem Territorium beworben, da der Bau einer solchen Anlage einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft des Landes leisten wird. Zu den Vorteilen gehört die Schaffung von rund 8.000 neuen Arbeitsplätzen, denn "Gigafactory 4" wird eine der größten Produktionslinien in Europa sein. Elon Musk hat u.a. auch persönliche Interviews mit Bewerbern für Managementpositionen in der neuen Anlage geführt.

In Bezug auf die Arbeitsplätze sagte Elon Musk jedoch, dass mit der Zeit alle Tesla-Werke vollständig autonom werden und sich in „Maschinen verwandeln, die Maschinen machen“. Das entspricht in etwa der Richtung der ersten Gigafactory in China, die in nur einem Jahr gebaut und in Betrieb genommen wurde. Roboter sind dort bereits in nahezu jedem Schritt der Elektrofahrzeugproduktion involviert.

Der Bau der Fabrik in China begann 2019.

Bisher war das Unternehmen auf dem asiatischen Markt erfolgreich, denn vor der Eröffnung der Fabrik konnte Tesla jeden Monat 10.000 bis 12.000 Elektroautos des Model 3 an chinesische Kunden ausliefern, und im Oktober 2020 hatte die Kapazität der Gigafactory in Shanghai bereits 20.000 Elektroautos pro Monat überschritten. Mit diesem Erfolgsergebnis konnten sie auch in den europäischen Markt eintreten und mit dem Export von in China hergestellten Autos beginnen.

Auch die deutschen OEM wie Mercedes-Benz, BMW, Porsche und Volkswagen verstärken in letzter Zeit ihre Bemühungen, ihren Anteil am weltweiten Elektroauto-Markt auszubauen. Doch sobald die "Gigafactory 4" mit der Montage von Elektroautos in Deutschland beginnt, wird Tesla zu einem ernsthaften Konkurrenten auf dem europäischen Automarkt aufsteigen. Elon Musk will Tesla zur mächtigsten Automarke der Welt machen, und der Start der Produktion in Europa bringt ihn seinem Ziel wesentlich näher.

Bisher wurden Elektroautos aus den USA geliefert, wobei Probleme im Zusammenhang mit Export- und Importzöllen verschiedener Länder gelöst werden mussten. Dank des Baus einer Fabrik in Berlin ist die Frage der staatlichen Abgaben nun geklärt.

Deutsche Behörden unterstützen die Produktion von Elektrofahrzeugen im Land. Und sie haben bereits angekündigt, rund 2,5 Milliarden Euro in den Aufbau eines deutschen Netzes von Ladestationen für Elektroautos zu investieren, die an Tankstellen stehen sollen. Namhafte Automobilhersteller wie die BMW



Foto: Alexander Migl/wikipedia.org

Group, die Daimler AG, der Konzern Volkswagen und die europäische Division der Ford Motor Company haben bereits eine Vereinbarung unterzeichnet, die u.a. vorsieht, ganz Europa mit einem Netz von Elektrotankstellen zu überziehen.

Das System der Elektroladestationen wird typenintegrativ sein und so die Nutzung für alle Elektroautomodelle ermöglichen. Die Kapazität der Express-Stationen wird 350 kW betragen und der Akku der Elektroautos kann in etwa 10 Minuten um zwei Drittel aufgeladen werden. Darüber hinaus stellt die Bundesregierung Mittel zur Förderung privater Ladestationen bereit. Eine der wichtigsten Bestimmungen des am 23. März 2020 vorgestellten Gesetzentwurfs war, dass Vermieter und Mieter in Mehrfamilienhäusern in Deutschland nun das Recht haben, Ladevorrichtungen für Elektrofahrzeuge zu installieren und andere Eigentümer und Vermieter kein Recht haben, dies zu verhindern. So wird das Vorhandensein eines gut ausgebauten Netzes von Ladestationen für Elektrofahrzeuge das Leben der Besitzer dieser Art von Transportmitteln erheblich bequemer machen und es ihnen ermöglichen, ohne Probleme weite Strecken zurückzulegen, was zur weiteren Entwicklung des Marktes der Elektrofahrzeuge beitragen wird.

Allerdings wird es nicht möglich sein, ein Problem durch die Installation von Ladestationen im öffentlichen Raum und an Autobahnen vollständig zu lösen. Die Auswertung der Statistiken ergab nämlich, dass 80 Prozent der privaten Besitzer von Elektroautos diese entweder zu Hause oder am Arbeitsplatz aufladen.

Laut Elon Musk wird die Verfügbarkeit von drei großen Gigafactories und der Bau der vierten die Produktivität des Unternehmens um ein Vielfaches steigern. Damit hat Musk drei Produktionsstandorte an den aktivsten

Automobilmärkten der Welt geschaffen: den USA, China und Europa. Schon jetzt, nach vielen Jahren der Verluste, gewinnt das Unternehmen Tesla durch die wachsende Produktion an Fahrt und gibt damit den Investoren die Zuversicht auf baldige Gewinne. Derzeit liegt der Börsenwert von Tesla bei etwa 500 Mrd. Dollar.

Im Jahr 2020 rollten 250.000 Elektroautos bei Tesla von den Bändern. In diesem Jahr will das Elon Musks Unternehmen 360.000 Einheiten montieren. Tesla plant, die Gesamtmontage von Elektroautos in den USA und China auf 590.000 pro Jahr aufzustocken. Bald wird ein neues Modell, der Tesla Cybertruck Pickup, in die Fahrzeugpalette aufgenommen, auch die Produktion eines elektrisch angetriebenen Traktors ist geplant. Es ist gut möglich, dass das neue Modell auch auf den europäischen Markt kommen wird. Darüber hinaus kündigte Elon Musk an, dass das Unternehmen sich darauf vorbereitet, mehrere Modelle auf den Markt zu bringen, die speziell für den Verkauf in Europa entwickelt wurden. Wann jedoch die Produktion solcher Elektroautos und deren Verkauf beginnt, hat der Unternehmer noch nicht bekanntgegeben.

Die Berliner Gigafactory wird das einzige Werk von Tesla sein, in dem nicht nur die Autos selbst, sondern auch die Batterien dafür hergestellt werden. Im Zusammenhang mit der weltweiten Umstellung auf erneuerbare Energiequellen wird die Produktion von Batterien im Werk als strategisch wichtige wirtschaftliche Maßnahme gesehen. Bis 2025 wird schon ein Bedarf von mindestens 25 weiteren Gigafactories prognostiziert. Im September 2020 versprach Elon Musk, dass er innerhalb der nächsten drei Jahre Batterien zum halben Preis des heutigen auf den Markt bringen würde. Jetzt werden die Batterien für

die Elektroautos von Tesla in Nevada hergestellt, während die Elektroautos selbst in Kalifornien und China produziert werden.

In Europa soll die Nachfrage nach Elektroautos forciert werden, da der Wechsel zu ihnen ein großer Schritt in die grüne Zukunft darstellt und schädliche Emissionen stark reduziert werden könnten. Da der Umwelt- und Naturschutz in der politischen Agenda vieler europäischer Länder eine wichtige Rolle spielt, könnten Elektroautos bald zum alltäglichen Lebensstil der Bevölkerung gehören. In Zukunft soll ein weiteres Problem der Elektroautos gelöst werden: Der Preis der Autos ist zu hoch, selbst unter Berücksichtigung des bereits 2016 beschlossenen 4.000-Euro-Rabatts im Förderprogramm der Bundesregierung zur Elektromobilität.

Wie sich der massenhafte Umstieg auf Elektroautos auf die Umwelt auswirken wird, lässt sich derzeit leider nicht genau voraussagen. Schließlich sollte die Tatsache nicht außer Acht gelassen werden, dass Kohlenwasserstoffe auch heute zur Erzeugung von Strom zum Laden von Elektroautos verwendet werden.

Trotzdem haben sich zuletzt immer mehr Menschen in Deutschland für Elektroautos entschieden: Lag ihr Anteil an der Gesamtzahl der verkauften Neuwagen im Jahr 2019 noch bei 1,8 %, so waren es im Mai 2020 bereits 3,3 %. Die meisten Pläne, die sich auf Elektroautos beziehen, werden nicht vor 2025 umgesetzt werden. Und nun verändert sich zwar die Autoindustrie, aber nicht so schnell, wie es von Elon Musk und anderen Vertretern und Eigentümern großer Automobilkonzerne prognostiziert wurde. Die baldige Eröffnung der Fabrik "Giga Berlin" kann jedoch den Prozess des Übergangs zu Elektroautos in Europa erheblich beschleunigen.



Yevgeny Bort

Deutsch-orthodoxer Orden: Kloster Buchhagen

Zwar kann man nicht sagen, dass das erste deutsche orthodoxe Kloster in Buchhagen für Journalisten verschlossen ist, aber es ist offensichtlich: Vertreter der Presse sind hier nicht willkommen. Das zeigt sich deutlich an der zurückhaltenden Reaktion des Abtes, des Großarchimandriten Johannes, und seiner Mitstreiter.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Deutsche Leitmedien sind den Menschen, die sich an diesem Ort niedergelassen haben, nicht wohlgesonnen. Sie stehen im Verdacht, rechtsextreme politische Ansichten zu vertreten und gelten als marginal. Die offiziellen Kirchen – katholisch und evangelisch – stehen dem Kloster noch misstrauischer gegenüber. Die Nachricht, dass es sich bei dem angereisten Journalisten nicht um einen Vertreter der Mainstream-Medien handele, hat jedoch das Eis des Misstrauens ein wenig gebrochen und Hoffnung auf eine offene Diskussion gegeben.

Orthodoxes Christentum in Deutschland

Großarchimandrit Johannes, im weltlichen Leben Johannes Pfeiffer, begann seine spirituelle Reise in Griechenland. In den 1980er Jahren, als er bereits über zwei Ausbildungen verfügte (Historiker und Musiker), machte er sich auf den Weg nach Athos.

Zwei Jahre später legte er die Mönchsgeübde ab und erhielt dann den Segen zur Übernahme einer bedeutenden Mission – Wiederherstellung des orthodoxen Christentums in Deutschland.

Vater Johannes glaubt, dass das Wort „Wiederherstellung“ hier am besten passt. Als Experte für byzantinische Geschichte argumentiert er, dass in der Frühzeit des Christentums die meisten deutschen Einwohner den orthodoxen Glauben praktizierten und die Klöster in Deutschland orthodox waren. Der Katholizismus kam viel später: Rom brauchte

mehr als ein Jahrhundert, um die vollständige Kontrolle über diese Gebiete zu erlangen.

Orthodoxe Gottesdienste wurden in deutscher Sprache abgehalten, und erst im VIII. Jahrhundert gelang es der katholischen Kirche, die breite Einführung des lateinischen Alphabets zu erreichen. Die Kontakte mit Konstantinopel schwächten sich allmählich ab und mit der Zeit verdrängte der Katholizismus schließlich den orthodoxen Glauben. Und nach der Reformation und der Zeit der Religionskriege wurde Deutschland zwischen katholischer und evangelischer Kirche geteilt.

Viele dieser Gedanken hat Vater Johannes in seinem Buch „Vom Mysterium des Mönchtums“ dargelegt, das 2016 in Russland erschienen ist und von der Russisch-Orthodoxen Kirche empfohlen wurde.

Rückkehr zu den Wurzeln

Vater Johannes ist der Meinung, dass das orthodoxe Christentum in Deutschland wiederbelebt werden sollte, indem die Seelen der Deutschen zum orthodoxen Christentum bekehrt werden. Aber wie kann man das erreichen? Oder vielmehr, wie sorgt man dafür, dass die deutschen orthodoxen Klöster eben deutsch sind, und nicht „russisch“, „bulgarisch“ oder „griechisch“? Vor Beginn seiner Mission wandte er sich an die Leitung der bulgarischen Kirche, wo er die Erlaubnis für dieses noble Unterfangen erhielt. Bereits 1990 wurde das Dreifaltigkeitskloster eröffnet und 1993 wurde es in die bulgarisch-orthodoxe Kirche eingegliedert.

Das Klosterstatut betont seinen deutschen nationalen Charakter und seine Eigenständigkeit. Vater Johannes hält dies für den einzig richtigen Ansatz, da Kyrill und Methodius bereits vor mehr als tausend Jahren bewiesen haben, dass die Völker das Recht haben, die Liturgie in ihren eigenen Sprachen zu halten.

Das Kloster hat enge Beziehungen zur Mut-

terkirche Bulgariens. Griechische und ukrainisch-orthodoxe Christen sieht es hingegen kritisch. Die beiden bezeichnet es als Dissidenten. Vater Johannes ist auch der russisch-orthodoxen Kirche gegenüber sehr positiv eingestellt, was angesichts seiner politischen Ansichten nicht verwunderlich ist. Das Kloster unterstützt voll und ganz die offizielle russische Position zur ukrainischen Frage und zum Donbass.

Goten und der orthodoxe König

Ein weiteres Forschungsgebiet von Vater Johannes sind die Goten und ihre Beziehungen zu den Slaven. Schon vor der Taufe der Rus hatte dieses Volk einen eigenen Staat auf der Krim, und er war christlich und orthodox. Dann migrierte ein Teil der Goten in die deutschen Gebiete.

Die Klosterbewohner sehen die Goten als ihre geistigen Vorgänger und gedenken ihrer Heiligen während der Gottesdienste. Sie beten auch, dass der Herr Deutschland einen orthodoxen König schenken möge und gedenken des bulgarischen Monarchen Simeon II, der gebürtiger Deutscher war.

Es gibt eine stillschweigende Übereinkunft zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche. Rom agitiert nicht in orthodoxen Ländern und die Orthodoxen agitieren nicht in Westeuropa. Vater Johannes ist damit gar nicht einverstanden, denn er sei dazu verpflichtet, den Deutschen das Wort der Wahrheit zu verkünden.

Kloster in Buchhagen

Das Kloster in Buchhagen ist das einzige funktionierende deutsch-orthodoxe Kloster in Deutschland. Ein wichtiger Punkt sei hier angemerkt: Dieses Kloster wurde von Deutschen für Deutsche eröffnet, nicht für Einwanderer aus anderen orthodoxen Ländern.

Vater Johannes und seine Anhänger suchten lange Zeit nach einem Platz für das Kloster. Buchhagen zog sie durch seine Abgeschiedenheit von überfüllten Gebieten an. Die Mönche fanden viele heruntergekommene Gebäuden mit Kreuzen und anderen orthodoxen Symbolen. Heute hat das Kloster acht Bewohner. Sie sind alle deutsch.

Am 6. Dezember 2020 versammelten sich beim Sonntagsgottesdienst im Kloster mehr als dreißig Menschen. Die meisten von ihnen kamen von weit her: aus Hamburg, Köln, Berlin. Unter den Gemeindemitgliedern befanden sich auch Familien mit Kindern. Trotz des regnerischen Wetters war die Stimmung fröhlich. Nach dem Gottesdienst begann das gemeinsame Essen.

Das Innere des Klosters ist sehr bescheiden. Es gibt keine teuren Kruzifixe und Ikonen, die Ausstattung ist einfach. Die Brüder leben isoliert und arbeiten viel. Übersetzungen der orthodoxen Liturgie ins Deutsche spielen in ihrem Leben eine wichtige Rolle. Das Kloster hat einen eigenen kleinen Verlag, der die Übersetzungen herausgibt. Das Kloster hat außerdem eine biologische Gärtnerei und einen kleinen Tourismusbetrieb.

Vater Johannes über das orthodoxe Christentum

Der Abt sieht das Hauptziel des Klosters in der Wiederbelebung des deutschen Volkes. Er hat allerdings nicht erklärt, was er mit diesen Worten meint. Außerdem behauptet Vater Johannes, dass Deutschland seine Unabhängigkeit verloren hat, als es diese an die NATO und andere internationale Organisationen abgab. Vater Johannes glaubt, dass Deutschland heute im Koma liegt und nur die Orthodoxen in der Lage sind, sie aus diesem Zustand herauszuholen. Seiner Meinung nach sind wir heute Zeugen einer Erosion der deutschen nationalen Identität. Der Abt stellt fest, dass der Katholizismus und zahlreiche Strömungen der Protestanten das Christentum bereits verraten haben. Jetzt gebe es nur noch Hoffnung auf die Orthodoxen. Es ist kein Wunder, dass er bei Anhängern anderer Konfessionen für derartige Äußerungen sehr unbeliebt ist.

Die Mönche aus Buchhagen denken, dass die Zukunft des deutschen Volkes den konservativen Werten gehört, und lehnen moderne Toleranz ab. Sie lehnen gleichgeschlechtliche Ehen ab sowie die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters, Feminismus und Multikulturalismus. Sie haben eine Menge Einwände gegen die Migrationspolitik des modernen Deutschlands.

Deutsch-orthodoxer Orden

Die Mönche von Buchhagen glauben, dass die Deutschen ihren Staat auf den Grundsätzen des christlichen Glaubens aufbauen sollten, verbunden mit einem gewissen ritterlichen Verhaltenskodex, der dieser Nation schon immer innewohnte. Es wird betont,



dass es sich nicht nur um orthodoxe Kanons handelt, sondern um einen besonderen Orden und einen besonderen Geist. Vater Johannes selbst sagt, dass er nicht die Absicht hat, einen neuen Glaubenskrieg zu fördern, sein Anliegen ist, die Menschenseelen zu retten.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass solche Aussagen für das moderne Deutschland äußerst gewagt sind. Schon für eine bloße Ablehnung liberaler und linker Werte kann man leicht zum Außenseiter werden. Und bei Anspielungen auf Orden und Ritterlichkeit ist es durchaus realistisch, der Propaganda des Nazismus bezichtigt zu werden, zumal sich unter den Gemeindemitgliedern des Klosters viele ehemalige Polizisten und Soldaten befinden.

Die Mönche aus Buchhagen sind im Gegensatz zu ihrem Abt mutiger mit ihren Aussagen über den Orden. Sie empfinden sich tatsächlich als „Orden“. Und auf die Frage, ob dies nicht einer Organisation der Templer ähnelt, antworten sie, dass es auch unter den wahren Orthodoxen genug militante Gläubiger gäbe. Als Beispiel nennen sie die Kosaken und Aufstände in Rumänien.

Buchhagen – eine Hochburg des deutschen Nationalismus?

Wenn man solche Reden hört, fragt man sich unwillkürlich, ob das vielleicht nur eine weitere nationalistische Organisation ist.

Wir können uns an die Studentenverbindungen erinnern, die in Deutschland während der napoleonischen Kriege entstanden und eine wichtige Rolle bei der Bildung des deutschen Staates spielten. Sie existieren noch heute und haben das Ziel, „den deutschen Geist zu fördern“.

Es gab auch andere fast ritterliche Gesellschaften und Organisationen, deren Ideologie nationalistische Ideen und Mystik eng miteinander verflochten waren. Ist es möglich, dass das Kloster in Buchhagen eine Fortsetzung dieser Traditionen ist? Vater Johannes bestreitet dies. Für ihn gehe es um etwas Anderes: Die Wiederherstellung des nationalen Geistes, nicht des Blutes.

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist ziemlich misstrauisch gegenüber Buchhagen und den Menschen, die dort leben. Im BfV wird die Ideologie des Klosters als rechts eingestuft, obwohl es nicht zu den Organisationen gehört, die diese Behörde kontrolliert. Aber in dieser Liste findet man Verbände, die eng mit Buchhagen verbunden sind. Dazu gehört zum Beispiel der Verband zur Förderung der deutschen Sprache und Schrift, der dem Kloster 2012 eine großzügige Geldspende zukommen ließ. Diese wurde für Übersetzungen der orthodoxen Liturgien ins Deutsche bezahlt. Und kürzlich wurde der Verband in die Liste der rechtsextremen Organisationen aufgenommen.

Vater Johannes selbst steht den Ideen des Nationalismus äußerst negativ gegenüber. Seine Mutter sei eine Jüdin und seine Familie immer gegen Hitler gewesen. Deshalb wären sie am Ende des Krieges fast in ein

Konzentrationslager gekommen. Nachdem der Staat Israel gegründet wurde, wollten seine Eltern nach Palästina gehen und einem Kibbuz beitreten.

Einer der Gemeindeglieder, ein ehemaliger Berufsoffizier, erzählte seinerseits, dass er in Deutschland mehr mehrfach als Nazi bezeichnet wurde. Dabei habe er drei Monate in Israel und ein halbes Jahr in Russland gelebt und hätte dort nie mit solchen Problemen und Anschuldigungen. Er könne kein Neonazi sein, weil er orthodoxer Christ sei, und das passt in keiner Weise zusammen.

Laut des Abtes wollen er und sein Kloster sich von Menschen mit rechtsextremen Ansichten zu distanzieren.

Spenden für das Kloster

Vater Johannes und die anderen Bewohner des Klosters werden oft nach den Mitteln gefragt, von denen ihr Kloster lebt. Deutsche Amtskirchen, katholisch und evangelisch, leben weitgehend von staatlichen Zuschüssen. In Deutschland gibt es eine sogenannte Kirchensteuer. Mit diesem Geld kann das

Dreifaltigkeitskloster nicht rechnen. Die einzige Einnahmequelle für das Kloster sind Spenden von Privatpersonen, die teilweise sehr großzügig sind.

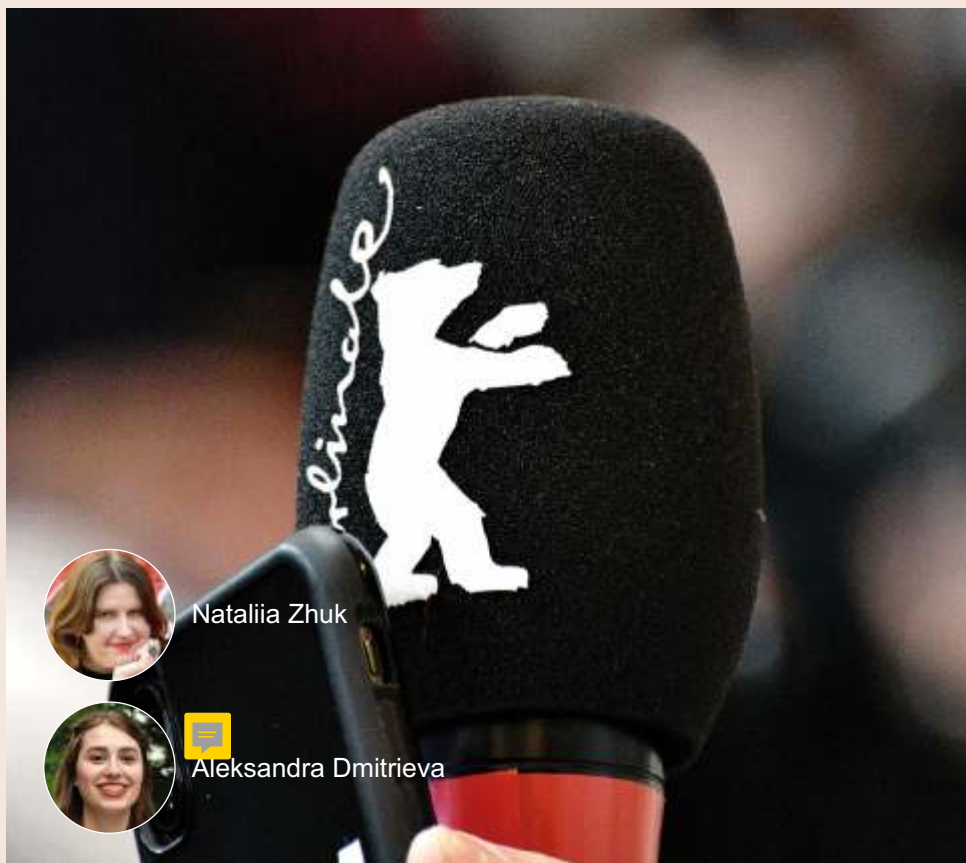
Die Bewohner des Klosters haben große Pläne: Sie wollen ein neues Kloster bauen und die Grenzen ihrer geistlichen Residenz erweitern. Hierfür werden teure und hochwertige Materialien verwendet, einige davon sind offensichtlich Sonderanfertigungen.

Vater Johannes hat andere Pläne für die Expansion. Derzeit wird im Kloster ein zukünftiger Pfarrer ausgebildet. Er ist Deutscher. Es ist geplant, dass er bald die erste orthodoxe Gemeinde in Deutschland gründen wird. Aktuell wird noch ein Platz dafür gesucht. Es wird möglicherweise Ostdeutschland.

*Deutsches Orthodoxes
Dreifaltigkeitskloster Buchhagen
www.orthodox.de*

Konto Nr.: 26002428
Sparkasse Weserbergland BLZ 25450110
IBAN: DE 50 2545 0110 0026 0024 28
BIC: NOLADE 21 SWB





Berlinale 2021: Highlights

In diesem Jahr haben sich die Berlinale-Veranstalter für ein besonderes Festivalformat entschieden: eine Zweiteilung.

Der erste Teil für Vertreter der Filmindustrie (International Film Market – EFM Digital Market) und der Presse fand vom 1. bis zum 5. März online statt, der zweite Teil – für das Publikum – ist mit Live-Premieren und Auftritten auf dem roten Teppich zwischen dem 9. und 20. Juni geplant.

Das Timing der Berlinale 2021 ist eine eigene Geschichte: Zunächst hoffte die Leitung, das Festival traditionell im Februar veranstalten zu können und startete schon im November 2020 den Akkreditierungsprozess. Doch als sich kurz vor Weihnachten abzeichnete, dass die Träume der Berlinale-Organisatoren nicht in Erfüllung gehen, brauchte es fast einen ganzen Monat, um das Festivalformat neu zu definieren.

Während das Festivalteam unermüdlich arbeitete und versuchte, alles mit den verschiedenen beteiligten Behörden zu regeln, erging sich die Presse in Spekulationen, die Gerüchteküche kochte.

So veröffentlichte VARIETY in regelmäßigen Abständen immer mehr Exklusives und durchgesickerte Informationen: zunächst die Option, das Festival werde im April live veranstaltet, doch große Kinos in Berlin waren dagegen, weil die Premiere des neuen Bond-Films "No Time to Die" auf den April verlegt wurde und sie ihre Säle nicht für das Festival anbieten konnten.

Auch eine Verschiebung auf den Mai war nicht möglich, da im Mai traditionell die Internationalen Filmfestspiele in Cannes stattfinden. Deshalb wurde ein Kompromiss mit zwei Teilen und Terminen im März und Mitte Juni entwickelt.

Ironischerweise wurde, nachdem das neue Berlinale-Konzept bereits genehmigt und veröffentlicht war, erst die Premiere von "Bondiana" von April auf Oktober verschoben und dann gaben die Organisatoren der Filmfestspiele von Cannes bekannt, dass deren Eröffnung Mitte Juli stattfinden würde.

Die diesjährige Berlinale-Jury ist nicht weniger kreativ als das neue Konzept: Über das Schicksal der Goldenen und Silbernen Bären entscheiden die Gewinner der letztjährigen Goldenen Bären:

Mohammad Rasoulof aus dem Iran, Gewinner der Berlinale 2020 mit "There is no Evil";

Nadav Lapid, Israel, Gewinner der Berlinale 2019 mit "Synonymes";

Adina Pintilie (Rumänien) "Touch Me Not", Gewinnerin der Berlinale 2018;

Ildikó Enyedi (Ungarn) "Teströl és lélek-ről" (Über Körper und Seele), Goldener Bär 2017;

Gianfranco Rosi (Italien) "Sea on Fire" (Fuocoammare) – Goldener Bär 2016;

Jasmila Žbanić (Bosnien und Herzegowina) "Grbavica" – Goldener Bär 2006.

Werfen wir nun einen Blick auf das Programm und schauen, welche Filme besonders sehenswert sind.

„Die Filmauswahl des Festivals 2021 ist zwar nicht so ambitioniert wie sonst, aber inhaltlich und formal sehr reichhaltig...

Alle Filme des Programms drücken die Ungewissheit über das Morgen aus, die der uns umgebenden Realität inzwischen innewohnt. Sie zeigen oft, was wir alle auf die eine oder andere Weise erleben, aber nicht immer in Worte fassen können.

Das diesjährige Festival sieht insgesamt weniger düster aus als z.B. im letzten Jahr, aber das Gefühl der Erwartung von Gefahr ist irgendwie in allen Filmen präsent. Komödien sind in der aktuellen Auswahl eine Seltenheit.

Aber die Filmemacher, auch diejenigen, die sich über die Zustände in der modernen Gesellschaft ärgern oder deren Filme von gesundem Zynismus erfüllt sind, haben den Glauben an die Menschheit nicht verloren. Im Gegenteil, ihre Filme unterstreichen die Kraft, die jede menschliche Beziehung in sich birgt.“

Carlo Chatrian, Artistic Director der Berlinale

Wettbewerb

Im diesjährigen Wettbewerb um den Goldenen und Silbernen Bären gehen 15 Filme an den Start, darunter zwei Regiedebüts. Die Filme kommen aus 16 verschiedenen Ländern.

Die folgenden Filme würde ich Ihnen wärmstens ans Herz legen:

Drift Away, Frankreich

Regie: Xavier Beauvois

Darsteller: Jeremy Renier, Marie-Julie Maillet, Victor Belmondo, Iris Brie, Jeffrey Céri

Nach 10 gemeinsamen Jahren macht Laurent Marie endlich einen Heiratsantrag. Ihre Tochter Paulette freut sich auf die bevorstehende Feier. Während an der Familienfront für Laurent alles ungetrübt ist, beginnt sein geliebter Job den Tribut an seinen emotionalen Zustand zu fordern. Der Film zeigt mehrere Geschichten aus dem Alltag eines Polizisten. Nach einem lächerlichen Vorfall hat Laurent einen Zusammenbruch. Danach folgt eine rein existenzielle Krise in seinem Beruf und seinem Leben.

Bad Luck Banging or Loony Porn,

Rumänien/Luxemburg/Kroatien/Tschechien

chische Republik

Regie: Radu Žude

Darsteller: Catia Pascariu, Claudia Ieremia, Olimpija Malai

Ein Abschiedsfilm, der das Thema Masken und Pandemie aufgreift.

Ein persönliches Video landet im Internet und geht viral. In diesem Video haben ein Mann und eine Frau Sex, ohne ihre Masken vom Gesicht zu nehmen. Trotzdem wird die Frau in der Öffentlichkeit erkannt.

Für die Maske gab es einen guten Grund, denn sie ist Lehrerin und sollte ein Vorbild sein. Jeder hat eine Meinung zu der Situation, und was als Debatte begonnen hat, wird zu einem Tribunal über sexuelle Zustimmung, Pornografie und viele andere Dinge. Im Finale des Films gibt es eine Diskussion in der Schule darüber, ob die Lehrerin das Recht hat, weiter zu unterrichten.

Ras vkhedavt, rodesac cas vukurebt? (Was sehen wir, wenn wir zum Himmel schauen?), Deutschland/Georgien

Regie: Alexander Koberidze

Darsteller: Ani Karseladze, Giorgi Bochorashvili, Vakhtang Panchulidze

Eine zufällige Begegnung vor den Toren einer Schule in Kutaisi, Georgien, lässt Liza und Giorgi sich auf den ersten Blick ineinander verlieben. Dann fangen sie an, sich wie verhext zu verhalten: Die Überwachungskamera wird zum bösen Blick, die Dachrinne zum Orakel, sie schließen die Augen und... Es stellt sich heraus, dass die Liebenden verflucht sind, dazu verdammt, jeden Tag aufzuwachen und völlig anders auszusehen als am Tag zuvor.

Herr Bachmann und seine Klasse,

Deutschland

Regie: Maria Speth

Darsteller: Dieter Bachmann und Schüler der Klasse 6B

Wo fühlt sich ein Mensch zuhause? Der besorgte und einfühlsame Lehrer Dieter Bachmann hilft den Schülern, sich in der Schule wohlfühlen. Diese kommen aus allen Ecken der Welt. Einige davon sprechen kein Deutsch.

Bevor er in naher Zukunft in den Ruhestand geht, möchte Herr Bachmann seine Schüler ermutigen, neugierig auf Neues zu sein und ein Interesse an ganz anderen Wissens- und Tätigkeitsfeldern, Themen, Kulturen und Lebensweisen zu entwickeln.

Hätten alle Kinder das Glück, Lehrer mit diesem Maß an Geduld und emotionaler Intelligenz zu haben, ließen sich alle Konflikte mit Worten lösen und die Aussage von Lennons Song "Imagine" könnte durchaus Realität werden.

Regisseurin Maria Speth und Kameramann Reinhold Vorschneider zeigen, dass Bildung nicht nur wichtig ist, sondern auch ein faszinierendes Spektakel sein kann. Dieser Film erzählt die Geschichte eines Lehrerjobs so, als wäre er eine Superhelden-Mission.

Introduction, Südkorea

Regie: Hong Sang-soo

Darsteller: Shin Seoho, Park Miso, Kim Minhee

Ein Jahr nach dem Gewinn des Silbernen



Foto: www.berlinale.de



Foto: www.berlinale.de

Bären für die Beste Regie (The Woman Who Got Away) kehrt Hong Sang-soo mit einem weiteren Film in den Hauptwettbewerb zurück, einer poetischen und philosophischen Erzählung über einen jungen Mann, Young-ho, der nach Berlin kommt, um seinen Vater kennenzulernen, seine erste Liebe verliert und von einem berühmten Schauspieler beraten wird. Dabei wird seine Umwandlung vom Jugendlichen zum Erwachsenen einfühlsam dargestellt.

Berlinale Special

Mutig, Deutschland/Russland

Regisseur: Alexey Poluyan

Darsteller: Marina Jakubovich, Pavel Kharadnizhki, Denis Tarasenko

Dokumentarfilm über die Geschichte der Proteste in Weißrussland aus der Sicht von drei professionellen Schauspielern, die ihren Job im Staatstheater gegen die freie Kunst getauscht haben.

Alexey Poluyan begann Ende 2018 mit den Dreharbeiten und beendete sie 2020, wobei er auch die Proteste nach den Wahlen in Minsk einfiel. Wie hat er das geschafft, unter

solchen Bedingungen zu drehen? Der Regisseur sah sich das Drehmaterial an und machte daraus eine Chronik, die nun von der ganzen Welt gesehen werden kann. In einem Interview gegenüber der Deutschen Welle sagte Alexei Poluyan, dass er hofft, seinem Volk damit eine Stimme zu geben. Die Belarussen fühlen sich nun im Stich gelassen; sie werden unter den Teppich gekehrt, so dass niemand sie hört oder sieht. Und Künstler können den Teppich heben, damit jeder ihre laute Stimme hören kann.

Language Lessons (Sprachunterricht), USA

Regie: Nathalie Morales

Darsteller: Nathalie Morales, Marc Duplolet, Desaine Terry

Der Ehemann der Hauptfigur macht ihr ein unerwartetes Geburtstagsgeschenk: 100 Stunden Spanischunterricht via Skype.

Was folgt, ist eine anderthalbstündige Geschichte, die ausschließlich aus Skype-Sitzungen zwischen Lehrerin Natalie und ihrem neuen Schüler besteht.

Das leichte, traurige, gefühlvolle, menschliche und witzige Bild zeichnet sich durch seine Natürlichkeit, die realistischste Darbie-

tung der Schauspieler und die zwar recht einfache, aber sehr gut geplante und mit Rücksicht auf die Grenzen des gewählten Formats „screen life“ gezeigte Handlung aus.

Interessanterweise sind die Schauspieler, die die Hauptrollen in dem Film spielen, auch die Regisseure, Drehbuchautoren und Produzenten des Projekts. Somit ist "Language Lessons" ein vollständiges Autorenwerk.

Der Mauretanier, USA/Vereinigtes Königreich

Regie: Kevin MacDonald

Darsteller: Tahar Rahim, Jodie Foster, Benedict Cumberbatch

Die wahre Geschichte eines Guantanamo Bay-Häftlings, der verdächtigt wird, den 9/11-Terroranschlag geplant zu haben, wurde zuerst als Buch veröffentlicht.

Mohammed Ould Slahi (Tahar Rahim), der nie formell angeklagt wurde oder sich vor Gericht verteidigen durfte, war über sechs Jahre in Guantanamo Bay eingekerkert.

Erst danach gelang es ihm, die Unterstützung von Anwälten (Jodie Foster, Shailene Woodley) zu bekommen. Aber auch sie hatten nicht nur mit dem System und der Bürokratie zu kämpfen, sondern auch mit ihren persönlichen Zweifeln im Kampf gegen die Regierungsmaschine.

Dieser Politthriller basiert auf einem Tagebuch, das die Hauptfigur während seiner Inhaftierung in Guantanamo Bay führte.

Jodie Foster gewann zuletzt einen Golden Globe Award für ihre Rolle in „Der Mauretanier“.

Gezeiten, Deutschland/Tschechische Republik

Regisseur: Tim Fehlbaum

Darsteller: Nora Arnezeder, Iain Glen, Sarah-Sofie Boussnina u.a.

Der zweite Spielfilm des Regisseurs Tim Fehlbaum ist ein dystopischer Thriller. Die Handlung verläuft in einem schnellen Tempo und ist weitgehend visionär. Der Film reflektiert die Folgen der Ausbeutung der Natur und warnt eindringlich vor dem möglichen Untergang der Menschheit.

Encounters

Hygiène sociale, Kanada

Regie: Denis Côté

Darsteller: Maxime Gaudette, Kathleen Fortin, Larissa Corrivois, Ev Duranceau, Evelyne Rompré, Eleanor Louise.

Ein neues Experiment des kanadischen Erfinders Denis Côté ist seine metaphorische Antwort auf die pandemische Forderung nach der Einhaltung der „sozialen Distanzierung“.

In seinem frischen, neobarocken Film nutzt er die Distanzierung nicht nur als Metapher, sondern auch als Regiemittel (alle Figuren sind 1,5-2 Meter voneinander entfernt).

Panorama

Theo und die Metamorphose

Regie: Damien Odul

Darsteller: Théo Kermel, Pierre Meunier, Ayumi Roux u.a.



Was sehen wir, wenn wir zum Himmel schauen-lowres/www.berlinale.de



Ich und Die Andere /www.berlinale.de



The Mauritanian-lowres/www.berlinale.de

Hierbei handelt es sich um einen Dokumentarfilm über Theo, einen 27-jährigen Jungen mit Down-Syndrom, der mit seinem Vater zurückgezogen im Wald lebt. Jeden Tag trainiert er, um ein Samurai zu werden. Eines Tages verlässt sein Vater ihn und Theo bleibt allein in einer Welt seiner eigenen Gedanken und Fantasien zurück. Er beschließt, ein neu-

es Leben zu beginnen.

Yuko no Tenbin (Balance), Japan

Regie: Yujiro Harumoto

Darsteller: Yumi Kawai, Ken Mitsuishi, Kumi Takiuchi, Masahiro Umeda

In ihrem Dokumentarfilm will Yuko die wahre Geschichte hinter der skandalösen Beziehung zwischen einer Schülerin und

ihrem Lehrer erzählen. Als sie herausfindet, dass ihr eigener Vater eine Affäre mit einer seiner Studentinnen hat, muss auch sie ihre Prinzipien neu überdenken.

Forum

Den Garten zähmen, Schweiz/Deutschland/Georgien

Regie: Salome Jashi

Ein mächtiger Mann sorgt dafür, dass Bäume in ganz Georgien herausgerissen und in seinen persönlichen Garten gebracht werden: Das ist einerseits eine sehr schwierige logistische Aufgabe, andererseits aber auch psychologisch traumatisch für die ehemaligen Besitzer der Bäume. Außergewöhnlicher Reichtum und die Eroberung der Natur gehen Hand in Hand.

Tzarevna Scaling (Die Tochter des Fischers), Russland

Regie: Yuldas Bakhtiosina

Darsteller: Alina Korol, Victoria Lisovskaya, Valentina Neimorovets, Yuldas Bakhtiosina, Adelia Severinova

Als die Fischhändlerin Polina einschläft, findet sie sich in einem Märchen wieder, in dem sie beweisen muss, dass sie das Zeug dazu hat, eine Prinzessin zu werden. Das visuell prächtige Fundament ihres Traums verbindet moderne persönliche Selbstfindung und slawische Mythologie.

Generation

Una escuela en Cerro Hueso, Argentinien

Regisseur: Bethania Chapatto

Darsteller: Clementina Former, Mara Bembelli, Pablo Seijo, Irene Ziquin

„Und warum spricht sie nicht?“ – „Nun, weil sie es nicht kann... sie tut nicht nur so.“

Die Lehrer einer kleinen ländlichen Schule am Paraná-Fluss sind die einzigen, die sich bereit erklären, Emma, ein Mädchen mit Autismus, zu unterrichten.

In dieser vorurteilsfreien und verständnisvollen, naturnahen Umgebung beginnt die sechsjährige Heldin schließlich, sich der Außenwelt zu öffnen.

Perspektive Deutsches Kino

Wenn ein Bauernhof in Flammen aufgeht, Deutschland

Regie: Jide Tom Akinleminu

Der Regisseur wollte das Leben seines Vaters in Nigeria dokumentieren. Doch bei der Umsetzung seines Plans kam eine große Lüge über ein wichtiges Thema ans Licht und damit änderte sich das Thema des Dokumentarfilms komplett: eine Liebesgeschichte, die sich über mehrere Generationen erstreckt und einfühlsam den vielschichtigen Konflikten in einer afrikanisch-europäischen Ehe folgt.

Berlinale Series

In diesem Jahr werden in dieser Sektion sechs Filme aus Großbritannien, den Vereinig-



ten Staaten, Deutschland, Österreich, Schweden, Argentinien und Brasilien vorgestellt.

Darunter "It's a sin", ein hochkarätiger Newcomer von Russell T Davies, der mit einer meisterhaften Balance aus Drama, Satire und Komödie von einer Gruppe von LGBTQ-Freunden erzählt, die in London leben und in einer Zeit der HIV-Epidemie auf der Selbstsuche sind.

Ich und die Anderen, Österreich/Deutschland (vom Sender Sky)

Regie: David Shalko

Darsteller: Tom Schilling, Lars Eidinger, Katharina Schüttler, Sofia Roiz

Die Hauptfigur erhält in jeder Folge der Serie die Möglichkeit, den aktuellen Verlauf der Ereignisse und das Verhalten der Menschen um ihn herum zu ändern. So kann man herausfinden, wie sich diese Veränderungen auf eine Beziehung zu sich selbst und zu den Menschen um uns herum auswirken.

Berlinale Shorts

Vadim na progulke (Vadim auf einem Spaziergang), Russland

Regisseur: Sasha Svirsky

Darsteller: Alexey Prosvirnin

Die überraschenden und beängstigenden Abenteuer von Vadim, der es gewagt hat, seine Komfortzone zu verlassen, um die Welt zu erkunden.

Darüber hinaus stellt das Berlinale-Team alle Veranstaltungen in den Sektionen Berlinale Talents und World Cinema Fund in einer Aufzeichnung zur kostenlosen Online-Ansicht dem interessierten Publikum zur Verfügung.

Eine vollständige Liste der Berlinale Talents-Veranstaltungen finden Sie auf der Berlinale-Website in der entsprechenden Rubrik.

Folgende Programmpunkte dürften besonders spannend sein:

- Dream On: International Jury mit dem Creative Director der Berlinale Carlo Chatrian. In diesem Gespräch erzählen

die Mitglieder der Festival-Jury über ihre Erfahrungen als Filmemacher auf der Berlinale und über Gott und die Welt;

- Dream On: Céline Sciamma. Ein Gespräch mit einer der bedeutendsten französischen Regisseurinnen unserer Zeit, Céline Sciamma (Portrait of a Girl on Fire, Little Mother), in dem sie über die Feinheiten ihres kreativen Prozesses sprechen wird;
- What a Small World: Animation in Miniatur. Vom Animationskünstler solcher Projekte wie Escape from the Hen House, Wallace and Gromit und einer Reihe von Wes Anderson-Filmen – The Invisible Mr. Fox, Isle of Dogs und dem neuen und geheimnisvollsten Film, The Dispatch. Tristan leitet zusammen mit seinem Assistenten in Berlin einen Workshop, in dem sie erklären und zeigen, wie Stop-Motion-Animation entsteht, und wie sie es schaffen, ein gutes Ergebnis zu erzielen.
- Dream On: Uli Hanisch. Uli Hanisch, der Set-Designer von Projekten wie Das Parfum, Cloud Atlas, Aimee und Jaguar, Die Prinzessin und der Krieger, Babylon Berlin, Das königliche Gambit und vielen anderen spricht darüber, wie man Berlin als Drehort in Szene setzen und nutzen kann.

Trotz des extremen und ungewöhnlichen Charakters der Berlinale 2021 können wir in dieser Situation einen großen praktischen Vorteil erkennen: Wenn die Zuschauer die Möglichkeit haben, die Festivalfilme selbst zu sehen, werden sie mit Sicherheit nicht nur die Namen der Preisträger kennen, sondern auch umfassende Informationen über jeden einzelnen Film bekommen. Das bedeutet, dass es für das Publikum einfacher sein wird, Enttäuschungen zu vermeiden und Zeit und Aufmerksamkeit Filmen zu widmen, die sie mögen.

Also informieren Sie sich rechtzeitig und viel Spaß auf der Berlinale 2021!



Anna Dzivnel

Nationen verbinden, Herzen erweichen: Das Luthertum in Belarus

Dieser Artikel hat uns aus dem belarussischen Grodno erreicht. Anna Dzivnel ist 15 Jahre alt, sie liest viel, spielt Geige und Klavier und lernt Fremdsprachen. Alina träumt davon, Journalistin zu werden. Wir veröffentlichen ihren ersten Schreibversuch.

Die Republik Belarus ist ein multinationales Land, das immer für seine besondere Ruhe und Gastfreundschaft bekannt war. Aufgrund der historischen Ereignisse leben hier auch Russen, Polen, Ukrainer, Deutsche, Juden und Angehörige vieler anderer ethnischer Gruppen.

Apropos zur deutschen Diaspora in Belarus. Die ersten Deutschen kamen nach Belarus im Zeitalter der Reformation. Es ist ihnen gelungen, ihre nationalen Merkmale, einschließlich der Traditionen des Luthertums, bis heute zu bewahren.

Die Reformation wurde vom Doktor der Theologie Martin Luther initiiert. Er sprach sich gegen die Missbräuche der katholischen Kirche aus und nagelte 95 Thesen an die Türen der Kirche. Dies war der erste Schritt zur Entwicklung neuer christlicher Ansichten. Die Reformationswelle erstreckte sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch Schweden und Dänemark. Gleichzeitig entwickelte sich die Doktrin in Belarus rasch weiter. Das Luthertum ist einer der traditionellen Glauben des Landes genauso wie Orthodoxie, Katholizismus, Judentum und Islam.

Der Bau der ersten lutherischen Kirche begann 1535 in Sluzk und seit 1550 entwickelten sich lutherische Gemeinden auch in anderen Städten: Wilna, Minsk, Grodno. Das Luthertum hat einen schweren Weg hinter sich. Nach der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Eintritt der östlichen Länder von Belarus in das Russische Reich wurden einige Einschränkungen eingeführt, um die Lutheraner zur Konversion zur Orthodoxie zu bewegen. Um dann eine Kirche bauen

zu können, mussten die Lutheraner die Zustimmung der orthodoxen Kirche einholen.

Nur eine lutherische Kirche hat bis heute überlebt. Dies ist die Johanneskirche in der Stadt Grodno. Der Bau der Kirche wurde 1843 abgeschlossen, später wurde ein Glockenturm mit einer Uhr hinzugebaut. Und die Straße, die zur Kirche führte, erhielt schließlich den Namen „Kirchenstraße“. In der Stadt wurde eine evangelische Schule gegründet, die Kinder aus armen Familien besuchen konnten, und der erste lutherische Friedhof wurde errichtet.

Die lutherische Johanneskirche erhielt ihr modernes Aussehen im Jahr 1912. Danach wurde die Kirche an die deutsche Gemeinde übertragen – eine der größten aktiven Gemeinden. Es gibt in Belarus 11 deutsche Gemeinden davon: in Witebsk, Orscha, Polozk, Gomel, Bobruisk, Grodno und anderen Städten. Die Gemeinde Grodno wurde 1779 von den Deutschen gegründet, die in lokalen Manufakturen gearbeitet haben. Die meisten Lutheraner kamen aus Deutschland, darum

wurden die Gottesdienste auf Deutsch abgehalten. Es war eine Ehre, ein Mitglied der lutherischen Gemeinde zu sein, und ihre Entwicklung stand nicht still.

Bis zum 20. Jahrhundert lebten in Belarus rund 70.000 Deutsche. Hier nur die einigen Namen von denjenigen davon, die zu dieser Zeit berühmt wurden: Nikolai Berg, der die Gesellschaft der Minsker Ärzte gründete, der Arzt Wilhelm Hindenburg, der berühmte Wohltäter und eins der aktiven Mitglieder der lutherischen Gemeinde in Minsk. Hindenburg stellte Mittel für den Bau einer neuen Steinkirche bereit. Es gab in dieser Zeit noch mehr bekannte Deutsche, aber während des Ersten Weltkriegs hat sich alles geändert. Die Grodnoer Kirche hat die schlimmsten Zeiten in ihrer Geschichte durchgemacht. Die Zahl der Lutheraner ging stark zurück, was vor allem mit der Deportation der Deutschen nach Russland verbunden war. Die zweite Deportation erfolgte nach der Verordnung von Joseph Stalin im Jahr 1941 und hat Hunderte von Menschenleben gefordert, darunter der



Mitglieder der lutherischen Gemeinde. Nach der zweiten Deportation kehrten viele Menschen nicht mehr zurück.

Es ist erwähnenswert, dass auch heute noch trotz der geringen Anzahl von Gemeindemitgliedern deutscher Herkunft die Gottesdienste in der deutschen Sprache abgehalten werden. Laut Vladimir Tatarnikov, dem Pfarrer der Kirche, war Deutsch bereits in den 1940er Jahren die Hauptsprache der Gottesdienste. Während des Zweiten Weltkriegs wurden dort Gottesdienste für deutsche Soldaten abgehalten. Heute ist der Hauptteil der Gemeindemitglieder die russischsprachige Bevölkerung, aber die deutschen Traditionen werden immer noch beachtet und bestimmte deutsche Ausdrücke und Begriffe werden verwendet.

Einer der Gründe, warum die Kirche bis heute überlebt hat, ist, dass das Gebäude zu Sowjetzeiten als Archiv genutzt wurde. Was aus dem Eigentum der Kirche geworden ist, kann man aus Archivadokumenten erfahren. Möbel, Kronleuchter, Gemälde und sogar eine Orgel – alles wurde für staatliche Zwecke beschlagnahmt und ging anschließend verloren. Das zentrale Glasfenster der Kirche blieb ebenfalls nicht erhalten. Der Grund für die Zerstörung war der ausgeprägte Religionshass. Jetzt können Sie erraten, was dort an den seitlichen Buntglasfenstern gezeigt wurde. Sie haben die religiöse Symbolik der Lutheraner bewahrt – eine Rose mit einem Kreuz in einem Herz. Der Friedhof, auf dem von 1793 bis zum 19. Jahrhundert Lutheraner und Soldaten während des Ersten Weltkriegs begraben wurden, wurde ebenfalls vernichtet. Nur ein paar Grabsteine aus dem Jahr 1916 am Kirchhof blieben erhalten.

Im Jahr 1995 wurde die Kirche erneut den Gläubigen übergeben. Gleichzeitig wurden dank der Bürger von Deutschland und Belarus sowie mit Beteiligung von Unternehmen und Führung der Stadt Grodno Reparaturen innerhalb der Kirche durchgeführt. Und das Gustav-Adolf-Werk, die Stiftung, die evangelische Gemeinden unterstützt, hat bei der Restaurierung und Renovierung von Gebäuden Hilfe geleistet.

Trotz aller Ereignisse in der Johanneskirche in Grodno blieben mehrere bedeutende Gegenstände erhalten. Zum Beispiel eine Bronzeglocke, die seit über 50 Jahren still war. Die Uhr, die sich im Hauptturm befindet, deren Uhrwerk seit fast 80 Jahren stehen blieb. Es ist nicht nur ein Symbol der Kirche, sondern auch ein architektonisches Denkmal des 18. Jahrhunderts. Jetzt wird die Uhr in der Ausstellungshalle der Stadt Mogiljow präsentiert, aber in naher Zukunft wird sie in die lutherische Kirche nach Grodno zurückkehren.

Die heutige Gemeinde der Lutheraner in Grodno zählt etwa hundert Mitglieder. Dies sind nicht nur ethnische Deutsche, sondern auch Belarussen, die sich aufgrund ihrer Liebe zur Orgelmusik der Gemeinde angeschlossen haben. Während des lutherischen Gottesdienstes erklingen nicht nur die Orgel, sondern auch andere Musikinstrumente in Kombination mit Gesängen in verschiedenen Sprachen.

Dank der Unterstützung des Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclubs, des Deutschen Wirtschaftsvereins in Russland, des Gustav-Adolf-Werks, der Evangelischen Kirche Deutschlands, der Martin-Luther-Union und der Deutschen Botschaft in Belarus wurde eine 1960 hergestellte Orgel aus Frankfurt am Main in die Gemeinde gebracht. So wurde es zur Tradition, Benefizveranstaltungen in der Kirche mit Orgelmusik abzuhalten.

Im Jahr 2013 begann die Restaurierung der Kirche. Der Wiederaufbau verschiedener Außen- und Innendekorationen dauert bis heute an. Die Restaurierung der Kirche wurde durch die Aktivitäten von Vladimir Tatarnikov aus Belarus und einem Wohltäter aus Deutschland initiiert. Die Kirche bekommt nächstens einen in Deutschland hergestellten Zentralaltar.

Es besteht kein Zweifel, dass die lutherische Kirche in Grodno nach so vielen Schwierigkeiten und Prüfungen nicht nur die einzige aktive lutherische Kirche in Belarus ist, sondern auch ein Symbol für Standhaftigkeit, Solidarität und den Glauben an eine leuchtende Zukunft.

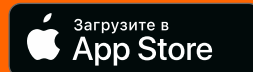


RUSSISCH RADIO MUSIC BABY TRACKS PODCASTS PLAYLISTS



Der neue russische Musikdienst Radio Kartina

Mehr Musik, spannende Unterhaltung, Podcasts und eigene Playlists.
Hören Sie Ihre Lieblingstitel überall, auch ohne Internetzugang!
Und natürlich können Sie immer noch ihre Freunde grüßen - WELTWEIT!



Installieren Sie die aktualisierte Version der Anwendung Radio Kartina im App Store und bei Google Play





Internationaler
Satellitenfernsehsender

TVRUS

Ausstrahlung auf den Satelliten
ASTRA und Hotbird

Mehr als **12.000.000**
Zuschauer in ganz
Europa



Russischsprachige
Presse mit großer Auflage
500.000 PRO MONAT

Vertrieb per Abonnement
+ über das Vertriebsnetz russischer
und deutscher Einkaufsgeschäfte

TVRUS **ЭКСПРЕСС**
Kulinar TV **АНОНС**



IST DIE GRÖßTE RUSSISCHSPRACHIGE
HOLDINGGESELLSCHAFT, DIE
KUNDEN DABEI UNTERSTÜTZT,
IHREN UMSATZ AUF DEM DEUT-
SCHEN MARKT, ÜBER IHRE EI-
GENEN MEDIENPLATTFOR-
MEN, DEUTLICH ZU
STEIGERN.



**EIGENE
VIDEOPRODUKTION**

Schlüsselfertige Werbevideos -
von den einfachsten bis zu den
im Studio mit Schauspielern
inszenierten Spots.



Online
Handelsplattform

KaufBei.tv

Der einzige Online-Supermarkt
mit über 10.000 Produkten

Die schnellste Produkteinfüh-
rung über die Website



**RUSSISCHER
JAHRMARKT**

Ist die größte russischsprachige Ausstel-
lung und Veranstaltung in Europa. Wa-
renverkauf, Geschäftsbeziehungen,
Tür zur Etablierung Ihrer Produkti-
on auf dem deutschen
Markt.



Bem Media GmbH & Co. KG
Zur Alten Werre 3, 32584 Löhne
www.bem-media.de

**GERNE SIND WIR BEREIT, EIN WEITERES
ERFOLGREICHES GESCHÄFTSPROJEKT
FÜR SIE ZU ERSTELLEN.**

057 31 - 98 79 80